



Bundesinstitut
für Bevölkerungsforschung



BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

2016

Daten, Fakten, Trends
zum demografischen Wandel

Bevölkerungsentwicklung

Daten, Fakten, Trends zum demografischen Wandel

Herausgeber

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Autoren:

Evelyn Grünheid, Harun Sulak

Abbildungen und Karten:

Najeeb Ahmed, Nadine Eigelsbach

Erschienen im Juli 2016

© Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung,
Wiesbaden 2016

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

urn:nbn:de:bib-var-2016-015

Bildnachweis:
Fotolia (Titel)

Inhalt

Vorwort des Direktors des
Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung 5

| | |
|---|----|
| 1. Bevölkerungsentwicklung und Alterung | 6 |
| 2. Erwerbstätigkeit und Bildung | 20 |
| 3. Geburtenentwicklung | 26 |
| 4. Schwangerschaftsabbrüche | 30 |
| 5. Sterblichkeit | 34 |
| 6. Außenwanderungen | 38 |
| 7. Binnenwanderungen | 48 |
| 8. Ausländische Bevölkerung | 52 |
| 9. Eheschließungen | 58 |
| 10. Ehescheidungen | 62 |
| 11. Haushalte | 66 |
| 12. Lebensformen | 70 |
| 13. Weltbevölkerung | 74 |
| Abkürzung der Ländernamen in den Karten | 78 |

Vorwort des Direktors des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

Liebe Leserinnen und Leser,

kaum eine Entwicklung beeinflusst unsere Gesellschaft so intensiv und seit so langer Zeit wie der demografische Wandel. Mit welcher Dynamik sich das demografische Geschehen in Deutschland entfaltet, zeigen die Ereignisse der vergangenen Monate. So war das Ausmaß der Zuwanderung seit 2015 in dieser Höhe von niemandem erwartet worden. Damit bestätigt sich auch die Annahme, dass der demografische Wandel ein Thema bleiben wird. Die Konsequenzen der demografischen Entwicklung werden in den kommenden Jahrzehnten noch spürbarer werden. Dabei ist die Zuwanderung nur ein Faktor von vielen.

Zusätzlich wird sich auch die demografische Alterung der Gesellschaft verstärken, wenn die Babyboomer-Generation in den nächsten Jahren zunehmend ins Rentenalter eintritt und sich durch die steigende Lebenserwartung die Zahl hochaltriger Menschen erhöht. Gleichzeitig wird das niedrige Geburtenniveau die Bevölkerungszahl tendenziell verringern.

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung hat es sich zur Aufgabe gemacht, allen am demo-

grafischen Wandel Interessierten aktuelle Daten, Fakten und Trends in allgemein verständlicher Form zur Verfügung stellen. Die mit der demografischen Entwicklung verbundenen Probleme und Chancen sollen so besser verstanden und eingeschätzt sowie gleichzeitig mögliche Handlungsoptionen sachverständiger bewertet werden können. Das Institut reagiert damit auch auf das große Interesse an den demografischen Fragestellungen, das in vielfältigen Anfragen aus Politik und Öffentlichkeit deutlich wird.

Das BiB hat sich daher entschlossen, die 2013 erschienene Broschüre „Bevölkerungsentwicklung 2013 – Daten, Fakten, Trends zum demografischen Wandel“ zu aktualisieren und mit einem neu hinzugefügten Abschnitt über die Zuwanderergruppen nach Deutschland im Bereich Außenwanderungen zu erweitern.

Diese Broschüre soll es Ihnen erleichtern, sich mit Hilfe von Abbildungen, Tabellen und Texten einen Überblick über den demografischen Wandel, seine Ursachen und Konsequenzen zu verschaffen.



Prof. Dr. Norbert F. Schneider
Direktor des Bundesinstituts für
Bevölkerungsforschung

1. Bevölkerungsentwicklung und Alterung

Gegenwärtig leben in Deutschland rund 81 Millionen Menschen, diese Größenordnung hat sich seit Mitte der 1990er Jahre nur wenig verändert. Sie hängt vom Zusammenspiel dreier grundlegender demografischer Prozesse ab: der Entwicklung der Geburten, der Sterbefälle und der Bilanz der Zu- und Abwanderungen.

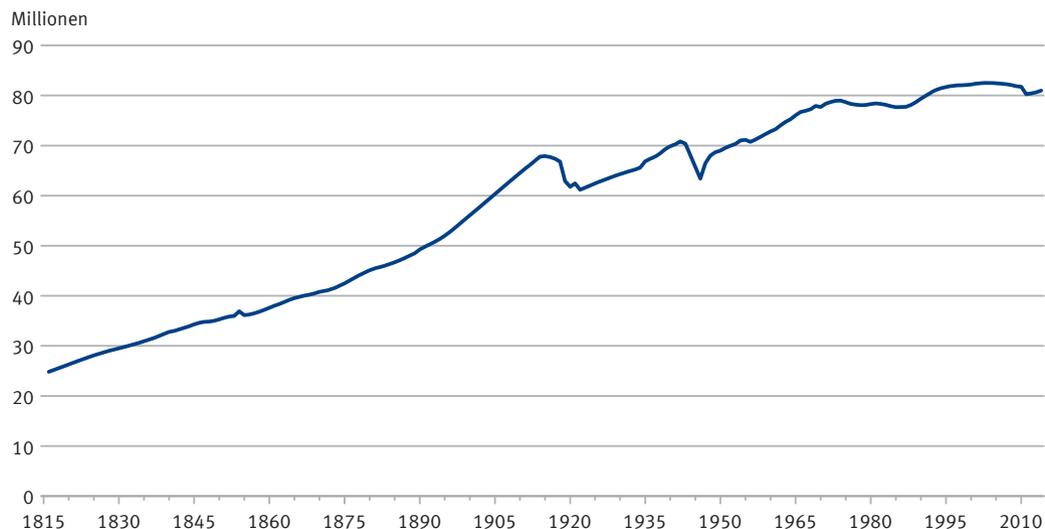
Bevölkerungsbilanz

Über Jahrzehnte hinweg stieg die Bevölkerungszahl in Deutschland nahezu kontinuierlich an. Bis zum Beginn der 1970er Jahre war dies vor allem ein Ergebnis hoher Geburtenüberschüsse. Den Höchstwert gab es dabei im Jahr 1964, als die Zahl der Geburten um 487.000 über der der Sterbefälle lag. Mit dem starken Absinken des Geburtenniveaus ab Mitte der 1960er Jahre verringerte sich dieser Geburtenüberschuss kontinuierlich und schlug zu Beginn der 1970er Jahre in einen wachsenden Sterbefallüberschuss um. Im Jahr 2014 wurden rund 153.000 Menschen weniger geboren als im gleichen Jahr starben. Damit würde die Differenz aus Geburten und Sterbefällen seit den 1970er Jahren ohne Zuwanderungsüberschüsse zu kontinuierlich sinkenden Bevölkerungszahlen führen.

Betrachtet man die Entwicklung der Geburtenzahlen, so ist eine gewisse „Wellenbewegung“ zu erkennen: Gibt es stärker besetzte Geburtsjahrgänge bei den Eltern – wie z. B. bei den Babyboomern in den 1960ern – werden auch die Kinderjahrgänge stärker besetzt sein, auch wenn die Kinderzahl je Frau unverändert bleibt. Dieser Effekt schwächt sich von Welle zu Welle ab, lässt sich aber zum Beispiel an den höheren Geburtenzahlen Ende der 1980er Jahre erkennen.

Bevölkerungsstand, Deutschland¹ 1815 bis 2014²

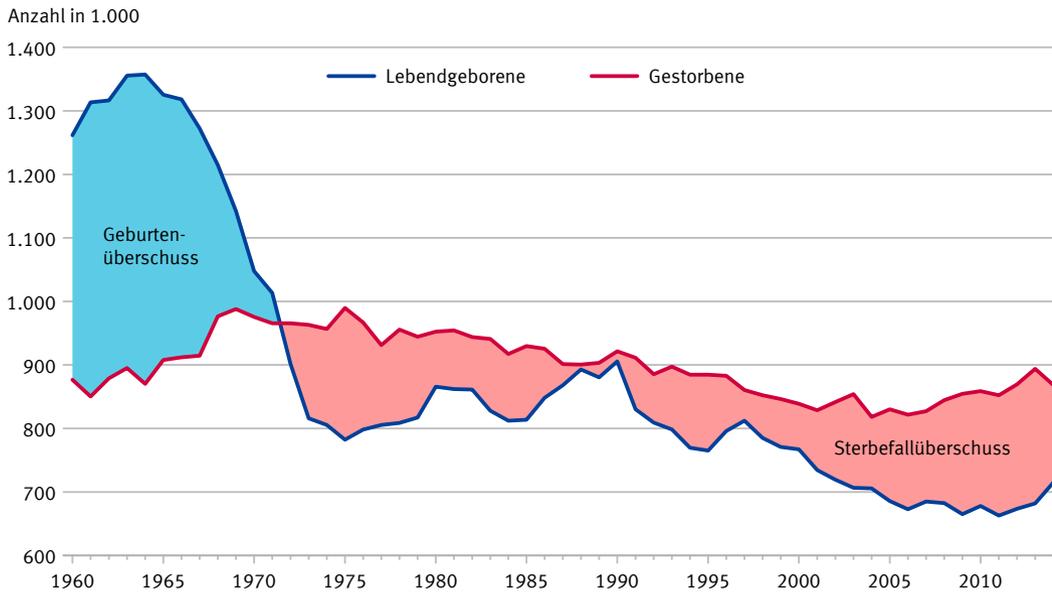
Die Bevölkerungszahl in Deutschland ist mit Ausnahme von Kriegszeit nahezu kontinuierlich angewachsen. Seit Mitte der 1990er Jahre stagniert sie bei rund 81 bis 82 Millionen.



¹ bis 1944 ehemaliges Reichsgebiet, 1945 bis 1989 Früheres Bundesgebiet und DDR insgesamt, ab 1990 Deutschland

² Ab 2011 beruhen die Bevölkerungszahlen auf der Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011.

Bilanz der Lebendgeborenen und Gestorbenen, Deutschland 1960 bis 2014

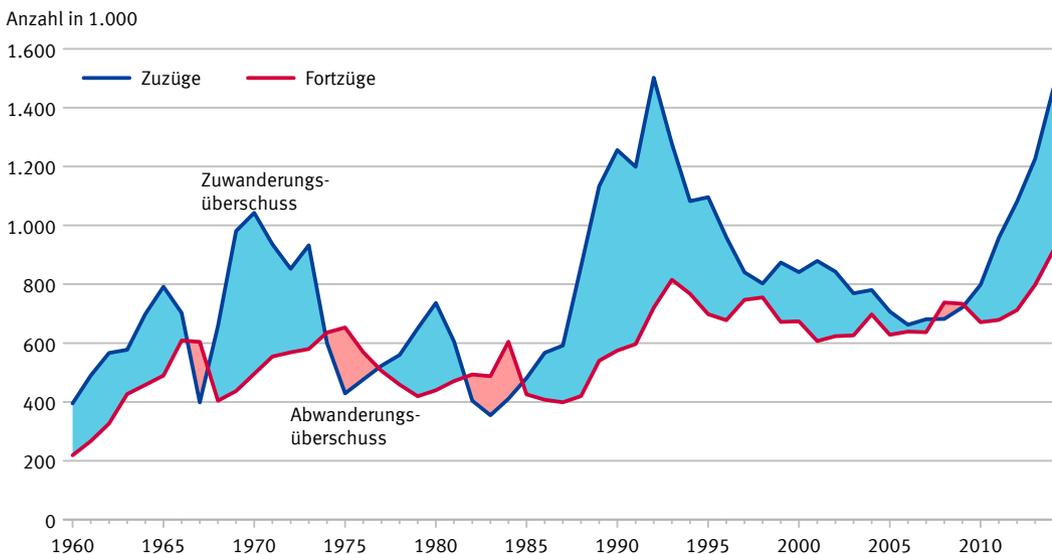


1971 war das letzte Jahr, in dem in Deutschland ein Geburtenüberschuss eintrat. Seitdem übersteigt die Anzahl der Sterbefälle in jedem Jahr die Zahl der Lebendgeborenen und dies tendenziell in wachsendem Umfang.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2016

Bilanz der Zu- und Fortzüge, Deutschland¹ 1960 bis 2014



In den meisten Jahren seit 1960 wiesen das Frühere Bundesgebiet bzw. Deutschland deutlich mehr Zu- als Abwanderungen auf. Jahre mit Abwanderungsverlusten bzw. nur geringen Zuwanderungsüberschüssen sind vor allem auf ausgeprägte Rückwanderungen z. B. von Arbeitsmigranten oder Flüchtlingen zurückzuführen.

¹ bis 1990 Früheres Bundesgebiet

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2016

Methodische Erläuterung

Bevölkerungsbilanz

Die Differenz aus Geburten und Sterbefällen wird als natürlicher Saldo bzw. natürliche Bilanz bezeichnet. Überwiegt die Anzahl der Geburten die der Sterbefälle, spricht man von einem Geburtenüberschuss, im anderen Fall von einem Sterbefallüberschuss. Ergänzt wird sie durch die Wanderungsbilanz, die sich als Differenz aus Zu- und Fortzügen über die betrachtete regionale Einheit ergibt. Beide Prozesse zusammen bilden als Gesamtbilanz der Bevölkerung die Grundlage für die jährliche Veränderung der Bevölkerungszahl.

Wanderungssalden als Ergebnis von Zu- und Fortzügen unterliegen deutlich stärkeren Schwankungen als die natürlichen Salden. Hier spielen historische Bedingungen wie gezielte Arbeitskräfteanwerbung, Flüchtlingsströme durch Kriege, aber auch Gesetzesänderungen wie das Zuwanderungsgesetz oder die Regelungen für (Spät-)Aussiedler eine entscheidende Rolle. Hinzu kommen Familiennachzüge der in Deutschland lebenden Ausländer oder die verstärkte Abwanderung von Deutschen (vgl. Kapitel 6). Die in vielen Jahren erheblichen Zuwanderungsüberschüsse machen deutlich, dass sich die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Einwanderungsland entwickelt hat.

Bis 2003 führten die hohen Zuwanderungsüberschüsse noch zu insgesamt steigenden Bevölkerungszahlen. Danach konnten auch positive Wanderungssalden die hohen Sterbefallüberschüsse nicht mehr ausgleichen, so dass die Bevölkerungszahl in Deutschland sank. In einzelnen Jahren verschärften Abwanderungsüberschüsse diese Situation noch weiter. Seit dem Jahr 2011 zeigt sich eine Veränderung: Die hohen Zuwanderungsgewinne von fast

280.000 Personen in 2011 bis 550.000 in 2014 überstiegen die Sterbefallüberschüsse deutlich, die Bevölkerungszahl steigt seitdem wieder an.

In West- und Ostdeutschland differiert die Bevölkerungsbilanz seit der Wiedervereinigung erheblich. Im Westen sorgte die hohe Zahl junger Frauen zu Beginn der 1990er Jahre noch für hohe Geburtenzahlen und damit einen Geburtenüberschuss (z. B. zwischen 1990 und 1994 pro Jahr 2,7 mehr Geborene als Gestorbene je 10.000 Einwohner). In den folgenden Jahren entstanden Sterbefallüberschüsse vor allem durch sinkende Geburtenzahlen. Die zurückgehenden Wanderungsüberschüsse konnten von 2006 bis 2009 diese negative natürliche Bilanz nicht mehr kompensieren, sodass auch in Westdeutschland der Gesamtsaldo negativ ausfiel und die Bevölkerungszahl insgesamt absank. Seit 2011 ist hier eine Trendwende eingetreten.

Im Osten war die erste Hälfte der 1990er Jahre durch den „demografischen Schock“ nach der Wiedervereinigung gekennzeichnet. Im Ergebnis der damit verbundenen sozialen Unsicherheiten wurden demografisch relevante Entscheidungen aufgeschoben. Das Geburtenniveau sank auf einen historischen Tiefstand und es entstand ein ausgeprägter Sterbefallüberschuss. Gegen Ende der 1990er Jahre stieg die Geburtenzahl wieder an, auch durch die Realisierung von aufgeschobenen Geburten, also durch einen „Nachholeffekt“. Trotzdem blieb die natürliche Bilanz negativ und führte zusammen mit den bis 2011 negativen Wanderungssalden zu einem anhaltenden Verlust an Bevölkerung. Ab 2011 gibt es auch im Osten Wanderungsgewinne, die seit 2013 ausreichen, um die Sterbefallüberschüsse zu kompensieren.

Die unterschiedliche Zuordnung von 2010 und 2011 wurde gewählt, weil ab 2011 den Berechnungen die reduzierten Bevölkerungszahlen nach dem Zensus 2011 zugrunde liegen.

Komponenten der Bevölkerungsentwicklung zwischen 1990 und 2014 (durchschnittlicher Saldo pro Jahr je 10.000 Einwohner)

| Durchschnitt der Jahre | Westdeutschland ohne Berlin | | | Ostdeutschland einschl. Berlin | | |
|------------------------|-----------------------------|------------------|--------------|--------------------------------|------------------|--------------|
| | Natürliche Bilanz | Wanderungsbilanz | Gesamtbilanz | Natürliche Bilanz | Wanderungsbilanz | Gesamtbilanz |
| 1990-1994 | 2,7 | 103,2 | 105,9 | -52,6 | -4,1 | -52,5 |
| 1995-1999 | -0,4 | 31,2 | 30,8 | -43,9 | 2,0 | -41,9 |
| 2000-2004 | -8,4 | 34,6 | 26,1 | -31,9 | -28,3 | -60,2 |
| 2005-2010 | -16,8 | 10,0 | -6,8 | -31,0 | -18,5 | -49,7 |
| 2011-2014 | -20,7 | 53,4 | 32,6 | -33,7 | 38,8 | 11,9 |

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

Bevölkerungsvorausberechnung

Langfristige Bevölkerungsvorausberechnungen sind Modellrechnungen oder Projektionen, die zeigen, wie sich eine Bevölkerung entwickeln würde, wenn man von bestimmten Annahmen für einzelne Komponenten – Geburten, Lebenserwartung, Wanderungen – ausgeht. Die damit errechneten Bevölkerungszahlen und Altersstrukturen bilden einen Rahmen für die wahrscheinlich zu erwartende Entwicklung, falls die getroffenen Annahmen in etwa eintreffen.

Durch Bund und Länder werden auf der Basis der fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen und -strukturen regelmäßig koordinierte Bevölkerungsvorausberechnungen erstellt. Aktuell wird mit der 13. Vorusberechnung aus dem Jahr 2015 gearbeitet, die auf einer Fortschreibung der Zensusergebnisse von 2011 beruht. Besonders wichtig für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung sind die Wanderungsannahmen, da bei Lebenserwartung und Geburtenentwicklung keine sprunghaften Veränderungen zu erwarten sind.

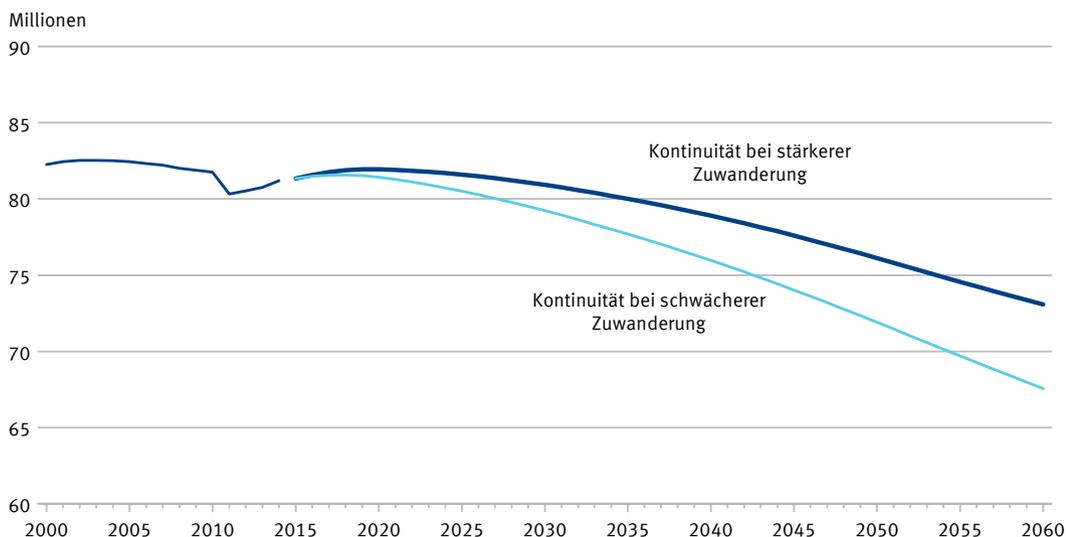
Für die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, die einen Zeitraum bis 2060 abbildet, wurde für die beiden Varianten „Kontinuität bei

schwächerer bzw. stärkerer Zuwanderung“ eine annähernde Konstanz der Trends aus den letzten Jahren unterstellt. Deshalb wurden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

- » Die zusammengefasste Geburtenziffer bleibt auf Dauer auf dem niedrigen Niveau von 1,4 Kindern je Frau, das durchschnittliche Gebäralter steigt weiter leicht an.
- » Die durchschnittliche Lebenserwartung nimmt bis 2060 weiter zu auf 84,8 Jahre (Männer) bzw. 88,8 Jahre (Frauen).
- » Langfristig ziehen jährlich 100.000 (schwächere Zuwanderung) bzw. 200.000 (stärkere Zuwanderung) mehr Personen nach Deutschland zu, als das Land verlassen.

Bei Eintreten dieser Annahmen würde die Bevölkerungszahl in Deutschland bis 2060 deutlich zurückgehen – je nach Wanderungsannahme auf rund 67,6 Millionen bei schwächerer bzw. rund 73,1 Millionen bei stärkerer Zuwanderung. Das würde einen Rückgang um 14 bzw. 8 Millionen Menschen gegenüber der Bevölkerungszahl des Jahres 2014 von 81,2 Millionen bedeuten.

Bevölkerungsstand, Deutschland, 2000 bis 2060¹



Die Bevölkerungszahl in Deutschland wird sich zukünftig verringern. In welchem Ausmaß das geschieht, wird vor allem von den Zu- und Abwanderungen abhängen, da Lebenserwartung und Geburtenentwicklung langfristig gesehen relativ stabil verlaufen.

¹ ab 2015: Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder

Altersstrukturen

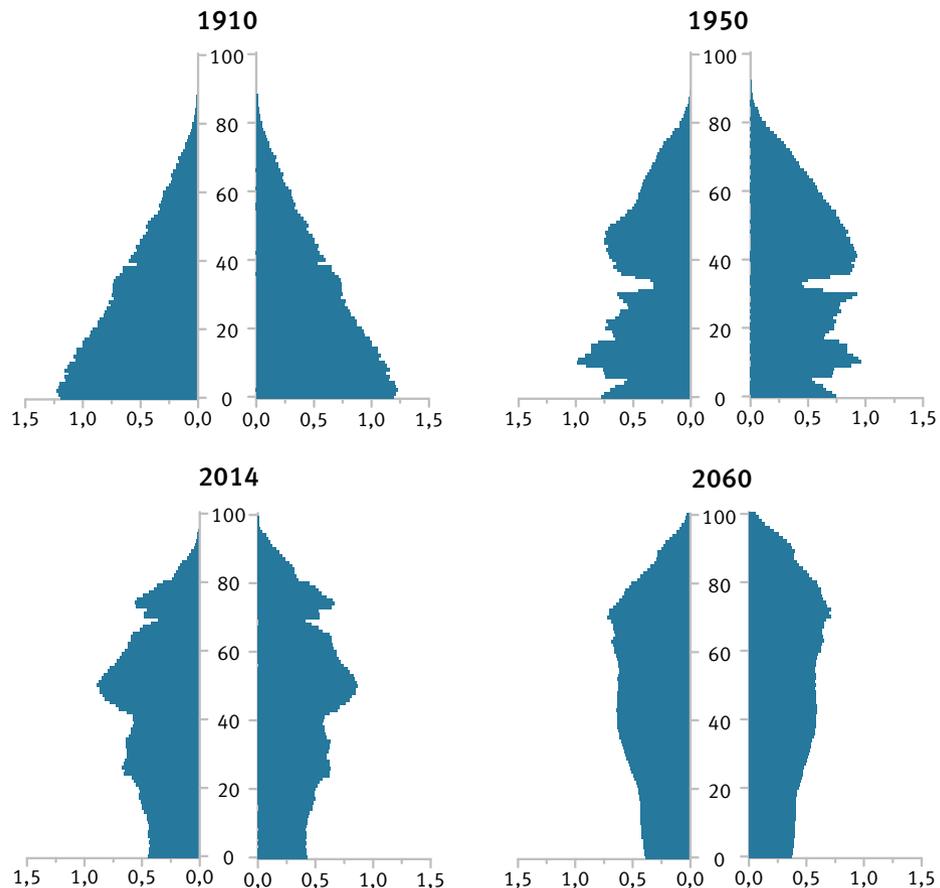
Geburten-, Sterblichkeits- und Wanderungsentwicklungen spiegeln sich auch im Altersaufbau der Bevölkerung wider. Und jener wiederum ist neben diesen drei Prozessen mitentscheidend für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung, da er deren Ausgangsbasis bildet.

Der Altersaufbau der Bevölkerung hat sich in den letzten 100 Jahren entscheidend verändert. Jahrhundertlang herrschte bei der Altersstruktur das Bild der sprichwörtlichen „Alterspyramide“ vor, das sich auch noch für 1910 mit Ausnahme der jüngsten Jahrgänge (die Geburtenzahlen sind bereits rückläufig) erkennen lässt. Dies war aber keinesfalls eine „ideale Altersstruktur“, weil sie

auf einer hohen Sterblichkeit beruhte. Aber bereits hier wird der Beginn des demografischen Alterungsprozesses in Deutschland deutlich. Das Jahr 1950 zeigt dann schon den schmaler werdenden Sockel der jüngeren Jahrgänge und die tiefen Einschnitte durch Kriege und Weltwirtschaftskrise. In der Gegenwart fallen neben dem immer geringeren Umfang der jüngeren Altersgruppen vor allem die stark besetzten Jahrgänge der sogenannten „Babyboomer“ (Geburtsjahrgänge Ende der 1950er bis Beginn der 1970er Jahre) auf. Für die nächsten Jahrzehnte wird sich der Trend zahlenmäßig kleiner werdender Jahrgänge im jüngeren Alter fortsetzen, der Alterungsprozess in Deutschland wird sich beschleunigen. Selbst wenn die Kinderzahl pro Frau

Altersaufbau der Bevölkerung, Deutschland 1910 bis 2060 (in Prozent der Gesamtbevölkerung)

Die schematische Darstellung der Altersstrukturen hat sich im Laufe von mehr als 100 Jahren deutlich gewandelt. Für die Zukunft ist mit einem immer schmaler werdenden Sockel in den jüngeren Jahrgängen zu rechnen.



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

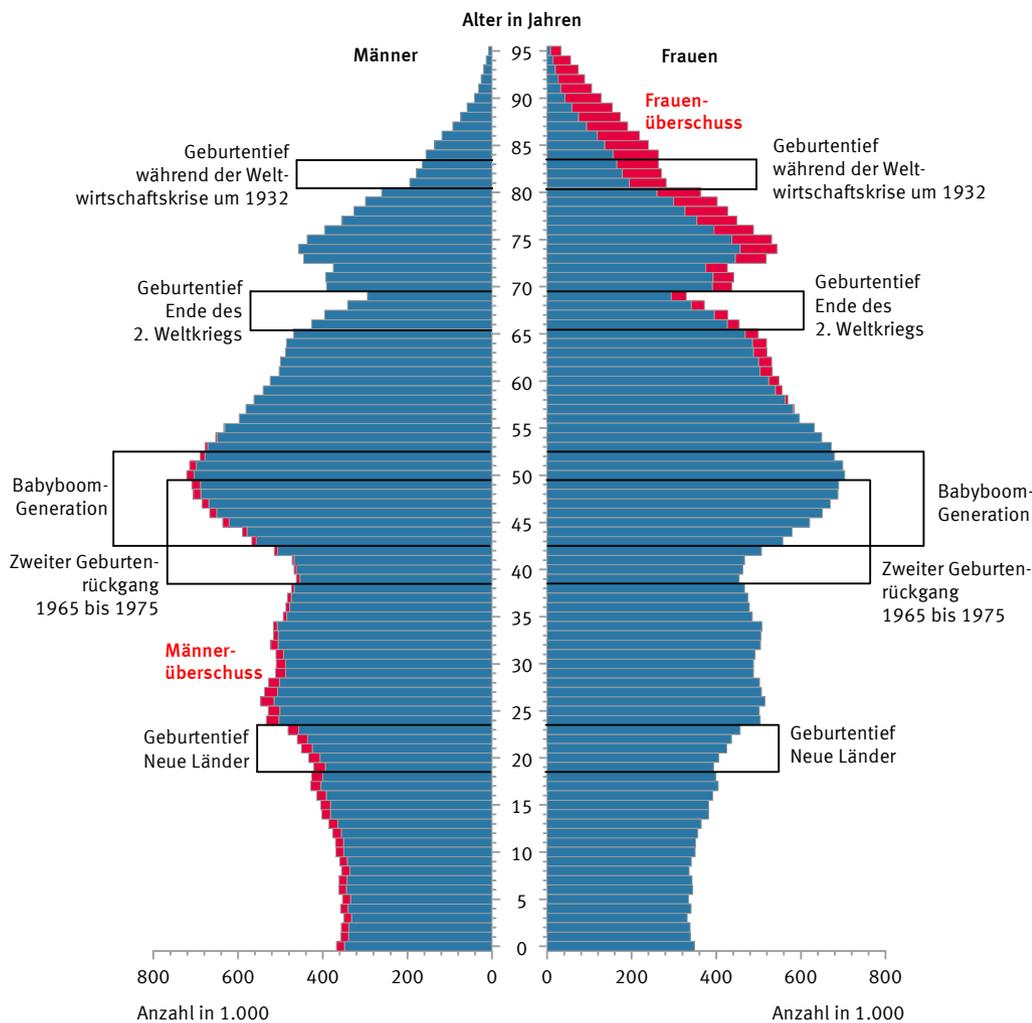
© BiB 2016

ansteigen sollte, würde diese Entwicklung durch den Rückgang der Anzahl potenzieller Mütter nur sehr langfristig gestoppt werden können.

Im Altersaufbau spiegeln sich nicht nur die langfristigen demografischen Trends, sondern auch kurzfristiger wirkende historische Einflüsse wie Geburtenausfälle durch Kriege und Krisen, Kriegstote oder besonders stark besetzte Jahrgänge wider. Über Jahrzehnte hinweg sind die Männerjahrgänge durch die Kriegseinflüsse der beiden Weltkriege überproportional dezimiert worden (heute nur noch

in den höchsten Altersgruppen bedeutsam), die Kriegzeiten selbst sind durch massive Geburtenausfälle gekennzeichnet und die 1960er Jahre des „goldenen Zeitalters von Ehe und Familie“ haben zu den stark besetzten Geburtsjahrgängen der Babyboomer geführt. All diese Entwicklungen lassen sich am Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland nachvollziehen. Die häufigeren Geburten von Jungen führen zum Männerüberschuss im jüngeren Alter, die höhere Lebenserwartung von Frauen zum Frauenüberschuss im höheren Alter.

Altersstruktur der Bevölkerung, Deutschland 31.12.2014



Der Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland spiegelt sowohl langfristige demografische Trends als auch kurzfristige historische Einflüsse wider.

Veränderungen zwischen den Altersgruppen

Wie im vorangegangenen Abschnitt zu erkennen war, unterliegt die Altersstruktur der Bevölkerung erheblichen Veränderungen. Bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts verschiebt sich das Verhältnis von jungen und alten Menschen in der Bevölkerung Deutschlands zugunsten der Älteren. Während der Anteil der unter 20-Jährigen 1871 noch bei 43 % lag und nur 5 % der Bevölkerung 65 Jahre und älter waren, liegen diese Werte heute bei 18 bzw. 21 %. Das heißt, heute ist bereits jeder Fünfte in Deutschland mindestens 65 Jahre alt.

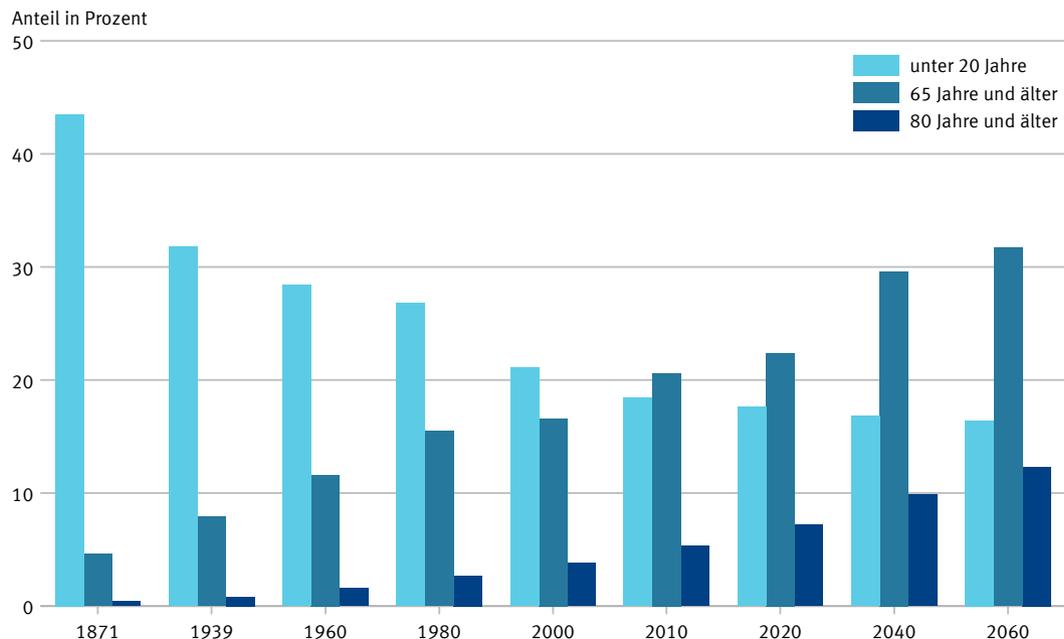
In Zukunft wird sich dieses Verhältnis noch weiter verschieben. Unter den Annahmen der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wird der Anteil der unter 20-Jährigen bis zum Jahr 2060 auf rund 16 % absinken und derjenige der älteren Menschen ab 65 Jahre weiter auf 32 % ansteigen. Begründet ist dies durch das niedrige Geburtenniveau,

das vor allem in Westdeutschland schon seit rund 40 Jahren das Geburtengeschehen bestimmt. Dadurch nimmt der Umfang der nachwachsenden Generationen deutlich ab – jede Kindergeneration ist fast um ein Drittel kleiner als ihre Elterngeneration, wobei ein Generationenabstand heute bei etwa 30 Jahren liegt. Langfristig verringert sich damit nicht nur die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis 20 Jahre von heute 14,8 Millionen auf elf bis zwölf Millionen, sondern auch die Erwerbsbevölkerung von knapp 50 Millionen könnte um rund ein Viertel absinken. Die Hauptauswirkungen sind dabei in den Jahren nach 2020 zu erwarten, wenn die geburtenstarken Jahrgänge – die Babyboomer – aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Bis 2020 haben wir es vor allem mit einem Alterungsprozess innerhalb der Erwerbsbevölkerung zu tun.

Den stärksten Anstieg wird es in Zukunft bei den Hochbetagten ab 80 Jahre geben, was zu steigenden

Anteile der Altersgruppen unter 20, ab 65 und ab 80 Jahre, Deutschland 1871 bis 2060¹

Bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert begann die durchschnittliche Kinderzahl in Deutschland zu sinken, sodass der Anteil junger Menschen abnahm. Parallel dazu wuchs der Anteil von Menschen ab 65 Jahre stark an: Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war nur jeder Zwanzigste in diesem Alter, mittlerweile ist es jeder Fünfte.



¹ ab 2020 Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder, Variante 2: Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung (langfristiger Wanderungssaldo 200.000)

Anforderungen im Pflege- und Hilfebereich führen wird (vgl. dazu auch den Abschnitt Hochaltrigkeit und Pflege S. 18/19). Während ihr Anteil im Jahr 1871 noch unter 1 % lag, gehören heute bereits fast 6 % der Bevölkerung zu dieser Altersgruppe und bis zum Jahr 2060 wird mit einem Anstieg auf mehr als 12 % gerechnet. Das heißt, jeder Achte wäre im Deutschland des Jahres 2060 mindestens 80 Jahre alt. Damit wäre der Anteil 80-Jähriger und Älterer nur wenig niedriger als der der unter 20-Jährigen.

In Ostdeutschland hat sich die Verschiebung zwischen den Altersgruppen durch den Geburten-einbruch Anfang der 1990er Jahre und die hohe Abwanderung vor allem junger Menschen in noch stärkerem Maße vollzogen als in Westdeutschland. Der Anteil unter 20-Jähriger liegt hier gegenwärtig bei 16 % (West: knapp 19 %) und der Anteil der Altersgruppe ab 65 Jahre bei 23 % gegenüber 21 % in Westdeutschland.

Veränderungen des Geschlechterverhältnisses

Im Kindes- und Jugendalter gibt es einen deutlichen männlichen Überschuss. Auf 100 Mädchen Geburten entfallen normalerweise 105 bis 106 neugeborene Jungen. Dieser Überschuss wird reduziert durch die höhere Sterblichkeit männlicher Säuglinge und Kleinkinder und dann noch einmal vor allem im Alter zwischen 15 und 25 Jahren durch eine höhere männliche Sterblichkeit im Ergebnis von Verkehrsunfällen und anderen unnatürlichen Todesursachen.

Mit der Senkung der Sterblichkeit insgesamt hat sich auch diese Geschlechterproportion verändert. 1950 wurde ein zahlenmäßiger Gleichstand zwischen den Geschlechtern im Alter um 20 bis 21 Jahre erreicht. Mittlerweile ist diese Altersgrenze fast kontinuierlich nach oben geklettert und liegt jetzt schon bei etwa 57 Jahren.

Im höheren Altersbereich ist allerdings immer noch ein deutlicher Frauenüberschuss vorhanden, wenn auch die Aussage „das Alter in Deutschland ist weiblich“ weiter an Bedeutung verliert.

Im Alter ab 80 Jahre – in dem ja auch noch die höhere Lebenserwartung der Frauen zum Tragen kommt – lebten zum Höhepunkt dieses zahlenmäßigen Geschlechterungleichgewichts in Deutschland am Ende der 1990er Jahre rund 280 Frauen je 100 Männer. Ursache dafür waren vor allem die durch die beiden Weltkriege stark dezimierten Männerjahrgänge bis zum Geburtsjahrgang 1929, die auch das Geschlechterverhältnis in den Altersgruppen unterhalb von 80 Jahren deutlich beeinflussten.

Inzwischen verringert sich diese Proportion auch jenseits der 80 Jahre kontinuierlich und liegt 2014 in dieser Altersgruppe bei 186 Frauen je 100 Männer. Nach den Annahmen der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wird sich dieses Verhältnis weiter verringern und im Jahr 2060 ein Niveau von rund 140 zu 100 erreichen.

Entwicklung des Geschlechterverhältnisses in den Altersgruppen ab 65 Jahre, Deutschland 1950 bis 2014 (Frauen je 100 Männer)

| Jahr | 65 – 69 Jahre | 70 – 74 Jahre | 75 – 79 Jahre | 80 Jahre und älter |
|------|---------------|---------------|---------------|--------------------|
| 1950 | 127 | 124 | 124 | 140 |
| 1960 | 154 | 151 | 146 | 147 |
| 1970 | 136 | 162 | 195 | 192 |
| 1980 | 164 | 173 | 180 | 243 |
| 1990 | 162 | 183 | 208 | 259 |
| 2000 | 112 | 132 | 198 | 277 |
| 2010 | 108 | 116 | 131 | 204 |
| 2014 | 108 | 115 | 127 | 186 |

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen: BiB

Medianalter

Eine andere demografische Maßzahl zur Abbildung der Alterung einer Gesellschaft ist das Medianalter (s. methodische Erläuterung). Dieses Medianalter ist in den letzten Jahrzehnten deutlich angestiegen. Es liegt bei Frauen durchgehend über dem Niveau der Männer, was vor allem aus der höheren Lebenserwartung der Frauen und dem Männerüberschuss in den jungen Altersgruppen resultiert.

Bei den Männern ist der Verlauf des Medianalters zunächst noch durch ein Absinken in den 1950er und 1960er Jahren gekennzeichnet: Die starken Geburtenjahrgänge in dieser Zeit und die ausgedünnte Generation der im Zweiten Weltkrieg gefallenen Männer sorgten zunächst also für eine Verjüngung. Erst danach näherte sich das Medianalter dem Verlauf bei den Frauen an. Heute ist die Hälfte der Männer unter 45 Jahre alt, die Hälfte der Frauen unter 47 Jahre. Das Medianalter wird weiter ansteigen mit erheblichen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, auf Rentenversicherung und Gesundheitswesen. Ab der Mitte dieses Jahrhunderts ist dann bei beiden Geschlechtern mit einer Stabilisierung des Kurvenverlaufs bzw. einem leichten Rückgang zu rechnen. Die Ursache dafür sind die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboom-Generation, die gegenwärtig

Medianalter

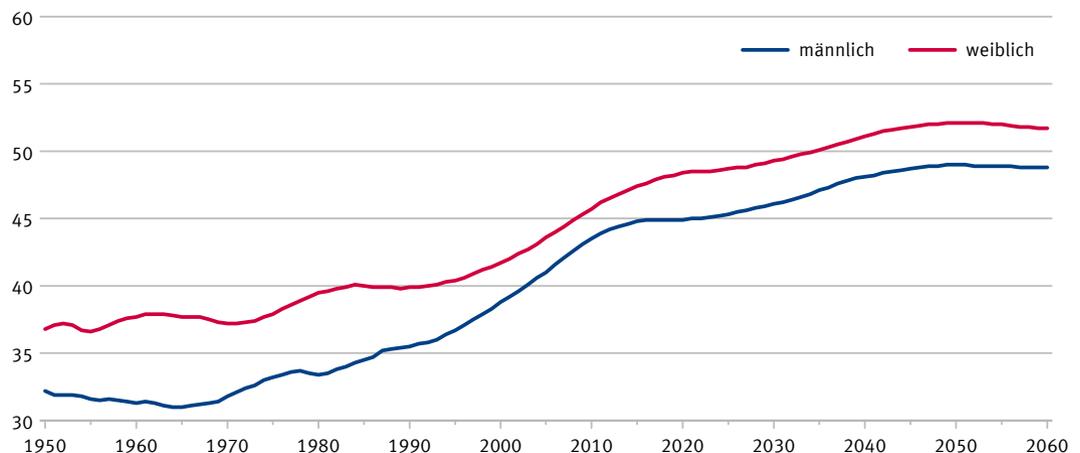
Dieses teilt die Bevölkerung nach dem Alter in zwei gleich große Gruppen: Die eine Hälfte ist jünger als das Medianalter, die andere Hälfte ist älter. Damit reagiert das Medianalter sensibler auf eine Ungleichverteilung der Altersjahrgänge innerhalb einer Bevölkerung als das Durchschnittsalter.

den Alterungsprozess maßgeblich vorantreiben, sie werden dann zum größten Teil verstorben sein.

Das Durchschnittsalter, das als arithmetisches Mittel des Alters aller Personen einer Bevölkerung berechnet wird, liegt um mehr als 1,5 Jahre unter dem Medianalter und zwar bei Männern bei 42,9 Jahren und bei Frauen bei 45,6 Jahren. Hierbei spielt die Besetzung der einzelnen Geburtsjahrgänge eine wichtige Rolle. Das höchste Durchschnittsalter haben die Menschen in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg, die jüngste Bevölkerung lebt in Hamburg, Berlin und Baden-Württemberg. Dabei betragen die Unterschiede im Durchschnittsalter zwischen Hamburg und Sachsen-Anhalt immerhin 4,5 Jahre bei den Männern und 5,7 Jahre bei den Frauen – auch ein Ergebnis der jahrelangen hohen Abwanderung junger ostdeutscher Frauen.

Medianalter in Jahren, Deutschland 1950 bis 2060¹

Das Medianalter von Männern und Frauen ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Dieser Trend wird sich voraussichtlich bis Mitte des Jahrhunderts fortsetzen.



¹ ab 2015 Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder, Variante 2: Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung (langfristiger Wanderungssaldo 200.000)

Abhängigenquotienten

Das Zahlenverhältnis zwischen jungen und alten Menschen ermöglicht nicht nur Einblicke in den strukturellen Altersaufbau der Bevölkerung, es verdeutlicht auch die Abhängigkeiten dieser Gruppen voneinander.

Der sogenannte Jugendquotient beispielsweise gibt das Verhältnis der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren zu den 20- bis 64-Jährigen wieder, während man das Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren in Bezug zu den 20- bis 64-Jährigen als Altenquotient bezeichnet. Dieser Einteilung liegt die idealisierte Vorstellung zugrunde, dass Menschen zwischen 20 und 65 Jahren als wirtschaftlich aktive Gruppe die (finanzielle) Versorgung für die Jüngeren bzw. die Älteren gewährleisten. Die Summe von Jugend- und Altenquotient – der Gesamtquotient – zeigt deshalb die ökonomische Belastung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Dieser Gesamtquotient lag im Jahr 1871 bei 92,6 und damit um etwa ein Drittel höher als das gegenwärtige Niveau. Grundlage dafür war ein sehr hoher Jugend- und ein sehr niedriger Altenquotient. Daher mussten relativ viele Ressourcen für die Versorgung der noch nicht bzw. nicht mehr Erwerbsfähigen eingesetzt werden. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen,

dass Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts mehr als 90 % der 15- bis unter 20-Jährigen bereits im Erwerbsleben standen, während dies gegenwärtig nur für weniger als ein Drittel dieser Altersgruppe zutrifft. Andererseits ändert sich auch das Renteneintrittsalter im Zeitablauf.

Der niedrigste Gesamtquotient war in Deutschland in den Jahren 1990 bis 1992 mit unter 58 zu verzeichnen. Zu dieser Zeit war der Jugendquotient bereits auf ein Niveau von rund 34 abgesunken, der Altenquotient aber begann erst stärker anzusteigen und lag noch bei etwa 24. Nach den gegenwärtigen Vorausberechnungen wird der Gesamtquotient bis zum Jahr 2060 erheblich ansteigen und etwa das Niveau von Ende des 19. Jahrhunderts erreichen – allerdings mit entgegengesetzten Vorzeichen: dann wird der Altenquotient zwei Drittel des Gesamtquotienten ausmachen und der Jugendquotient nur ein Drittel.

Auch beim Niveau der Abhängigenquotienten zeigen sich wieder deutliche West-Ost-Unterschiede: Der etwas niedrigere Gesamtquotient in Ostdeutschland von 64,1 gegenüber 64,6 in Westdeutschland wird vor allem durch den erheblich geringeren Jugendquotienten von 26,3 (West 30,8) hervorgerufen, der die Geburtenausfälle nach der deutschen Wiedervereinigung widerspiegelt.

Jugend-, Alten- und Gesamtquotient, Deutschland 1871 bis 2060

| Jahr | Jugendquotient ¹ | Altenquotient ² | Gesamtquotient ³ |
|-------------------|-----------------------------|----------------------------|-----------------------------|
| 1871 | 83,7 | 8,9 | 92,6 |
| 1910 | 85,4 | 9,8 | 95,2 |
| 1939 | 52,7 | 13,1 | 65,8 |
| 1950 | 50,8 | 16,3 | 67,0 |
| 2000 | 34,0 | 26,8 | 60,7 |
| 2010 | 30,3 | 33,8 | 64,1 |
| 2014 | 29,9 | 34,6 | 64,5 |
| 2030 ⁴ | 31,8 | 48,7 | 80,5 |
| 2060 ⁴ | 31,6 | 61,1 | 92,8 |

¹ Jugendquotient = unter 20-Jährige je 100 20- bis 64-Jährige

² Altenquotient = 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis 64-Jährige

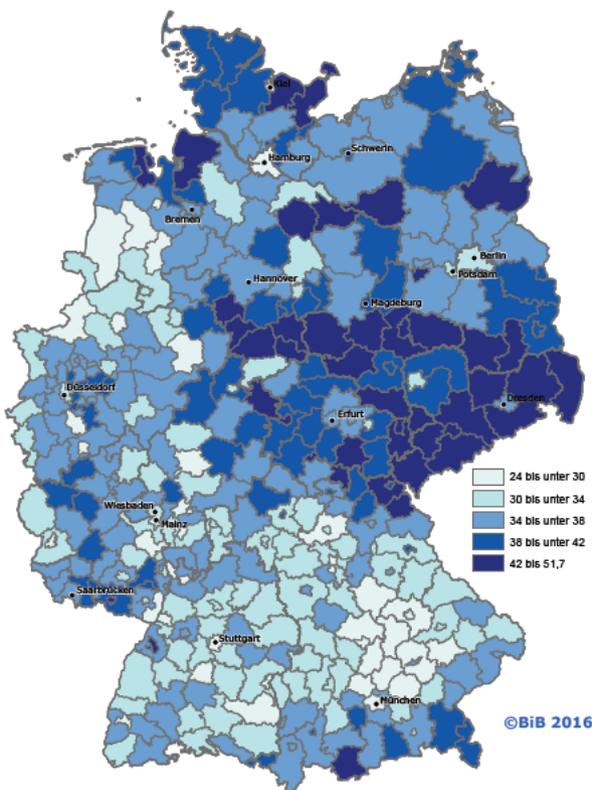
³ Gesamtquotient = unter 20-Jährige und 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis 64-Jährige

⁴ 2030 und 2060 entsprechend 13. koordinierter Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder, Variante 2: Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung (langfristiger Wanderungssaldo 200.000)

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

Altenquotient (65-Jährige und Ältere je 100 20- bis 64-Jährige), Deutschland 2014 (Kreisebene)

Der Altenquotient in Deutschland ist regional unterschiedlich ausgeprägt. In den Ballungsräumen und großen Städten liegen die Werte deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt, ebenso in weiten Teilen Süddeutschlands. Das beruht auf dem starken Zuzug vorwiegend junger Menschen. Demgegenüber gibt es in Ostdeutschland, an den Küsten, im äußersten Westen sowie am Alpenrand viele Landkreise mit einem hohen Altenquotient.

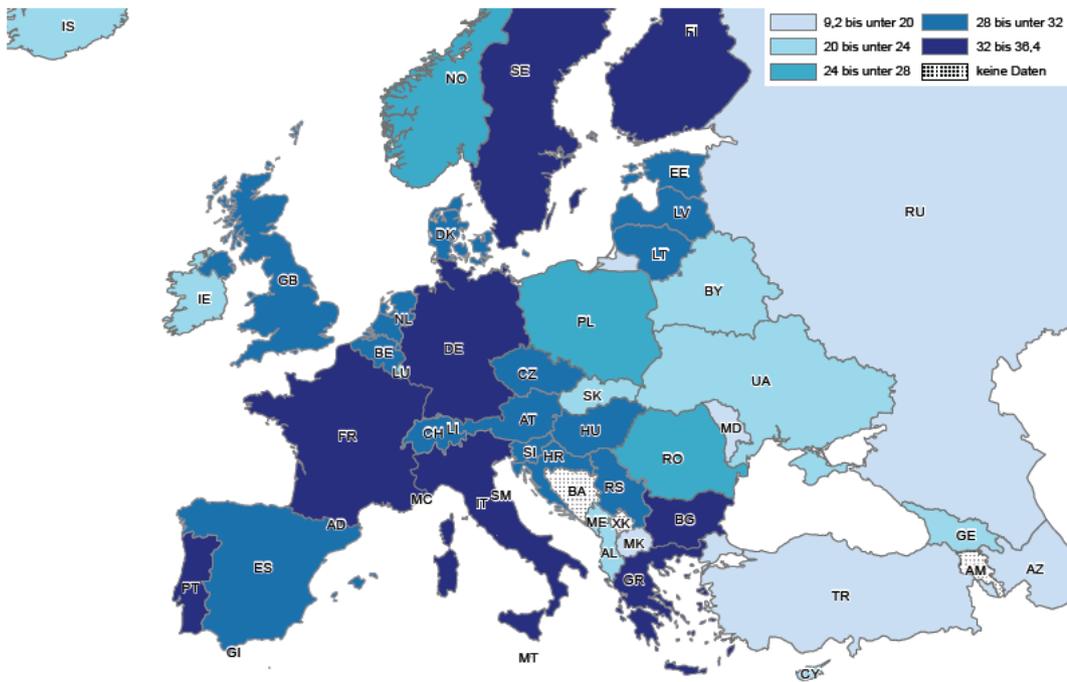


Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen BiB, ähnliche Klassenbesetzung
© GeoBasis-DE / BKG (2014)

Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen jüngeren und älteren Menschen differiert zwischen einzelnen Regionen, so dass der Altenquotient innerhalb Deutschlands erheblichen Schwankungen unterworfen ist. Hierbei spielt vor allem die Abwanderung junger Menschen eine entscheidende Rolle: Wenn viele Junge aus einer Region wegziehen, dann altert – rein rechnerisch – die verbleibende Bevölkerung in diesem Gebiet umso rascher. Außerdem geht mit dem Wegzug junger Frauen auch die zukünftige Müttergeneration verloren. Generell lässt sich sagen, dass Städte aufgrund ihres Angebots an Bildungseinrichtungen, Arbeitsplätzen und Freizeitmöglichkeiten attraktiv für junge Menschen sind. Sie ziehen also tendenziell weg vom Land in Richtung der Ballungszentren. Dieses Phänomen zeigt sich seit vielen Jahren vor allem in strukturschwachen Gebieten und betrifft weite Teile Ostdeutschlands.

Der demografische Wandel und das Altern der Bevölkerung vollziehen sich also regional sehr unterschiedlich. Städtische Zentren mit hoher Wachstumsdynamik bei Bevölkerung und Wirtschaftskraft stehen schon heute strukturschwachen Regionen gegenüber, die von Alterung und Abwanderung betroffen sind. Diese unterschiedlichen Entwicklungen werden sich in Zukunft weiter verstärken und erhebliche Auswirkungen auf die Nutzung und Anforderung von Infrastruktureinrichtungen haben. In den Wachstumsregionen steigt die Nachfrage nach Wohnraum, Verkehrsinfrastruktur, Erholungsflächen, Bildungs- oder Versorgungseinrichtungen. In strukturell benachteiligten Räumen geht es um die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge für die dort lebenden Menschen. Während einerseits also Wachstum gefördert wird, sind andernorts Schrumpfungsprozesse zu erwarten.

Altenquotienten (65-Jährige und Ältere je 100 20- bis 64-Jährige), europäische und angrenzende Länder 2014



Die Altenquotienten in den europäischen Ländern weisen ein sehr unterschiedliches Niveau auf. Deutschland gehört zu den europäischen Staaten mit einem sehr hohen Altenquotient.

Datenquelle: Eurostat, Berechnungen: BiB
(Abkürzung der Ländernamen siehe letzte Seite der Broschüre)

© BiB 2016

Das Altern der Bevölkerung ist nicht auf Deutschland beschränkt. In nahezu allen Staaten weltweit kann ein Alterungsprozess beobachtet werden, allerdings vollzieht er sich global mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. In Japan altert die Bevölkerung besonders schnell, weil sich die hohe Lebenserwartung und die niedrige Geburtenrate in ihren Wirkungen verstärken. Auch China, mit 1,3 Milliarden Einwohnern gegenwärtig noch das bevölkerungsreichste Land der Erde, steht ein rasanter Alterungsprozess bevor, da die Ein-Kind-Politik die Zahl der Geburten in den letzten Jahrzehnten drastisch beschränkt hat, wodurch die Kindergenerationen deutlich kleiner ausfallen als die Elterngenerationen.

Bei unseren europäischen Nachbarländern weisen die Alterungsprozesse viele unterschiedliche Spezifika auf. In Italien und Griechenland beispielsweise hat der starke Geburtenrückgang die Alterung deutlich beschleunigt. In der Türkei, in Russland

und verschiedenen osteuropäischen Ländern, aber auch in Irland und Island, zeigen die Altenquotienten hingegen an, dass dieser Prozess wesentlich langsamer voranschreitet.

Die unterschiedlichen Niveaus der Altenquotienten in Europa spiegeln dabei einerseits die niedrigen Geburtenzahlen der letzten Jahrzehnte wider, die zu geringeren Zahlen junger Erwerbsfähiger geführt haben. Andererseits haben die Differenzen in der ferneren Lebenserwartung in den höheren Altersgruppen zu unterschiedlichen Besetzungszahlen in den höheren Altersgruppen der einzelnen Länder geführt. Länder mit einer hohen Lebenserwartung der Männer und Frauen sind in den Altersgruppen ab 80 Jahre deutlich stärker besetzt als z. B. verschiedene osteuropäische Staaten mit einer niedrigeren ferneren Lebenserwartung im höheren Alter.

Weitere Informationen zum Thema:
[www.bib-demografie.de/
bevoelkerungsbilanz_alterstruktur](http://www.bib-demografie.de/bevoelkerungsbilanz_alterstruktur)



Hochaltrigkeit und Pflege

Mit der steigenden Lebenserwartung wird es zukünftig immer mehr hochbetagte Senioren geben. Heute leben in Deutschland über 4,5 Millionen Menschen, die älter als 80 Jahre sind. Nach Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes soll diese Zahl bis zur Mitte des Jahrhunderts auf knapp zehn Millionen klettern. Auch wenn die Lebensjahre in Gesundheit zunehmen werden, steigt mit zunehmendem Alter das Risiko für gesundheitliche Beeinträchtigungen, deshalb ist in Zukunft mit einer Zunahme altersbedingter Krankheiten zu rechnen. Körperliche Probleme in der zweiten Lebenshälfte sind zudem oftmals chronisch und irreversibel, gerade bei betagten Menschen treten häufig Multimorbidität und erhebliche Mobilitätseinschränkungen auf. Bei psychischen Erkrankungen spielen Depressionen oder demenzielle Erkrankungen ebenfalls eine wichtige Rolle. Die medizinische Versorgung und altersgerechte Pflege dieser Menschen wird deshalb

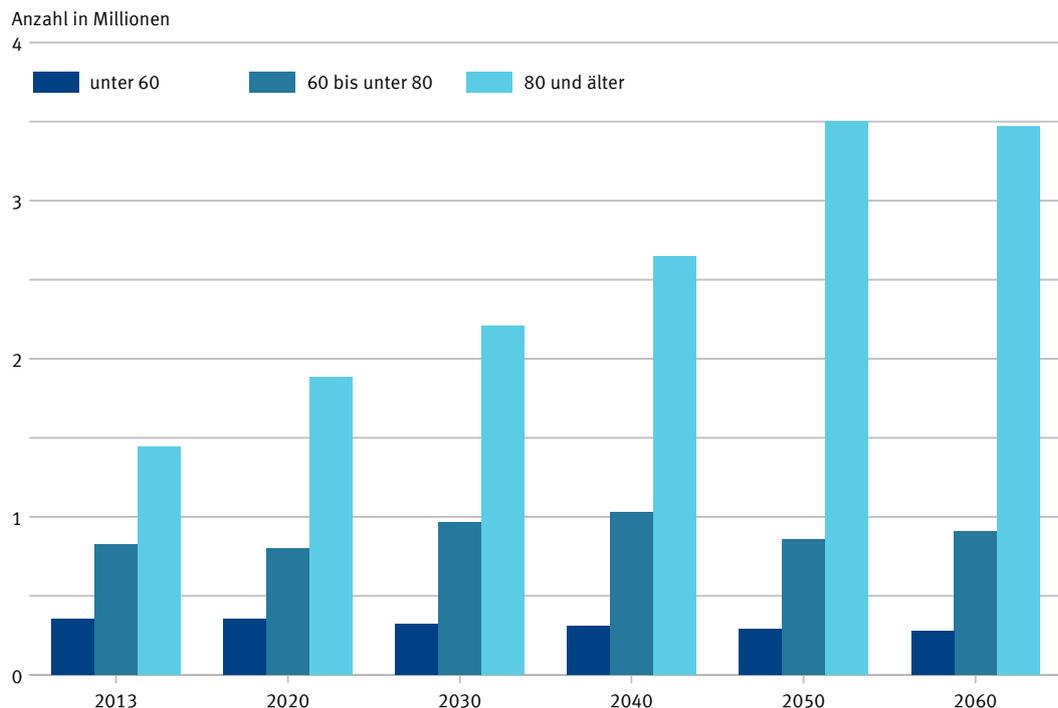
Pflegebedürftige

Gemäß SGB XI gelten Personen als pflegebedürftig, wenn sie aufgrund körperlicher, seelischer und geistiger Behinderung oder Krankheit dauerhaft auf Hilfe angewiesen sind, um den täglichen Ablauf des Lebens bewältigen zu können. Dabei beurteilt die jeweilige Pflegekasse, ob und in welchem Grad eine Pflegebedürftigkeit besteht. Je nach Schwere des Krankheitszustandes werden Pflegebedürftige in die Pflegestufen I bis III unterteilt.

eine große Herausforderung sein. Gegenwärtig gelten etwa 2,6 Millionen Menschen in Deutschland als pflegebedürftig im Sinne des XI. Sozialgesetzbuches. Verwendet man die Pflegequoten des Jahres 2013 und lässt sie konstant, so würden allein durch die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung bis 2030 weitere fast 800.000 Pflegebedürftige hinzukommen. Bis zum Jahr 2060 würde die Zahl der Pflegebedürftigen auf nahezu 4,7 Millionen Menschen ansteigen.

Schätzung der Pflegebedürftigen nach Altersgruppen, Deutschland 2013 bis 2060

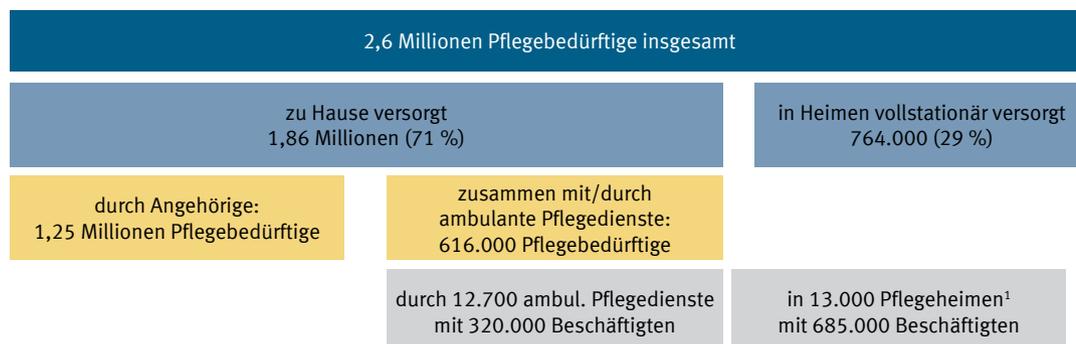
Mit der wachsenden Zahl älterer und vor allem hochbetagter Menschen in Deutschland ist in den nächsten Jahrzehnten mit einer deutlichen Zunahme von Pflegebedürftigen zu rechnen.



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik; ab 2020 Berechnungen BiB mit konstanten Pflegequoten aus 2013 und Bevölkerungszahlen aus 13. koordinierter Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 2: Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung (langfristiger Wanderungssaldo 200.000)

© BiB 2016

Pflegebedürftige nach Versorgungsart, Deutschland 2013



¹ einschl. teilstationäre Pflegeheime
Quelle: Statistisches Bundesamt

Vor dem Hintergrund ansteigender Pflegefallzahlen gewinnt der qualitative Aspekt der Pflege an Bedeutung. Gegenwärtig spielt die häusliche Pflege durch Angehörige eine wichtige Rolle: Etwa 71 % aller Pflegebedürftigen werden zu Hause betreut, die meisten davon durch Familienangehörige.

Speziell für die Alterssicherungssysteme und Pflegeleistungen werden Unterstützungsziffern errechnet, welche die Verschiebung der Bevölkerungsanteile zwischen den Generationen deutlich machen. So stellt der „intergenerationelle Unterstützungskoeffizient“ die Zahl der Menschen ab 80 Jahren ins Verhältnis zur Größe der nachfolgenden Generation zwischen 50 und 64 Jahren – also der Söhne und Töchter der ab 80-Jährigen. Dieses

Maß ist vor allem für das Unterstützungspotenzial bedeutsam – es zeigt, in welcher Relation alte Menschen in Zukunft auf die Hilfeleistungen und Pflege durch Jüngere rechnen können bzw. in welcher Form dieses Potenzial bei steigender Lebenserwartung abnimmt. Vor allem nach 2020, wenn die geburtenstarken Jahrgänge aus der Altersgruppe der bis 65-Jährigen ausscheiden, wird die zahlenmäßige Relation zwischen den Hochbetagten und ihrer Kindergeneration immer ungünstiger werden.

Hinzu kommt die zunehmende Kinder- und Enkellosigkeit sowie die Auflösung traditioneller Familienstrukturen, die dazu führen, dass Pflege in Zukunft zunehmend von institutionellen Anbietern zu leisten sein wird.

Intergenerationeller Unterstützungskoeffizient, Deutschland 2000 bis 2060

| Jahr | Altersgruppe 50 bis 64 | Altersgruppe ab 80 Jahre | Intergenerationeller Unterstützungskoeffizient |
|------|------------------------|--------------------------|--|
| | in 1.000 | | auf einen 80-Jährigen und Älteren kommen ... 50- bis 64-Jährige |
| 2000 | 15.572 | 3.087 | 5,0 |
| 2010 | 16.344 | 4.307 | 3,8 |
| 2020 | 19.159 | 5.915 | 3,2 |
| 2030 | 16.089 | 6.220 | 2,6 |
| 2040 | 15.678 | 7.816 | 2,0 |
| 2050 | 15.375 | 9.866 | 1,6 |
| 2060 | 13.533 | 8.990 | 1,5 |

Ab 2020 berechnet nach 13. koordinierter Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 2 (langfristiger Wanderungssaldo 200.000).
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

2. Erwerbstätigkeit und Bildung

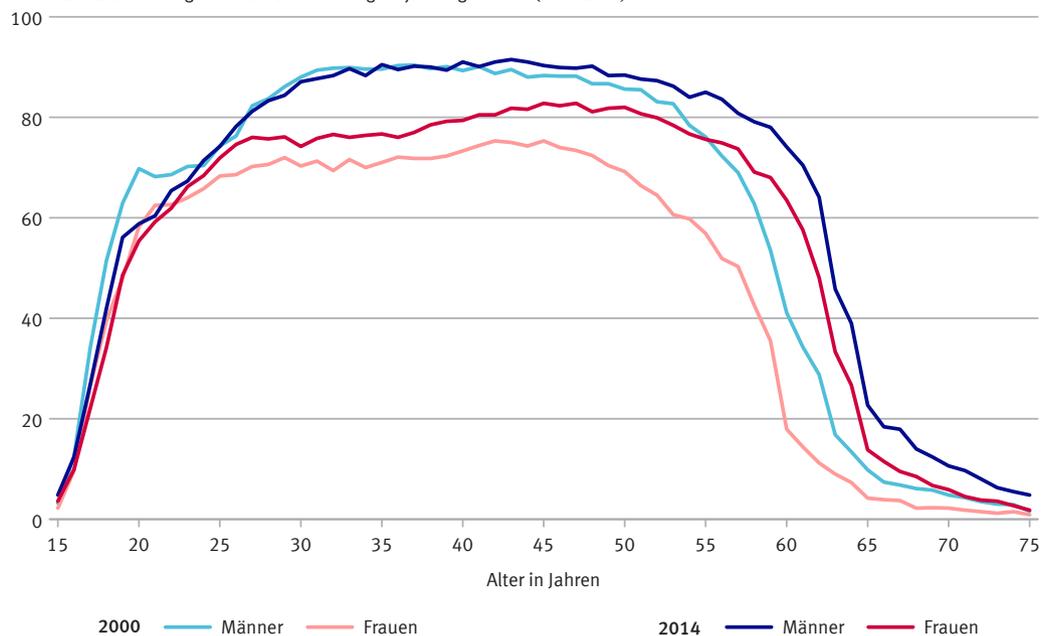
Der demografische Wandel wird sich mittelfristig auch auf den Arbeitsmarkt auswirken, weil sich mit der Alterung und der Schrumpfung der Bevölkerung auch die Erwerbstätigenstruktur verändern wird. Die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer, die gegenwärtig einen Großteil der Erwerbspersonen stellen, werden bis 2030 aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Befürchtungen, die aus ökonomischer Sicht im Zusammenhang mit der künftigen demografischen Entwicklung oftmals genannt werden, sind: ein Engpass an jungen und hochqualifizierten Mitarbeitern, ein Rückgang bei der Innovationskraft und Produktivität der Unternehmen sowie niedrigere Beitragszahlungen bei steigenden Sozialausgaben. Führt der demografische Wandel die Menschen in Deutschland also zu einem Wohlstandsverlust? Und welche Möglichkeiten gibt es, den Rückgang der Erwerbsbevölkerung abzumildern? Welche Rolle kommt dabei der Bildung zu?

Gegenwärtig profitiert Deutschland von den stark besetzten Jahrgängen der Babyboom-Generation. Im Jahr 2014 waren durchschnittlich 37,9 Millionen Menschen zwischen 20 und 64 Jahren in Deutschland erwerbstätig – und damit so viele wie nie zuvor. Allein seit 2000 hat diese Zahl um 3,1 Millionen Erwerbstätige zugenommen. Für diesen Anstieg gibt es mehrere Gründe: Zum einen trug die positive ökonomische Lage dazu bei, dass die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze gestiegen ist. Zum anderen hat sich aber auch die allgemeine Erwerbsneigung erhöht, die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen wuchs von 66 % auf nunmehr 77 %. Vor allem Frauen drängen immer stärker in den Arbeitsmarkt. Waren 2000 noch rund 61 % der Frauen im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig, so erhöhte sich dieser Anteil mittlerweile auf 73 %. Bei den Männern fiel der Anstieg von 77 auf 82 % deutlich schwächer aus, allerdings auf einem höheren Niveau.

Erwerbstätigenquote nach Alter und Geschlecht, Deutschland 2000 und 2014

Männer sind in allen Lebensjahren zu einem höheren Grad erwerbstätig als Frauen. Dennoch hat in den letzten Jahren die Frauenerwerbstätigkeit stark zugenommen, insbesondere bei den 50- bis 65-Jährigen.

Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im jeweiligen Alter (in Prozent)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Berechnungen: BiB

© BiB 2016

Erwerbstätigenquote

Die Erwerbstätigenquote setzt die Zahl der Erwerbstätigen in Bezug zur Gesamtzahl der Bevölkerung im gleichen Alter und Geschlecht. Dabei wird die Arbeitskräfteerhebung des Statistischen Bundesamtes als Datengrundlage verwendet, die das international vereinbarte Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) für den Erwerbsstatus zugrunde legt. Demnach gilt als erwerbstätig, wer ab einem Alter von 15 Jahren mindestens für eine Stunde pro Woche gegen Lohn arbeitet.

Betrachtet man die Erwerbsbeteiligung in Deutschland nach Alter und Geschlecht, so wird ein typischer Verlauf deutlich, der durch folgende Kennzeichen charakterisiert ist:

- » Über den gesamten Lebensverlauf hinweg betrachtet sind Männer zu einem höheren Grad erwerbstätig als Frauen. Die Phase mit der höchsten Erwerbsbeteiligung liegt bei Männern zwischen dem 35. und 45. Lebensjahr, ihre Erwerbstätigenquote erreicht in dieser Zeit rund 90 %. Bei Frauen hingegen ist die Erwerbsarbeit zwischen dem 45. und dem 55. Lebensjahr mit rund 81 % am stärksten verbreitet.
- » Der stärkste geschlechtsspezifische Unterschied ist im Alter zwischen 30 und 44 Jahren zu beobachten. Während Männer in dieser Phase bereits zu einem hohen Teil erwerbstätig sind, nehmen Frauen deutlich seltener am Erwerbsleben teil.

Vereinbarkeitsprobleme von Beruf und Familie tragen mit dazu bei, dass Frauen zumindest zeitweise aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

- » Während der letzten Jahre hat sich die Erwerbsbeteiligung erheblich verändert: Zum einen treten junge Menschen später ins Erwerbsleben ein als noch um die Jahrtausendwende, was auf eine im Schnitt längere Ausbildungsphase zurückzuführen ist. Zum anderen ist die Erwerbsbeteiligung bei Menschen über 55 Jahren stark angestiegen.

Um dem demografisch bedingten Rückgang der Erwerbsbevölkerung entgegenzuwirken, sind mehrere Lösungsansätze denkbar: Der frühere Eintritt in das Erwerbsleben, der spätere Austritt aus der Erwerbsphase, eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit sowie der Zuzug von ausländischen Arbeitskräften.

Erwerbsbeteiligung von Frauen

An der gestiegenen Erwerbsbeteiligung in Deutschland sind Frauen in besonderer Weise beteiligt. Gegenwärtig gehen sieben von zehn Frauen einer bezahlten Arbeit nach, so viele wie nie zuvor. Bei der schulischen und beruflichen Qualifikation haben Frauen die Männer mittlerweile überholt: Unter den 30- bis 34-Jährigen gelten 36 % der Frauen als hochqualifiziert, bei den Männern sind es mit 33 % etwas weniger.

Trotz der besseren Ausbildung unterliegt die Erwerbsbeteiligung von Frauen sehr viel stärker fa-

Gründe für Teilzeittätigkeit nach Geschlecht, Deutschland 2014 (in Prozent)

| Grund | Männer | Frauen |
|---|--------|--------|
| keine Vollzeittätigkeit zu finden | 18,5 | 12,4 |
| Aus- und Weiterbildung | 22,4 | 6,2 |
| Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen | 3,5 | 27,2 |
| sonstige familiäre oder persönliche Verpflichtungen | 5,9 | 20,4 |
| Krankheit oder Unfallfolgen | 7,1 | 2,6 |
| Vollzeittätigkeit aus anderen Gründen nicht erwünscht | 42,6 | 31,2 |

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

miliären Einflüssen als bei Männern. Bedingt durch die Kinderbetreuung oder die Pflege älterer Angehöriger weisen viele Frauen keine durchgängige Erwerbsbiografie auf oder sind überdurchschnittlich oft in Teilzeitarbeitsverhältnissen beschäftigt. So arbeitet fast die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen in Deutschland (46 %) weniger als 32 Stunden pro Woche, bei den Männern sind nur rund 11 % in Teilzeit beschäftigt.

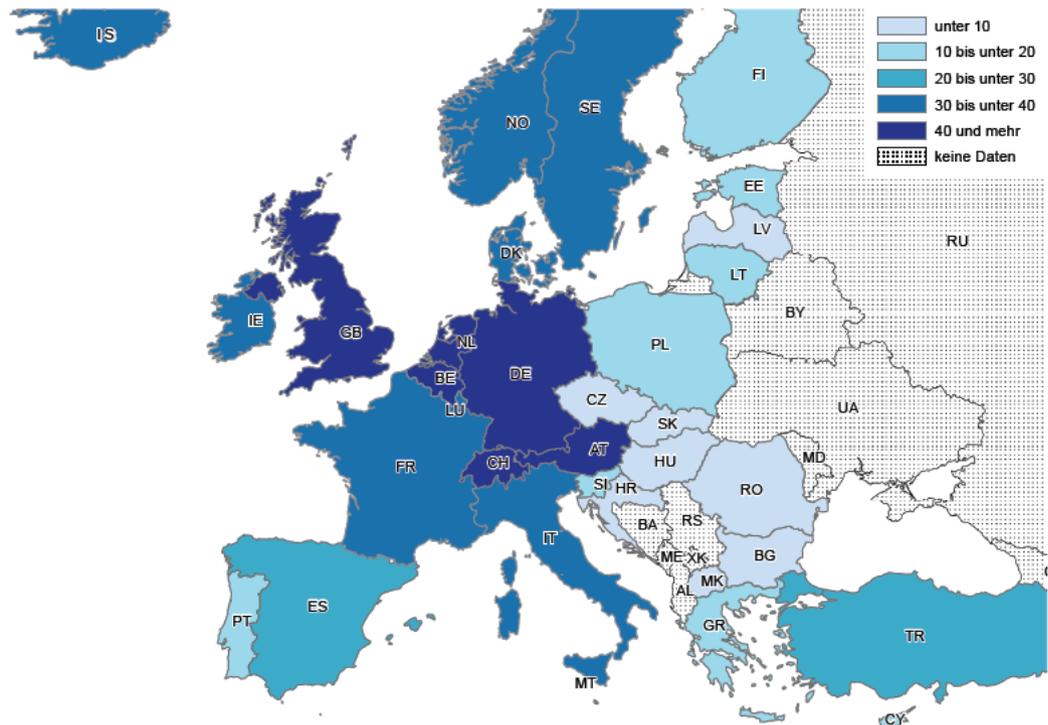
Die Gründe für diese Erwerbsform unterscheiden sich zwischen den Geschlechtern sehr deutlich: So üben Männer Beschäftigungen in Teilzeit oft nur dann aus, wenn sie keine Vollzeitstelle finden oder wenn sie an einer Fort- bzw. Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen. Das hat zur Folge, dass die meisten Männer mit Teilzeitbeschäftigung entweder unter 30 Jahre oder über 55 Jahre alt sind, sich also entweder in der Übergangsphase zwischen Ausbildung und Erwerbsleben befinden oder zwischen Erwerbsarbeit und Ruhestand. Bei den Frauen zeigt sich ein gänzlich anderes Bild: Hier ragen

familiäre Aufgaben sowie die Betreuung von Kindern und Angehörigen heraus. Dementsprechend sind die meisten Frauen in einem Alter zwischen 35 und 60 Jahren teilzeitbeschäftigt, weil in diesem Altersabschnitt familienbezogene Aufgaben besonders häufig anfallen.

Innerhalb der Europäischen Union gibt es nur in den Niederlanden und Österreich höhere weibliche Teilzeitquoten als in Deutschland, während in einigen osteuropäischen Ländern diese Art der Beschäftigung bei Frauen weitgehend unbekannt ist (Bulgarien 3 %, Ungarn 8 %). Im EU-Durchschnitt liegt der Wert bei rund 32 %. In den einzelnen Ländern variieren die Gründe, warum Teilzeit gearbeitet wird, stark. So hätten 60 % der Spanierinnen lieber eine Vollzeitstelle, finden aber keine, während 19 % Familienpflichten als Hinderungsgründe nannten. Bei den Österreicherinnen hingegen zeichnet sich ein genau entgegengesetztes Bild mit Werten von 11 % bzw. 59 % ab.

Teilzeiterwerbstätigkeit von Frauen zwischen 15 und 64 Jahren, europäische Länder 2014 (in Prozent)

In Deutschland und in den Niederlanden arbeiten Frauen am häufigsten auf Teilzeitbasis. In einigen osteuropäischen Ländern ist diese Art der Beschäftigung für Frauen weitgehend unbekannt.



Erwerbsbeteiligung junger Menschen

Immer mehr junge Menschen streben eine höhere Qualifikation an: Im Jahr 2014 erreichten bereits 33 % der Schulabgänger die allgemeine Hochschul- oder Fachhochschulreife, 2000 waren es nur 26 %. Während im gleichen Zeitraum in einem etwas geringeren Maß auch der Anteil der Schüler mit Realschulabschluss zunahm (von 40 auf 44 %), verringerte sich der Anteil mit Hauptschulabschluss deutlich von 25 % auf 17 %.

Der zunehmende Anteil von studienberechtigten jungen Menschen hat dazu geführt, dass die durchschnittliche Dauer der Ausbildung gestiegen ist, was wiederum den Eintritt in das Erwerbsleben verzögert.

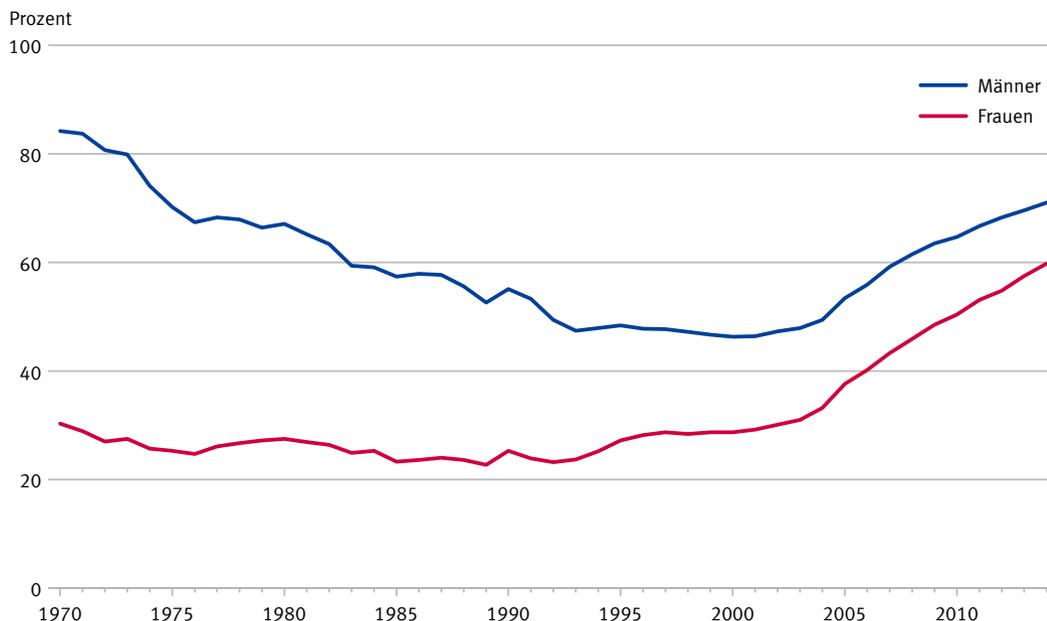
Deutschland besitzt im europäischen Vergleich eine relativ lange Ausbildungszeit. Im Jahr 2014 befand sich knapp die Hälfte der 20- bis 24-Jährigen in Ausbildung oder Studium, der EU-Durchschnitt liegt etwas darunter. In Großbritannien sind

die Ausbildungszeiten sehr viel kürzer, so dass sich in der gleichen Altersgruppe dort nur noch etwa ein Drittel in der Ausbildungsphase befindet. Eine Reduzierung der Gymnasialzeit auf acht Jahre, der Wegfall von Wehr- und Ersatzdienst sowie eine Verschlankung des universitären Studiums sollen dazu beitragen, den Übergang in das Erwerbsleben zu beschleunigen.

Erwerbsbeteiligung älterer Menschen

Während die Erwerbsbeteiligung Jüngerer in den letzten Jahren abgenommen hat, stieg sie bei älteren Menschen deutlich an. Allein zwischen 2000 und 2014 kletterte die Erwerbstätigenquote bei Männern im Alter von 55 bis 64 Jahren von 46 % auf nunmehr 71 %, bei Frauen in der gleichen Altersgruppe von 29 % auf 60 %. Ursachen für den Anstieg sind neben der allgemein guten Wirtschaftslage auch ein steigender Bedarf an erfahrenen Arbeitskräften. Aufgrund der höheren Qualifikation der Erwerbstätigen

Erwerbstätigenquote im Alter von 55 bis 64 Jahren, Deutschland¹ 1970 bis 2014



In den letzten Jahren ist die Erwerbstätigenquote von älteren Menschen deutlich angestiegen. Bei Frauen erreichte sie 2014 einen neuen Höchststand, bei den Männern lag das Niveau in den 1970er Jahren noch erheblich darüber.

¹ 1970 bis 1990 Früheres Bundesgebiet
Datenquelle: Statistisches Bundesamt

und der Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ist davon auszugehen, dass diese Quoten in den kommenden Jahren weiter steigen werden.

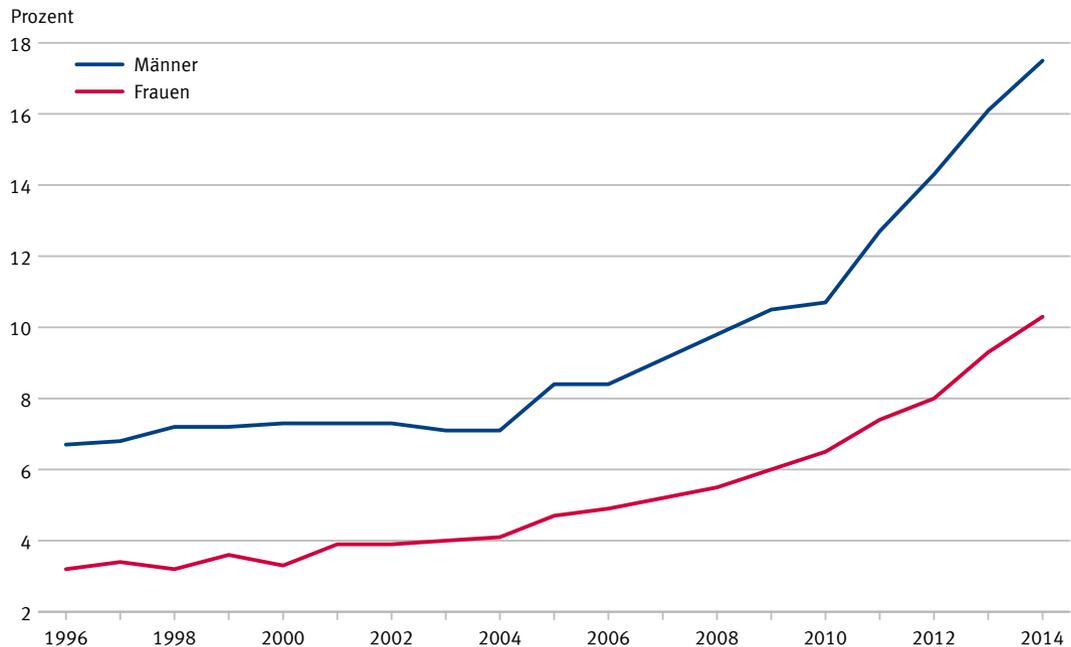
Im Langzeitvergleich zeigt sich allerdings, dass die steigende Erwerbsbeteiligung in dieser Altersgruppe ein relativ neues Phänomen darstellt: Seit den 1970er Jahren war die Erwerbsbeteiligung vor allem älterer Männer nämlich stark rückläufig und hatte sich von 85 % im Jahr 1970 auf einen Tiefstwert um die Jahrtausendwende reduziert. Im Jahr 2000 war nicht einmal mehr die Hälfte der 55- bis 64-jährigen Männer erwerbstätig. Ursache für diesen Rückgang waren neben Strukturänderungen im Arbeitsmarkt auch großzügige Regelungen, die Frühverrentungen sowohl für Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer attraktiv gemacht haben; diese Anreize sind mittlerweile stark limitiert. Ein gänzlich anderes Bild zeigt sich übrigens bei den Frauen im Alter von 55 bis 64 Jahren: Deren Erwerbstätigkeit stieg seit Beginn der 1990er Jahre kontinuierlich an und erreichte im Jahr 2014 einen neuen

Höchststand. Die stärkere Erwerbsbeteiligung im höheren Alter wird auch durch die Entwicklung des durchschnittlichen Rentenzugangsalters verdeutlicht. Hierbei ist ein Anstieg von 62,3 Jahren im Jahr 2000 auf 64,1 Jahre in 2014 zu verzeichnen.

Auch jenseits der bisherigen Regelaltersgrenze ist der Anteil erwerbstätiger Menschen angestiegen. Mittlerweile geht fast jeder siebte Bürger in Deutschland zwischen 65 und 69 Jahren einer bezahlten Beschäftigung nach, damit hat sich die Erwerbsbeteiligung gegenüber 1996 verdreifacht. Dabei fällt auf, dass es in dieser Altersklasse vor allem Hochgebildete sind, die einer bezahlten Beschäftigung nachgehen: Bei Männern mit Hochschulabschluss ist jeder Vierte (25,4 %) erwerbstätig, bei Männern mit niedrigem Bildungsniveau nur jeder Zehnte (10,6 %). Dieser bildungsspezifische Zusammenhang lässt sich auch für Frauen nachweisen (14,0 % bzw. 8,9 %). Diese Zahlen belegen, dass die Arbeit im Rentenalter nicht nur aus ökonomischen Gründen erfolgt.

Erwerbstätigenquoten 65- bis 69-jähriger Männer und Frauen, Deutschland 1996 bis 2014

Die Erwerbsbeteiligung von Menschen jenseits des gesetzlichen Renteneintrittsalters ist in den letzten Jahren erheblich angestiegen.



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

© BiB 2016

Qualifizierung und Weiterbildung

In Deutschland besteht ein enger Zusammenhang zwischen der beruflichen Bildung und dem Erwerbsstatus. So sind hochqualifizierte Menschen in neun von zehn Fällen erwerbstätig, bei Personen ohne Berufsabschluss sind es nur sechs von zehn. Um die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten in einer Wissensgesellschaft zu sichern, ist die weitergehende Qualifikation der Erwerbstätigen von besonderer Bedeutung. Gerade in einer alternden Bevölkerung ist es notwendig, das Modell der zeitlich begrenzten Wissensaufnahme in Schulen oder Ausbildungsstätten durch ständige Weiterbildungsmaßnahmen zu ergänzen. In diesem Zusammenhang wurde der Begriff vom „lebenslangen Lernen“ etabliert.

Im Jahr 2014 nahmen rund 17 % aller Erwerbspersonen an einer beruflichen Weiterbildung teil, sieben Prozentpunkte mehr als noch im Jahr 2000. Der Zuwachs erfolgte allerdings nach Altersklassen in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Während bei den jüngeren Erwerbspersonen der Anteil der Teilnehmer an qualifizierenden Maßnahmen sogar deutlich abnahm, ist der Bedarf bei Erwerbstätigen im mittleren und insbesondere im höheren Alter stark angestiegen. In der Altersgruppe der ab 55-Jährigen hat sich der Anteil der Teilnehmer an Weiterbildungen seit 2000 von 2 % auf rund 13 %

mehr als versechsfacht. Diese Zahlen stehen in engem Zusammenhang einerseits mit der längeren Ausbildung und dem späteren Berufseinstieg in den jüngeren Altersgruppen und andererseits mit der stärkeren Erwerbsbeteiligung Älterer.

Im Vergleich zwischen den Geschlechtern wird deutlich, dass fast über alle Altersgruppen hinweg Frauen etwas häufiger an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen als Männer.

Auch bei den Qualifizierungsmaßnahmen tritt eine Bildungskomponente zutage – mit steigendem Bildungsabschluss bzw. besserer Stellung im Beruf nimmt die Zahl der Weiterbildungen zu.

Der fünfte Bericht zur „Bildung in Deutschland 2014“ machte deutlich, dass bei der betrieblichen Weiterbildung nach einem leichten Rückgang von 2007 bis 2010, wieder ein deutlich steigender Trend zu verzeichnen ist. Eine weitgehende Stagnation bzw. eine nur leichte Zunahme ist dagegen bei der individuell-berufsbezogenen Weiterbildung, die außerhalb von Betrieben stattfindet, bzw. der nicht berufsbezogenen Weiterbildung zu erkennen.

Damit Menschen im Berufsleben möglichst lange geistig und körperlich fit bleiben, setzt dies einen bewussten Umgang mit gesundheitlichen Ressourcen voraus. Auch hierfür muss in Weiterbildungen die entsprechende Grundlage geschaffen werden.

Teilnahmequoten von Erwerbspersonen an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen nach Alter und Geschlecht, Deutschland 2014 (Anteile in Prozent)

| Altersgruppe | Gesamt | Männer | Frauen |
|--------------|--------|--------|--------|
| 15 - 19 | 5,1 | 5,0 | 5,2 |
| 20 - 24 | 12,0 | 11,1 | 13,0 |
| 25 - 29 | 19,3 | 17,3 | 21,6 |
| 30 - 34 | 20,4 | 19,8 | 21,0 |
| 35 - 39 | 20,2 | 20,3 | 20,1 |
| 40 - 44 | 19,6 | 19,3 | 19,9 |
| 45 - 49 | 18,9 | 18,7 | 19,0 |
| 50 - 54 | 17,5 | 17,0 | 18,1 |
| 55 und mehr | 12,9 | 12,5 | 13,5 |

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

3. Geburtenentwicklung

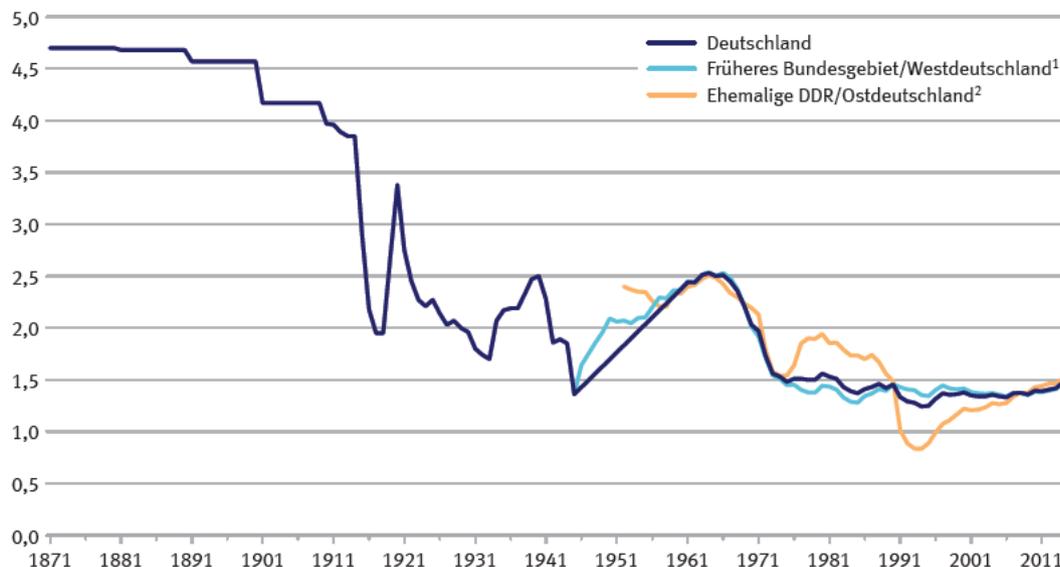
In Deutschland wurden im Jahr 2014 knapp 715.000 Kinder geboren. Seit drei Jahren gibt es damit einen anhaltenden Anstieg der Geburtenzahl, nachdem im Jahr 2011 mit rund 663.000 Geburten ein Tiefpunkt bei der Zahl geborener Kinder in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu verzeichnen war.

Zusammengefasste Geburtenziffer (TFR)

Die zusammengefasste Geburtenziffer umfasst die Summe aller altersspezifischen Geburtenziffern der Altersjahrgänge 15 bis 45/49 für ein Kalenderjahr. Sie ist eine zusammengesetzte, hypothetische Kennziffer und gibt an, wie viele Kinder je Frau geboren würden, wenn für deren ganzes Leben die altersspezifischen Geburtenziffern des jeweils betrachteten Kalenderjahres gelten würden. Die TFR ist die am häufigsten verwendete Kennziffer zur Charakterisierung des aktuellen Geburtenniveaus, weil die tatsächlichen durchschnittlichen Geburtenzahlen je Frau (endgültige Kinderzahl) erst dann festgestellt werden können, wenn die Frauen das gesamte gebärfähige Alter durchlaufen haben. Sie hat aber den Nachteil, dass sie durch das Vorziehen von Geburten in ein niedrigeres oder das Verschieben in ein höheres Lebensalter beeinflusst wird. In Deutschland wird in den letzten Jahren die tatsächliche Fertilität der Frauen mit der zunehmenden Zahl von Geburten im höheren Alter unterschätzt.

Zusammengefasste Geburtenziffer, 1871 bis 2014

Die zusammengefasste Geburtenziffer ist seit Ende des 19. Jahrhunderts von 4,7 Kindern je Frau auf das langjährige Niveau von 1,4 gefallen. Ursache dafür waren zwei einschneidende Geburtenrückgänge zu Beginn des 20. Jahrhunderts und Ende der 1960er Jahre. Daneben zeigt die Abbildung die Einflüsse der Weltkriege auf das Geburtenniveau.



¹ ab 1990 ohne Berlin

² ab 1990 einschließlich Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2016

Deutschland wies über Jahrzehnte hinweg mit 1,4 Kindern je Frau ein **Geburtenniveau** auf, das langfristig dazu führt, jede Elterngeneration nur zu zwei Dritteln durch die nachfolgende Kindergeneration zu ersetzen. Damit verringert sich die Zahl potenzieller Mütter kontinuierlich. Zu Beginn der 1980er Jahre lebten noch 17,1 Millionen Frauen zwischen 15 und 45 Jahren in Deutschland (DDR und Früheres Bundesgebiet zusammen), im Jahr 2014 lag diese Zahl um rund drei Millionen niedriger. Auch bei gleichbleibendem Geburtenniveau wird die Zahl der Lebendgeborenen folglich langfristig absinken.

Die Geburt von Kindern verschiebt sich in Deutschland – wie in anderen europäischen Ländern auch – in ein immer höheres Lebensalter der Frauen. Diese Entwicklung ist nicht neu, sie vollzieht sich in Westdeutschland bereits seit den 1970er Jahren. In Ostdeutschland hat sie erst in den 1980er Jahren eingesetzt und sich auch nicht so kontinuierlich vollzogen, so dass 1990 ostdeutsche Mütter bei Geburt ihrer Kinder im Durchschnitt sogar drei Jahre jünger waren als die westdeutschen. Dieser Unterschied hat sich bis zur Gegenwart im Ergebnis des

schnellen Anstiegs des **Gebäralters** im Osten deutlich verringert, noch immer aber sind die ostdeutschen Mütter etwa ein Jahr jünger.

Will man die Entwicklung des Gebäralters beim ersten Kind über einen längeren Zeitraum vergleichen, muss man auf die innerhalb der bestehenden Ehe geborenen Kinder zurückgreifen. Hier zeigt sich, dass die Mütter ihr erstes Kind heutzutage rund 6,5 Jahre später bekommen als 1970.

Seit 2008 ist es in Deutschland möglich, die Geburten nach der Reihenfolge der tatsächlich geborenen Kinder unabhängig von der bestehenden Ehe zu differenzieren. Anhand der Zahlen für 2014 zeigt sich, dass der West-Ost-Unterschied im Gebäralter bei der Geburt des ersten Kindes mit rund 1,3 Jahren besonders stark ausgeprägt war. Ein wichtiger Aspekt für das niedrigere Gebäralter im Osten ist der hohe Anteil nichtehelicher Geburten, der 2014 bei 58 % im Vergleich zu 29 % in Westdeutschland liegt – denn unverheiratete Mütter sind bei der Geburt ihrer Kinder rund 2,5 Jahre jünger als verheiratete Mütter. Für die zweiten, dritten und weiteren Kinder verringert sich dieser Unterschied allmählich.

Durchschnittliches Alter der Mütter bei Geburt ihrer Kinder, 2014 (in Jahren)

| | Deutschland | Westdeutschland ¹ | Ostdeutschland ¹ |
|----------------------|-------------|------------------------------|-----------------------------|
| Insgesamt | 30,9 | 31,1 | 30,1 |
| 1. Kind | 29,5 | 29,7 | 28,4 |
| 2. Kind | 31,8 | 31,9 | 31,3 |
| 3. Kind | 33,0 | 33,1 | 32,6 |
| 4. und weiteres Kind | 34,2 | 34,3 | 33,7 |

¹ jeweils ohne Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Ein Phänomen, das in Deutschland zunehmend an Bedeutung gewonnen hat, ist die **Kinderlosigkeit**. Damit ist Deutschland im europäischen Rahmen zwar nicht allein, sie ist aber wesentlich stärker verbreitet als in vielen anderen europäischen Staaten. Innerhalb Deutschlands existieren jedoch erhebliche Unterschiede in der Kinderlosigkeit zwischen West- und Ostdeutschland, die sich in den letzten Jahren auch kaum verringert haben. So gelten in Deutschland 19,9 % der Frauen als kinderlos, dieser Wert

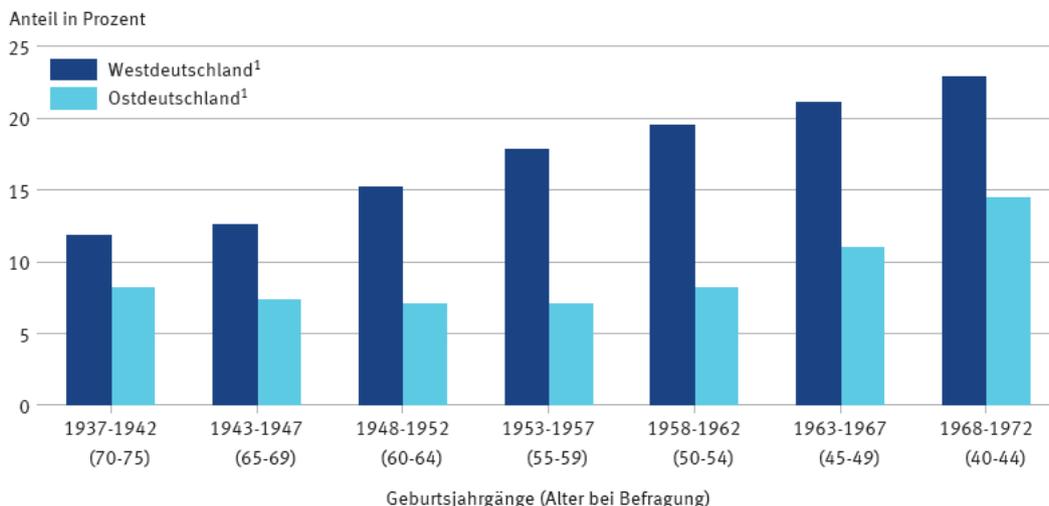
Erfassung der Kinderlosigkeit

Erstmals wurden im Mikrozensus 2008 die Frauen (auf freiwilliger Basis) nach ihren tatsächlich geborenen Kindern befragt. Dadurch wurde es möglich, auch den Anteil von Frauen ohne leibliche Kinder zu ermitteln, der bis dahin nur hilfswise geschätzt werden konnte, und diese Anteile regional und im Zeitverlauf zu vergleichen. Die hier verwendeten Daten entstammen dem Mikrozensus 2012, da diese Daten nur alle 4 Jahre erhoben werden.

Methodische Erläuterung

Kinderlose Frauen der Geburtsjahrgänge 1937 bis 1972 (Stand: 2012)

Der Anteil kinderloser Frauen hat sich in Westdeutschland über die Geburtskohorten hinweg kontinuierlich erhöht, in Ostdeutschland beginnt dieser Prozess erst und bewegt sich zur Zeit auf einem deutlich niedrigeren Niveau.

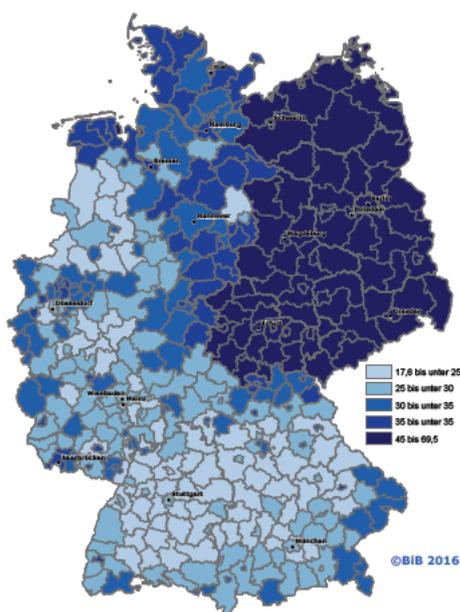


¹ jeweils ohne Berlin
 Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

© BIB 2016

Anteil der Lebendgeborenen nicht miteinander verheirateter Eltern, Deutschland (Kreisebene) 2014 (in Prozent)

Zwischen West- und Ostdeutschland bestehen auch gegenwärtig noch erhebliche Unterschiede im Anteil der Kinder, die nicht in einer bestehenden Ehe geboren werden.



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen BIB, ähnliche Klassenbesetzung
 © GwdB/Statistik-DE / BIB (2014)

© BIB 2016

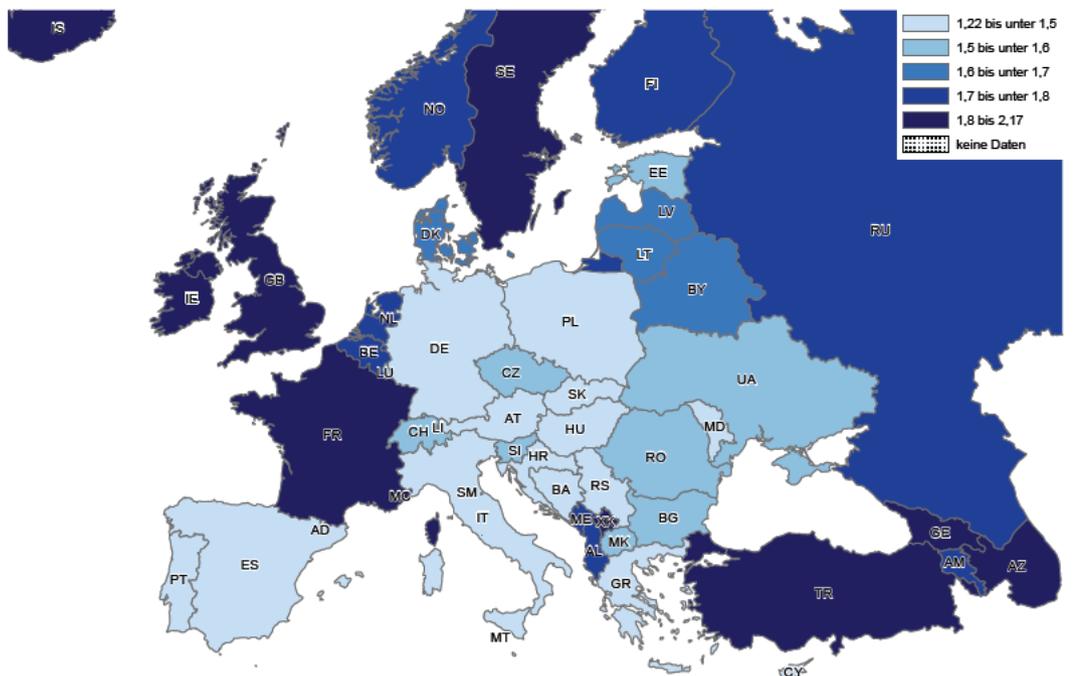
wird vor allem durch Westdeutschland (21,2 %) geprägt, in Ostdeutschland liegt er mit 11,0 % deutlich niedriger. Diese Angaben gelten für die Frauen der Geburtsjahrgänge 1963 bis 1967, sie stammen aus dem Mikrozensus 2012. Die Frauen waren zum Zeitpunkt der Befragung 45 bis 49 Jahre alt, so dass man von tatsächlich kinderlos gebliebenen Frauen sprechen kann. Während für Westdeutschland über alle Geburtsjahrgänge hinweg ein kontinuierlicher Anstieg der Kinderlosigkeit zu erkennen ist, ist dies in Ostdeutschland erst bei den Geburtsjahrgängen ab Mitte der 1960er Jahre der Fall, aber auch hier auf einem deutlich niedrigeren Niveau als im Westen Deutschlands.

Die hohe Kinderlosigkeit ist heute zu einem entscheidenden Einflussfaktor für das insgesamt niedrige Geburtenniveau geworden. Zu dieser Entwicklung beigetragen haben auch die steigende Bildung der Frauen und die Zunahme des Anteils Alleinstehender, denn hoch gebildete Frauen und Frauen ohne Partner sind überproportional oft kinderlos. In Westdeutschland haben 31,5 % aller Akademikerinnen kein Kind. Im Osten (ohne Berlin) gibt es keinen deutlichen Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Kinderlosigkeit, hier liegt der Anteil Kinderloser unter den Akademikerinnen bei 13,8 %.

Der **Nichtehelichenanteil** (Anteil der Kinder, die von nicht verheirateten Müttern geboren wurden), hat sich seit Mitte der 1960er Jahre nahezu kontinuierlich erhöht. Die rechtliche Gleichstellung nichtehelich und ehelich geborener Kinder und der Wegfall der gesellschaftlichen Stigmatisierung von Nichtehelichkeit haben in den letzten Jahren diesen Anteil erheblich anwachsen lassen. Im Jahr 2014 kamen in Westdeutschland rund 29 % der Kinder außerhalb einer bestehenden Ehe zur Welt, in Ostdeutschland waren es mit 58 % doppelt so viele. Dabei ist die Dynamik dieser Entwicklung in Westdeutschland besonders hoch, weil hier das Ausgangsniveau deutlich niedriger liegt. Gegenüber Mitte der 1990er Jahre haben sich die Anteile nichtehelich Geborener in den westdeutschen Großstädten fast verdoppelt und in den anderen westdeutschen Kreistypen fast verdreifacht.

Im **Vergleich zu den anderen europäischen Ländern** befindet sich Deutschland bezüglich seines Geburtenniveaus im unteren Bereich. Vor allem ost- sowie südeuropäische Staaten liegen im Jahr 2014 noch unterhalb des deutschen Niveaus. Im Gegensatz dazu stehen die Türkei, Frankreich sowie Island und Irland mit einer zusammengefassten Geburtenziffer von über bzw. knapp zwei an der Spitze der europäischen Länder beim Geburtenniveau.

Zusammengefasste Geburtenziffer (TFR), europäische und angrenzende Länder 2014



Deutschland gehört zu den europäischen Ländern mit dem niedrigsten Geburtenniveau.

Datenquelle: Eurostat
(Abkürzung der Ländernamen siehe letzte Seite der Broschüre)

© BIB 2016

Weitere Informationen zum Thema:
www.bib-demografie.de/fertilitaet



4. Schwangerschaftsabbrüche

Im Jahr 2014 wurden in Deutschland 98.500 Schwangerschaften von hier wohnenden Frauen abgebrochen. Damit hat sich die Anzahl der Abbrüche im Vergleich zu 1996 um 24 % verringert. Vor allem in den ostdeutschen Bundesländern gingen die Schwangerschaftsabbrüche nahezu kontinuierlich zurück.

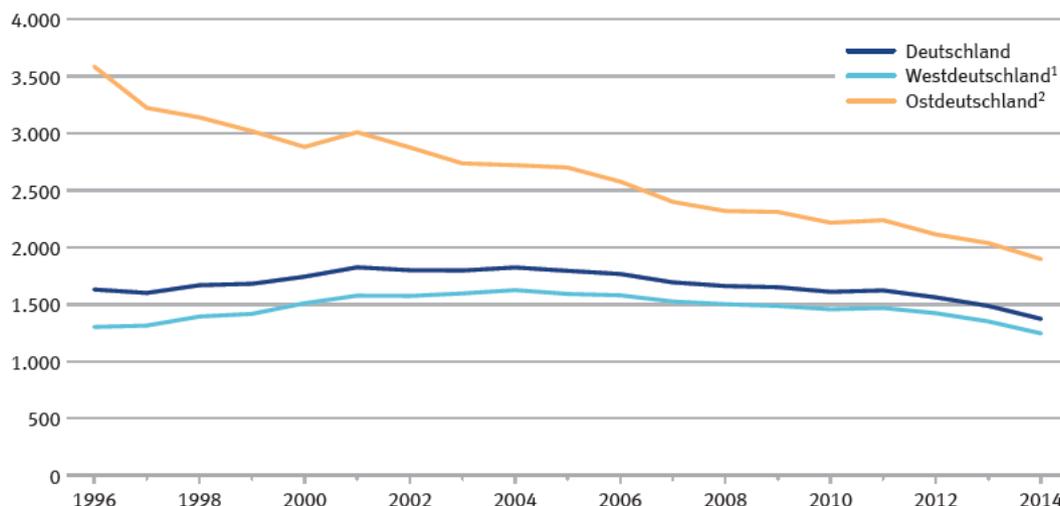
Gesetzliche Regelung zum Schwangerschaftsabbruch

Seit dem Jahr 1996 gilt eine für West- und Ostdeutschland einheitliche gesetzliche Regelung zum § 218 StGB: Schwangerschaftsabbrüche sind nicht strafbar, wenn die Schwangerschaft innerhalb der ersten 12 Wochen durch einen Arzt bei Vorlage einer Bescheinigung über eine Schwangerschaftskonfliktberatung abgebrochen wird (Beratungsregelung). Zudem sind Schwangerschaftsabbrüche bei einer medizinischen oder kriminologischen Indikation nicht rechtswidrig (Indikationstellung). Alle Arztpraxen und Krankenhäuser sind verpflichtet, die bei ihnen vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüche zu melden.

Auch die Kennziffer der Schwangerschaftsabbrüche bezogen auf die Zahl der Lebend- und Totgeborenen zeigt für Ostdeutschland einen fast durchgehenden Rückgang. Für Westdeutschland gilt dieser Trend erst seit etwa 2005. Die Differenz zwischen West- und Ostdeutschland verringerte sich damit kontinuierlich. So wurden im Jahr 2014 in Ostdeutschland 1.897 Schwangerschaften je 10.000 Geborene ab-

Schwangerschaftsabbrüche je 10.000 Lebend- und Totgeborene, 1996 bis 2014

Bezogen auf die Zahl der Lebend- und Totgeborenen der jeweiligen Jahre verringerte sich vor allem in Ostdeutschland das Niveau der Schwangerschaftsabbrüche. Aber auch im Westen sank das Niveau seit 2005 leicht ab.



¹ ohne Berlin

² einschließlich Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BIB 2016

Schwangerschaftsabbrüche, Geburten und Abbruchziffern, Deutschland 1996 bis 2014

| Jahr | Abbrüche in 1.000 | 1996 = 100 | Lebend- u. Tot- geburten in 1.000 | 1996 = 100 | Abbrüche je 10.000 Lebend- und Totgeborene |
|------|-------------------|------------|-----------------------------------|------------|--|
| 1996 | 130,3 | 100 | 799,6 | 100 | 1.630 |
| 2000 | 134,2 | 103 | 770,1 | 96 | 1.743 |
| 2005 | 123,5 | 95 | 688,3 | 86 | 1.794 |
| 2010 | 109,5 | 84 | 680,4 | 85 | 1.609 |
| 2014 | 98,5 | 76 | 717,5 | 90 | 1.372 |

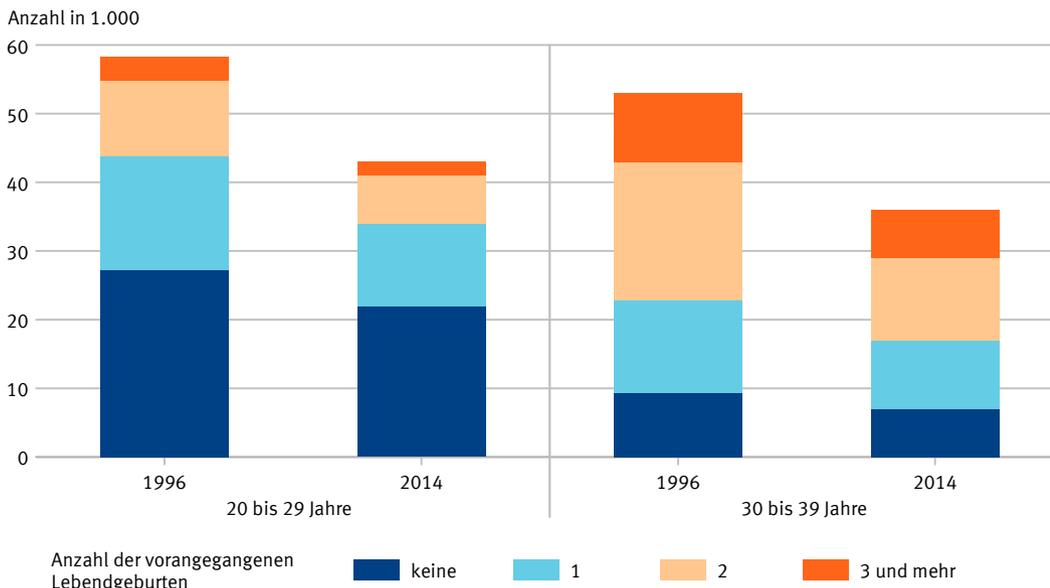
Datenquelle: Statistisches Bundesamt

gebrochen, in Westdeutschland waren dies 1.244 Abbrüche. Der deutliche Rückgang dieser Kennziffer im Jahr 2014 ist auch ein Ergebnis der hohen Zahl Lebendgeborener in diesem Jahr.

Die Häufigkeit der Schwangerschaftsabbrüche unterscheidet sich stark nach dem Alter der Frauen und der Anzahl der bereits geborenen Kinder, wobei sich auch hier seit 1996 Verschiebungen ergeben haben:

- » Bezogen auf die Anzahl der Frauen in der jeweiligen Altersgruppe finden die häufigsten Schwangerschaftsabbrüche im Alter zwischen 20 und 29 Jahren statt, am seltensten brechen Frauen zwischen 40 und 44 Jahren eine Schwangerschaft ab.
- » Rund 39 % aller Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen ließen, hatten 2014 noch keine Kinder geboren, rund 55 % von ihnen waren jünger als 25 Jahre.

Schwangerschaftsabbrüche nach Alter der Frauen und Zahl früherer Geburten, Deutschland 1996 und 2014



Die Schwangerschaftsabbrüche sind in beiden Altersgruppen zwischen 20 und 39 Jahren 2014 niedriger als im Vergleichsjahr 1996. Bei den 20- bis 29-jährigen sank die Zahl der Abbrüche vor allem bei Frauen, die bereits Kinder geboren haben, bei den 30- bis 39-jährigen in allen Gruppen, unabhängig von den bereits vorhandenen Kindern.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2016

» Bei den 35-jährigen und älteren Frauen hatten demgegenüber mehr als 65 % der Frauen mit einem Abbruch bereits zwei oder mehr Kinder.

Die Bedingungen, unter denen sich Frauen für einen Abbruch entscheiden, sind sehr komplex und hängen auch vom Alter und der jeweiligen Lebenssituation ab. Während 1996 in Ostdeutschland die Frauen bei einem Schwangerschaftsabbruch typischerweise zwischen 25 und 30 Jahre alt, verheiratet und bereits Mütter von zwei Kindern waren, sind es heute in Deutschland vor allem zwei Gruppen von Frauen, die sich für einen Abbruch entscheiden: ledige junge und ältere verheiratete Frauen.

In der zweiten Gruppe gibt es kaum Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland, der Anteil jüngerer Frauen, die eine Schwangerschaft abbrechen, liegt hingegen im Westen deutlich höher als im Osten.

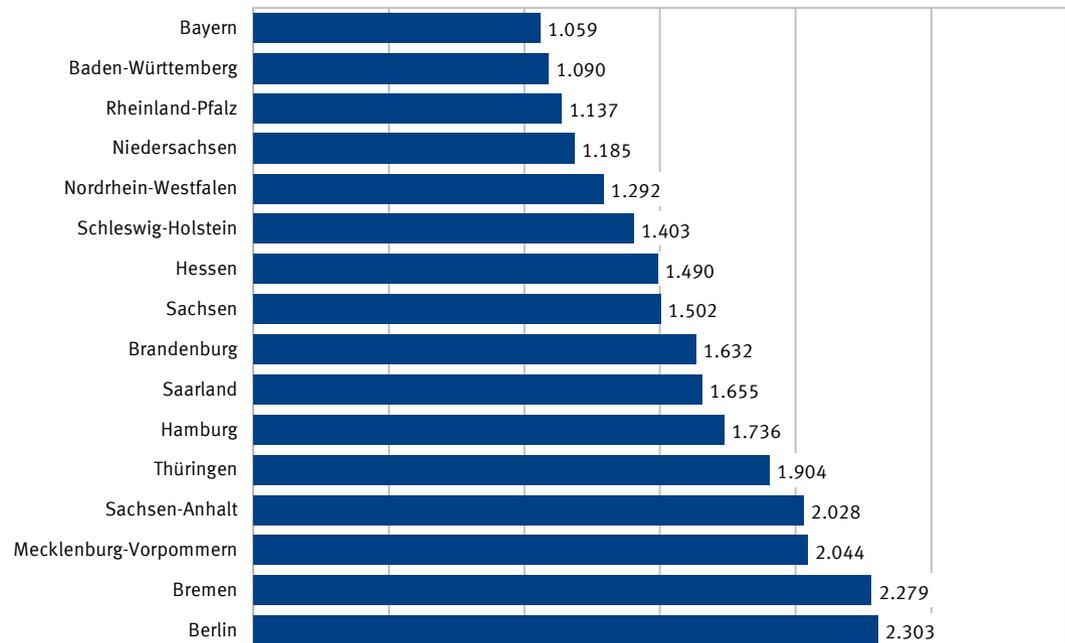
Die meisten Schwangerschaftsabbrüche – bezogen auf die Zahl der Lebend- und Totgeborenen – sind in Berlin und Bremen zu verzeichnen, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.

In den Stadtstaaten sind dies vor allem Frauen, die bisher noch keine Kinder geboren haben. Ursächlich dafür dürfte vor allem der hohe Anteil junger Frauen sein, die sich zur Ausbildung in den Großstädten aufhalten und in dieser Zeit noch keine Kinder bekommen wollen. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt hingegen handelt es sich in überdurchschnittlichem Maße um Frauen, die bereits ein oder mehrere Kinder geboren haben.

Noch höher werden die Unterschiede zwischen den Stadtstaaten und den anderen Bundesländern, wenn die Abbrüche auf die Frauen zwischen 15 und 45 Jahren bezogen werden. Dabei liegen die Werte in Berlin und Bremen mit 126 bzw. 116

Schwangerschaftsabbrüche je 10.000 Lebend- und Totgeborene nach Bundesländern, 2014

Ein besonders hohes Niveau bei den Schwangerschaftsabbrüchen weisen die Stadtstaaten und die ostdeutschen Bundesländer auf.



Abbrüchen je 10.000 Frauen bald doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt mit 70 Abbrüchen.

Bei einer Betrachtung der Altersstruktur der Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen ließen, bestätigt sich die Aussage, dass in den Stadtstaaten die Abbrüche vor allem bei den jungen Frauen vorgenommen wurden. Während im Jahr 2014 z. B. in Bayern je 10.000 junge Frauen zwischen 18 und 25 Jahren 62 Schwangerschaften abgebrochen wurden, lagen die Werte bei den gleichaltrigen jungen Frauen in Berlin und Bremen bei 164 bzw. 153.

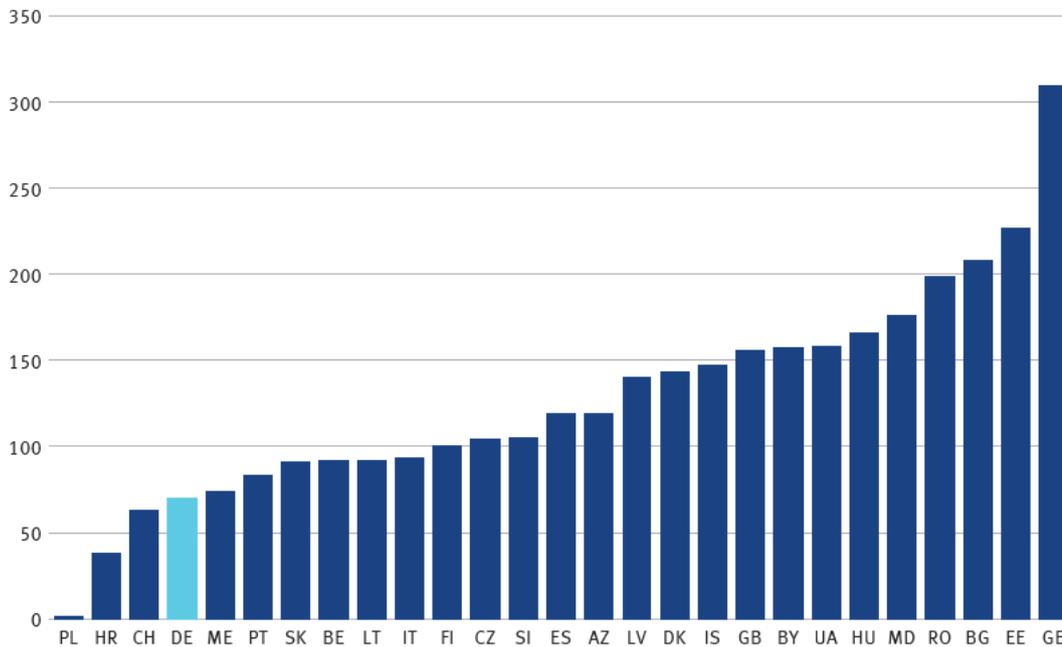
Europäische Vergleichsdaten für Schwangerschaftsabbrüche liegen nur für ausgewählte Länder vor. Da dies zum großen Teil osteuropäische Länder sind, in denen bereits aus der historischen Entwicklung heraus das Niveau der Schwangerschaftsabbrüche deutlich höher lag als in Deutsch-

land – vergleichbar eventuell noch mit Ostdeutschland – ist eine Einordnung Deutschlands in diesem Rahmen kompliziert. Außerdem sind dabei die sehr unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch in den einzelnen Ländern zu berücksichtigen. Sie bewegen sich zwischen sehr liberalen Regelungen wie in den Niederlanden und einem nur in medizinischen oder kriminologischen Fällen erlaubten Abbruch wie in Polen oder sogar einem absoluten Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen wie in Irland. Aber auch finanzielle Gründe können das Niveau der Schwangerschaftsabbrüche beeinflussen, so ist z. B. in Österreich ein Abbruch generell privat zu bezahlen, wenn er nicht medizinisch erforderlich ist.

Weitere Informationen zum Thema:
www.bib-demografie.de/schwangerschaftsabbrueche



Schwangerschaftsabbrüche je 10.000 Frauen zwischen 15 und 45 Jahren, europäische Länder (letztes verfügbares Jahr von 2011 bis 2014)



Im Vergleich der hier aufgeführten Länder liegt Deutschland mit einem Niveau von 70 Abbrüchen je 10.000 Frauen zwischen 15 und 45 Jahren im Jahr 2014 im unteren Bereich. Das Niveau in den osteuropäischen Ländern ist meist deutlich höher.

Datenquelle: Eurostat, Berechnungen: BiB
 Abkürzung der Ländernamen siehe letzte Seite der Broschüre)

© BiB 2016

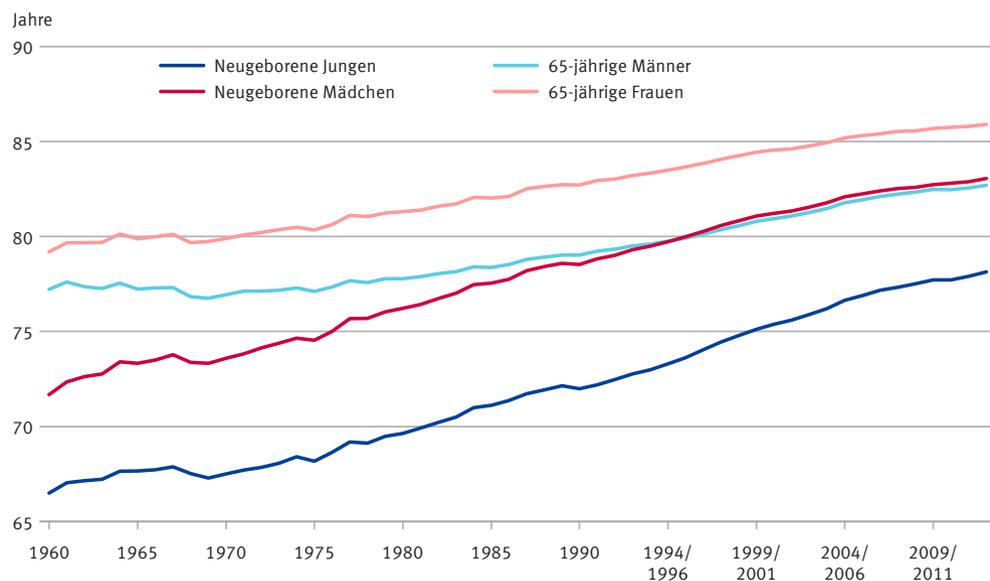
5. Sterblichkeit

Im Jahr 2014 starben in Deutschland 868.000 Personen und damit 153.000 Personen mehr als Kinder geboren wurden. Sterbefallüberschüsse sind für Deutschland bereits seit Beginn der 1970er Jahre kennzeichnend und unter der Annahme eines etwa gleichbleibenden Geburtenniveaus und steigender Lebenserwartung wird sich diese Differenz in den nächsten Jahrzehnten tendenziell weiter vergrößern.

Die **Höhe der Lebenserwartung** ist ein besonders aussagekräftiges und daher weit verbreitetes Maß für die Darstellung der Sterblichkeitsverhältnisse. Die Lebenserwartung bei Geburt erhöht sich in Deutschland seit langer Zeit nahezu kontinuierlich und liegt nach der aktuellen Sterbetafel 2012/2014 bei 78,1 Jahren für neugeborene Jungen und 83,1 Jahren für neugeborene Mädchen. In den letzten Jahrzehnten hat insbesondere die fernere Lebenserwartung für Ältere zugenommen. So haben 65-jährige Männer heutzutage im Durchschnitt noch weitere 17,7 Lebensjahre zu erwarten und Frauen 20,9 Jahre, das sind 5,7 bzw. 6,0 Jahre mehr als noch 1970. Im höheren Alter verkleinert sich allmählich die Schere zwischen Männern und Frauen. Trotzdem existieren nach wie vor beachtliche Unterschiede in der Lebenserwartung beider Geschlechter, die zum Teil auf biologische Voraussetzungen, vor allem aber auf Verhaltensunterschiede, zum Beispiel im Sinne einer mehr oder weniger gesundheitsbewussten Lebensweise, zurückzuführen sind. Das erreichbare Alter – berechnet aus dem bereits erreichten Alter und der ferneren Lebenserwartung in diesem Alter – ist

Lebenserwartung Neugeborener und erreichbares Alter 65-Jähriger, Deutschland 1960 bis 2012/2014

Die Lebenserwartung Neugeborener steigt seit Beginn der 1970er Jahre für beide Geschlechter an. Der Abstand zwischen den Geschlechtern verringert sich ganz allmählich. Ähnliche Tendenzen zeigen sich beim erreichbaren Alter der 65-Jährigen (65 plus fernere Lebenserwartung im Alter 65), wobei sich hier die Schere zwischenzeitlich etwas vergrößert hatte.



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2016

höher als die Lebenserwartung bei Geburt. Diese Differenz steigt mit zunehmendem Lebensalter der Überlebenden an, weil das Sterberisiko der bereits durchlebten Jahre entfällt.

Die Eindämmung von **Perinatalsterblichkeit** (Totgeborene und in den ersten sieben Lebenstagen Gestorbene), **Säuglingssterblichkeit** (im ersten Lebensjahr Gestorbene) und **Müttersterblichkeit** begann in Deutschland bereits Ende des 19. Jahrhunderts. Der Schwerpunkt lag aber vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (mit Ausnahme der Kriegszeiten). Gegenwärtig kommen auf 1.000 Lebendgeborene 3,2 gestorbene Säuglinge, dies ist ein historischer Tiefstand für die Säuglingssterblichkeit in Deutschland. Damit ist dieses Niveau so niedrig geworden, dass es bei der Verringerung der Gesamtsterblichkeit nur noch eine geringe Rolle spielt. Anders sieht die Situation bei den Jugendlichen aus, dort ist das relativ hohe Sterblichkeitsniveau vor allem auf Unfälle im Straßenverkehr und weitere unnatürliche Todesursachen zurückzuführen.

Lebenserwartung

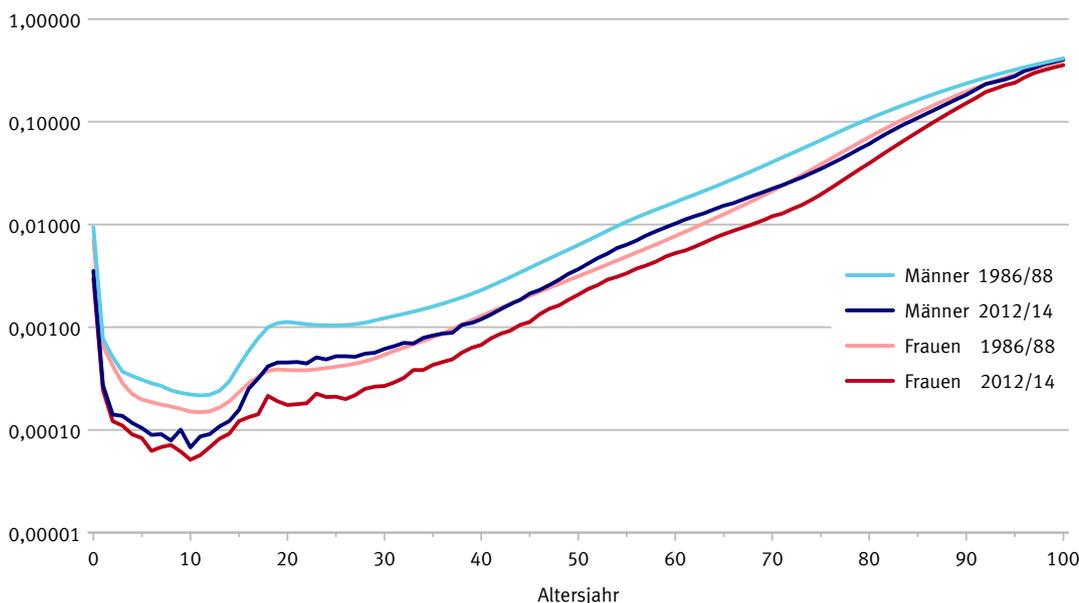
Die Lebenserwartung im hier verwendeten Sinn gibt an, wie viele Jahre ein Mensch unter den Sterblichkeitsverhältnissen des betreffenden Kalenderjahres im Durchschnitt noch zu leben hat. Sie ist ein zusammengesetztes hypothetisches Maß und unterstellt, dass die altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten des jeweils betrachteten Jahres für das gesamte Leben dieser Geburtskohorte gelten würden. Berechnet wird die durchschnittliche Lebenserwartung mit Hilfe der Sterbetafel.

Sterbewahrscheinlichkeit

Die in den Sterbetafeln berechneten Sterbewahrscheinlichkeiten drücken die Wahrscheinlichkeit aus, mit der eine Person im Alter x noch vor Erreichen des Alters x+1 (einjährige Sterbewahrscheinlichkeit) stirbt. Für die Darstellung wird eine logarithmische Skala gewählt, um die niedrigen Sterbewahrscheinlichkeiten im Kindes- und Jugendalter im Vergleich zu den anderen Altersgruppen sichtbar machen zu können.

Methodische Erläuterung

Sterbewahrscheinlichkeit nach Geschlecht und Alter, Deutschland 1986/88 und 2012/2014 (logarithmischer Maßstab)



Die Sterbewahrscheinlichkeiten haben sich in allen Altersgruppen seit den 1980er Jahren verringert, liegen aber vor allem bei Jugendlichen und im mittleren Alter bei Männern nach wie vor deutlich höher als bei Frauen.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2016

Die größten Möglichkeiten bei der Senkung der Sterblichkeit gibt es in den höheren Altersgruppen – und zwar vor allem bei den **Todesursachen**, die auf Herz-Kreislauf-Erkrankungen zurückzuführen sind.

Diese Krankheiten des Kreislaufsystems sind zur quantitativ bedeutendsten Todesursache in Deutschland geworden. In den letzten 20 Jahren allerdings verringerte sich ihr Anteil, weil vor allem Sterbefälle infolge von bösartigen Neubildungen (Krebserkrankungen) weiter an Bedeutung zulegen.

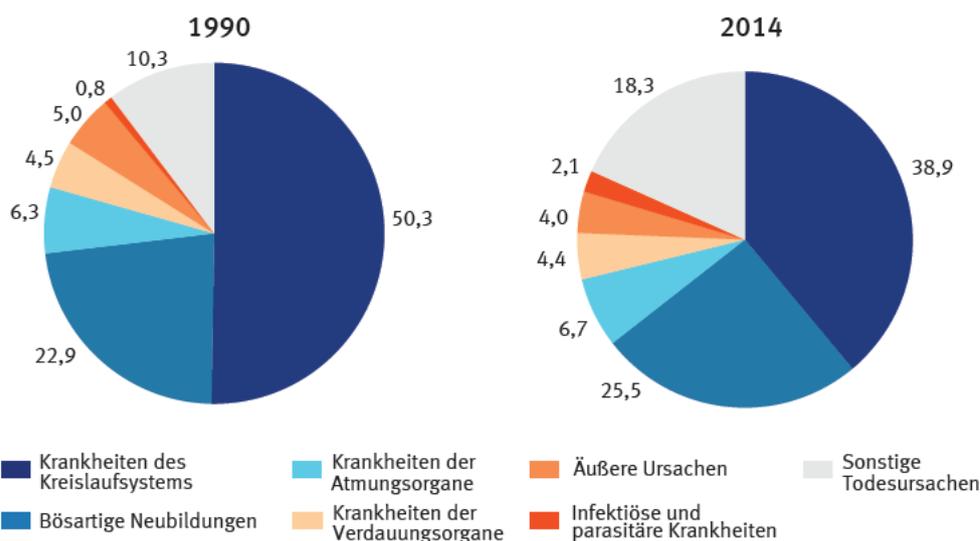
Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatten infektiöse und parasitäre Krankheiten, wie z. B. die Tuberkulose, den größten Anteil im Todesursachenspektrum. Durch medizinische und hygienische Fortschritte und Verbesserungen konnten diese Todesursachen in Deutschland erheblich zurückgedrängt werden. Das wirkte sich vor allem auch in einer gravierenden Senkung der Säuglingssterblichkeit aus und führte im Ergebnis zu einer deutlichen Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt.

Todesursachen sind in starkem Maße altersabhängig:

- » Sterbefälle im Säuglingsalter haben ihren Ursprung vor allem in der Perinatalperiode oder in angeborenen Anomalitäten, die zum Teil noch bis ins Kleinkindalter wirken.
- » Für größere Kinder und Jugendliche werden äußere Ursachen – auch im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr – zur entscheidenden Todesursache, wobei die Anzahl der Todesfälle in diesem Alter weiterhin abnimmt.
- » Todesfälle in den mittleren Altersgruppen stehen vielfach im Zusammenhang mit ungesunden Verhaltensweisen wie Alkoholmissbrauch, Rauchen und fehlender Bewegung. Erkrankungen des Verdauungssystems (vor allem der Leber) und bösartige Neubildungen, aber auch Kreislaufkrankungen zählen hier zu den häufigsten Todesursachen.

Entwicklung ausgewählter Todesursachen, Deutschland 1990 und 2014 (Anteile in Prozent)

Als häufigste Todesursache treten in der Gegenwart Todesfälle im Ergebnis von Herz-Kreislauf-Erkrankungen auf, aber auch Todesfälle durch bösartige Neubildungen sind von steigender Bedeutung. Im Vergleich zu 1990 sind die Todesursachen breiter gestreut, was an der Zunahme der Kategorie sonstiger Todesursachen zu erkennen ist.



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2016

» An Herz-Kreislauf-Erkrankungen und bösartigen Neubildungen sterben auch in den höheren Altersgruppen die meisten Menschen, 2014 waren fast 92 % der an Kreislauferkrankungen gestorbenen Personen 65 Jahre und älter.

Deutschland gehört mit seinem Niveau von 3,2 gestorbenen Säuglingen je 1.000 Lebendgeborene zum unteren Drittel bezüglich der Säuglingssterblichkeit in **Europa**, wobei Europa insgesamt eine sehr niedrige Säuglingssterblichkeit im weltweiten Vergleich ausweist. In allen europäischen Ländern verringerte sich die Säuglingssterblichkeit in den letzten 50 Jahren erheblich, im Durchschnitt auf etwa ein Zehntel des Wertes von 1960.

Die europäischen Länder mit der niedrigsten gemessenen Säuglingssterblichkeit sind nach den aktuell verfügbaren Zahlen von 2014 Zypern, Slowenien, Island, Finnland und Schweden mit

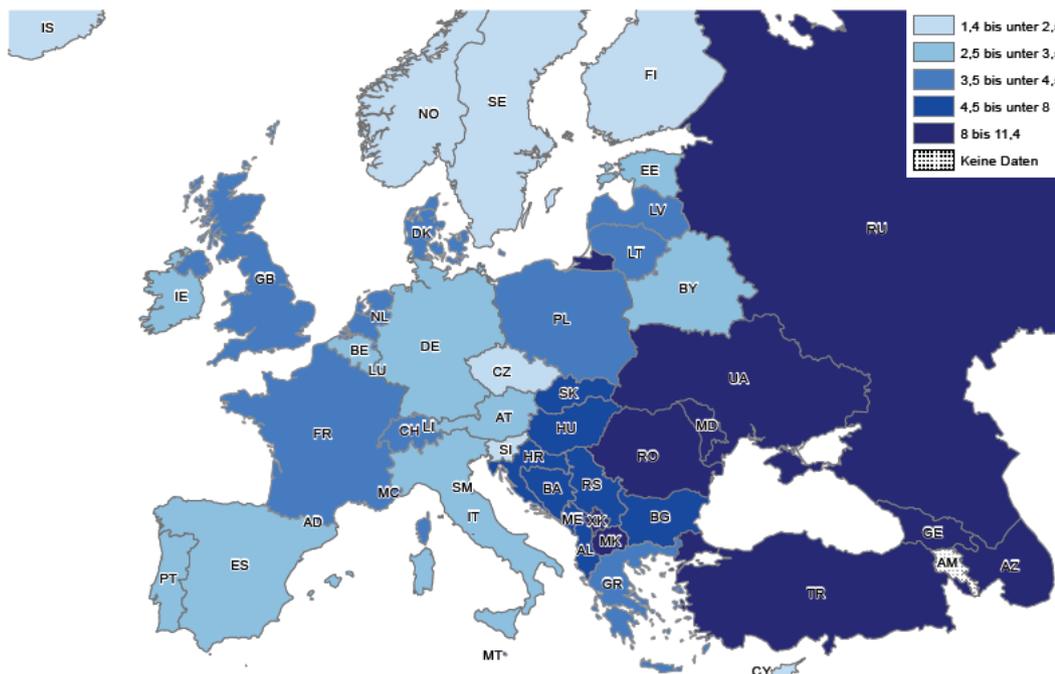
maximal 2,2 gestorbenen Säuglingen je 1.000 Lebendgeborene. Zu den Ländern mit der höchsten Säuglingssterblichkeit in Europa gehören die Türkei, Georgien und der Kosovo mit mehr als 11 gestorbenen Säuglingen je 1.000 Lebendgeborene.

Dabei ist zu beachten, dass es in den einzelnen Ländern unterschiedliche Definitionen für die Säuglingssterblichkeit gibt, so dass die Vergleiche mit Vorsicht zu betrachten sind.

Weitere Informationen zum Thema:
www.bib-demografie.de/sterblichkeit



Säuglingssterblichkeit (gestorbene Säuglinge je 1.000 Lebendgeborene), europäische und angrenzende Länder 2014



Die Säuglingssterblichkeit in Europa liegt im Weltmaßstab gesehen auf einem sehr niedrigen Niveau, aber trotzdem gibt es innerhalb der europäischen Länder erhebliche Unterschiede, vor allem zwischen West- und Ost-europa.

Datenquelle: Eurostat, Berechnungen: BiB
 (Abkürzung der Ländernamen siehe letzte Seite der Broschüre)

© BiB 2016

6. Außenwanderungen

Vor dem Hintergrund des seit Jahren niedrigen Geburten- und Sterblichkeitsniveaus gewinnen Wanderungsbewegungen in Deutschland immer mehr an Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung. Sie haben sowohl Einfluss auf die Bevölkerungszahl als auch auf die Struktur der Bevölkerung z. B. nach Alter, Geschlecht, Bildung usw. Dabei ändern sich Herkunftsland und Motive der Migranten im Laufe der Zeit.

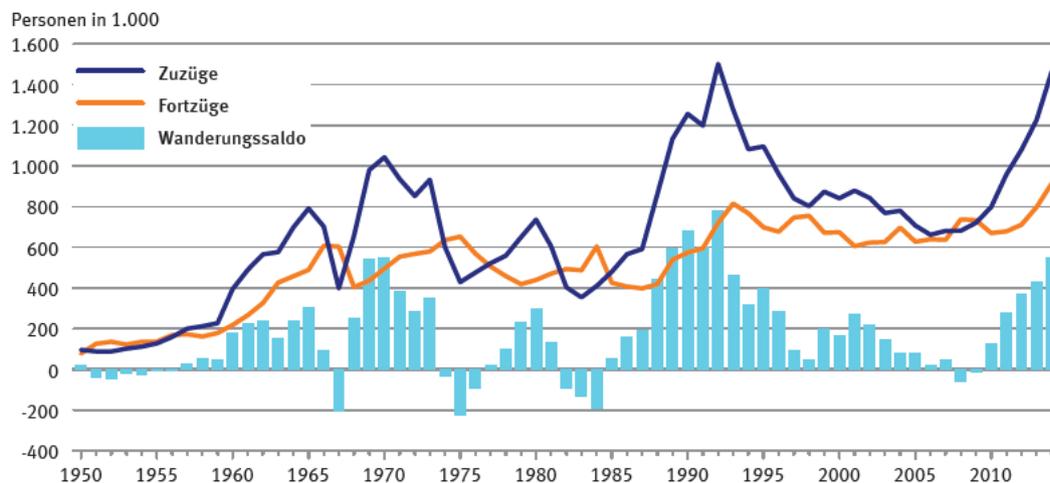
Wanderungen über die Außengrenzen Deutschlands

Erfasst werden in der Wanderungsstatistik alle Fälle, die mit dem Bezug oder der Aufgabe einer Hauptwohnung bzw. alleinigen Wohnung in Deutschland verbunden sind und durch die Meldebehörden registriert werden. Ein- und Ausreisen von Touristen gelten nicht als Wanderungsfälle.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich Deutschland zu einem wichtigen Einwanderungsland in Europa. Während die 1960er und frühen 1970er Jahre im Früheren Bundesgebiet vor allem durch die Zuwanderungen von Arbeitsmigranten (den sogenannten Gastarbeitern) geprägt waren, ging deren Bedeutung mit dem Anwerbestopp von 1973 und den Rückwanderungen zurück und wurde durch Familiennachzüge der in Deutschland verbliebenen Gastarbeiter abgelöst. In den 1990er Jahren waren die Wanderungsströme über die Außengrenzen Deutschlands vor allem durch (Spät-)Aussiedler, Asylbewerber und Flüchtlinge geprägt. Nach der Jahrtausendwende kam es zu einem deutlichen Anstieg der Zuwanderung von gut qualifizierten Arbeitnehmern und Selbständigen. Seit 2014 erhöhte sich vor allem der Anteil der Asylbewerber und Flüchtlinge.

Zu- und Fortzüge über die Außengrenzen, Deutschland¹ 1950 bis 2014

Die Zu- und Abwanderungen nach bzw. aus Deutschland unterliegen starken Schwankungen - in Abhängigkeit sowohl von nationalen als auch internationalen Einflussfaktoren.



¹ bis 1990 Früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2016

Zu- und Abwanderungen über die Außengrenzen Deutschlands sind zum großen Teil durch Verflechtungen mit dem europäischen Ausland gekennzeichnet, hier finden auch die größten Schwankungen in den Wanderungssalden statt. Mit Afrika, Amerika und Australien sind sie relativ ausgeglichen, nur gegenüber Asien hatte Deutschland bis zum Beginn dieses Jahrtausends noch einen deutlicheren Zuwanderungsüberschuss. Hierbei spielt der (Spät-)Aussiedlerzug aus den asiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion (Kasachstan und Kirgisistan) eine wichtige Rolle. Durch die Krisen- und Kriegsregionen im Nahen Osten gewinnen Zuwanderungen aus diesen Gebieten seit 2014 an Bedeutung.

Unter regionalen Gesichtspunkten profitieren die Bundesländer sehr unterschiedlich von den Außenwanderungssalden. Rund 85 % aller Zuwanderungsgewinne aus der Außenwanderung seit den 1990er Jahren entfielen auf die westdeutschen Bundesländer. Besonders hohe Außenwanderungsüberschüsse wurden dabei in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern verzeichnet.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre konzentrierten sich die höheren Zuwanderungsüberschüsse aus der Außenwanderung in erster Linie auf ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen – also Kreise im Umland von Städten. In den letzten fünf Jahren hingegen fallen die Wanderungssalden in den Großstädten deutlich höher aus als in den ländlich geprägten Regionen – mit Ausnahme der Regionen, in denen Erstaufnahmeeinrichtungen eingerichtet wurden. In 19 Kreisen lag dieser Saldo bei über 100 mehr zu- als weggezogenen Personen je 10.000 Einwohner pro Jahr. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre wiesen nur noch drei ostdeutsche Kreise einen Verlust aus der Außenwanderung auf, alle anderen Kreise realisierten in diesem Zeitraum eine höhere Zu- als Abwanderung im Rahmen der Außenwanderung.

Neben gesetzlichen Bestimmungen der Zuwanderung spielen für die regionalspezifischen Muster sowohl die regionale Wirtschaftsentwicklung als auch Effekte der Netzwerkmigration, also die

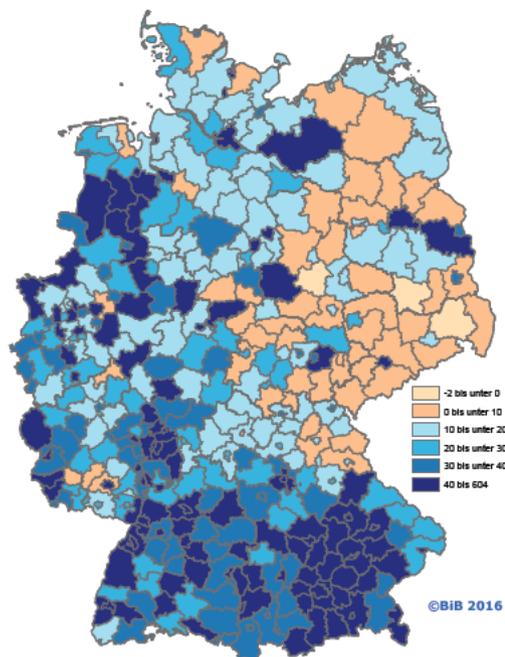
Regionale Migrationsprozesse

Bei der regionalen Analyse von Außenwanderungsprozessen ist zu berücksichtigen, dass es zentrale Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber gibt, in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre galt dies auch noch für Spätaussiedler. Hier kann es im Rahmen der Außenwanderung zu extrem hohen Zuwanderungsüberschüssen kommen, weil die Abwanderung meist als Binnenwanderung erfolgt. Dies betrifft zum Beispiel das Land Niedersachsen, das in den letzten 20 Jahren den im Durchschnitt höchsten Außenwanderungssaldo aufwies. Hier befand sich allerdings die einzige Aufnahmeeinrichtung für (Spät-)Aussiedler, die im Rahmen der Außenwanderung zu- und im Rahmen der Binnenwanderung wegzogen.

Methodische Erläuterung

Zuwanderung in Gebiete mit bereits vorhandenen Netzwerken, eine Rolle. Deshalb führt die internationale Migration oftmals zu einer Verstärkung bestehender regionaler Differenzen.

Außenwanderungssaldo je 10.000 Einwohner, Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 (Kreisebene)



Fast alle Kreise realisieren Gewinne im Rahmen der Außenwanderung. In den südlichen und westlichen Bundesländern fallen diese jedoch deutlich höher aus als in den meisten ostdeutschen Kreisen.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BIB
Geometrische Grundlage: © GeoBasis-DE / BKG (2015)

Migration von Deutschen

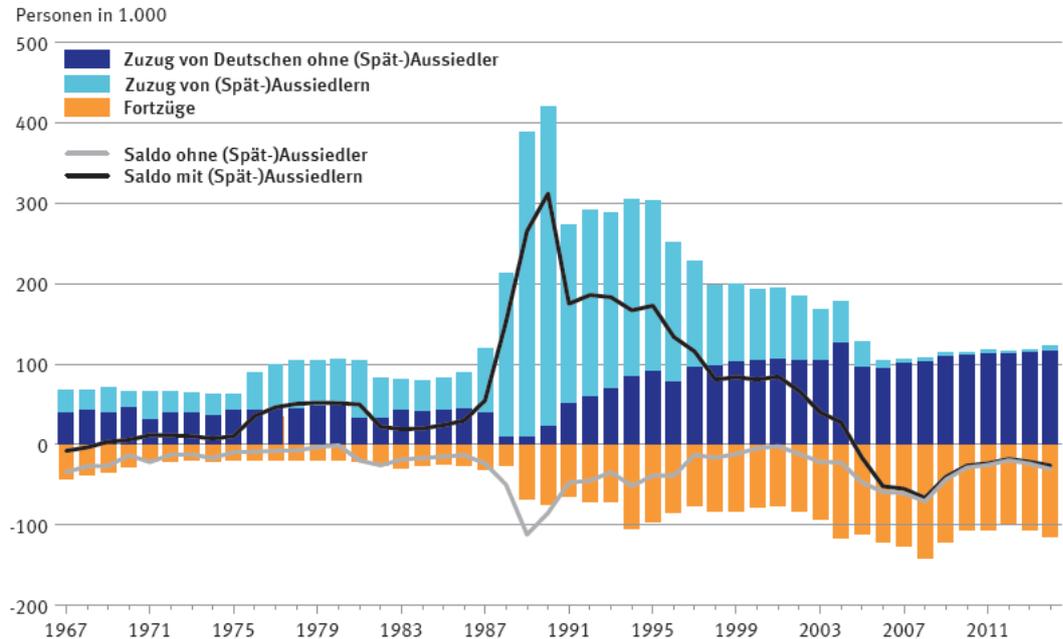
Der Wanderungssaldo deutscher Staatsbürger war in den 1980er und 1990er Jahren vor allem durch die hohen Zuzüge von (Spät-)Aussiedlern geprägt, zum Höhepunkt dieser Zuzüge im Jahr 1990 kamen rund 400.000 (Spät-)Aussiedler und Familienangehörige nach Deutschland. Mit dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz von 1992 verschärften sich die Voraussetzungen für die Anerkennung als (Spät-)Aussiedler. Weitere Gesetzesänderungen der folgenden Jahre sowie weitere Gründe (z. B. die größtenteils abgeschlossene Familienzusammenführung der bereits hier lebenden (Spät-)Aussiedler) sorgten dafür, dass die Zahl der in diesem Rahmen zuziehenden Deutschen seitdem kontinuierlich abnahm. Die Zuzugszahlen der Deutschen ohne (Spät-)Aussiedler sind seit Mitte der 1990er Jahre relativ konstant geblieben, die Fortzüge hingegen haben sich in diesem Zeitraum deutlich erhöht, wodurch seit 2005 der Wanderungssaldo der Deutschen negativ ausfällt. Ohne Berücksichtigung der

(Spät-)Aussiedler wäre der Wanderungssaldo allerdings im gesamten Zeitraum negativ gewesen.

Die internationale Mobilität der Deutschen hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verstärkt, womit die Abwanderung von Deutschen erheblich an Gewicht gewonnen hat. Während sich die Zahl wegziehender Ausländer seit den 1970er Jahren auf einem Niveau von 400.000 bis 500.000 Personen pro Jahr bewegt, hat sich die Zahl abwandernder Deutschen in diesem Zeitraum etwa verdreifacht und liegt gegenwärtig bei rund 150.000 Personen pro Jahr. Aber nicht nur die Größenordnung hat sich in diesem Zeitraum verändert, sondern auch die Zielländer deutscher Abwanderung haben sich verschoben. In den 1970er und 1980er Jahren fand noch jeder vierte abwandernde Deutsche sein Ziel in den „klassischen Einwanderungsländern“ (USA, Kanada, Australien und Neuseeland). Heute betrifft das nur noch etwa jeden siebenten Abwanderer. Hier hat eine deutliche

Zu- und Fortzüge von deutschen Staatsbürgern, darunter (Spät-)Aussiedlern, Deutschland 1967 bis 2014

Der Wanderungssaldo von Deutschen wird vor allem in den 1990er Jahren durch den Zuzug von (Spät-)Aussiedlern und ihren Familienangehörigen (Ehegatten und Kinder) bestimmt, deren Bedeutung in den letzten Jahren deutlich abgenommen hat. Zunehmenden Einfluss haben hingegen die Fortzüge deutscher Staatsbürger ins Ausland.



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Berechnungen: BiB

© BiB 2016

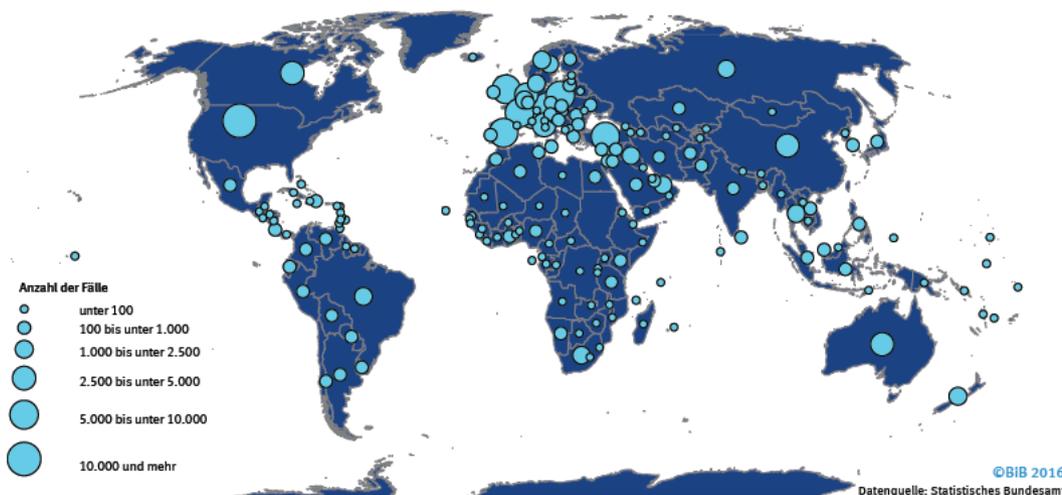
Europäisierung stattgefunden, unter den „Top 10“ der Zielländer für Deutsche waren 2014 nur noch die USA und Australien als nichteuropäische Länder vertreten. Mit Abstand beliebtestes Auswanderungsland ist die Schweiz, 2014 fand etwa jeder siebente aus Deutschland Abwandernde dort seinen neuen Wohnsitz.

Die Zahl der im Ausland studierenden Deutschen hat sich in den letzten Jahren nahezu kontinuierlich erhöht. 2013 studierten bereits rund 135.000 junge Deutsche an ausländischen Universitäten, das war mehr als eine Verdopplung in den letzten zehn Jahren. Dies spiegelt sich auch in der Altersstruktur der abwandernden Deutschen wider. Jeder vierte gehörte 2014 der Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen an, ihr Anteil an der Bevölkerung insgesamt lag hingegen nur bei 11 %. Häufigste Zielländer der Studenten waren 2013 Österreich, die Niederlande, Großbritannien, die Schweiz und die USA.

Rund 85 % der abwandernden Deutschen stammen 2014 aus den westdeutschen Bundesländern. Bezogen auf die eigene Bevölkerungsgröße weisen Berlin und Bayern mit jeweils 31 sowie Hamburg mit 28 und Baden-Württemberg mit 27 Fortzügen von Deutschen je 10.000 der deutschen Bevölkerung die höchsten Abwanderungsraten auf. Die Raten der ostdeutschen Bundesländer sind zwar in den letzten Jahren angestiegen, liegen aber weiterhin deutlich unter dem westdeutschen Niveau. Die Bundesländer mit der niedrigsten Abwanderung von Deutschen waren im Jahr 2014 Sachsen-Anhalt mit acht sowie Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern mit je zehn Fortzügen je 10.000 deutsche Staatsangehörige.

Die Abwanderung von Deutschen ins Ausland ist jedoch häufig nur temporär. Eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung ergab, dass von den aus dem Ausland zurückkehrenden Deutschen gut zwei Drittel innerhalb von sieben Jahren nach der Auswanderung nach Deutschland zurückkommen.

Aus Deutschland abgewanderte Personen nach Zielländern, Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014



Der überwiegende Teil der aus Deutschland abwandernden Deutschen bleibt in Europa.

Migration von Ausländern

Die Zuwanderung von ausländischen Staatsbürgern nach Deutschland kann nach einzelnen Formen differenziert werden, wobei sich die jeweiligen Zuwanderergruppen rechtlich hinsichtlich ihrer Einreise und ihres Aufenthaltsstatus unterscheiden. Dazu gehören vor allem die EU-Binnenmigration, die Erwerbsmigration von Drittstaatsangehörigen, Bildungsmigration, Familiennachzug und der Zuzug von (Spät-)Aussiedlern sowie Asylbewerbern. In ihrer Größenordnung sind diese einzelnen Gruppen sehr unterschiedlich, der weitaus größte Teil entfällt allerdings auf die EU-Binnenmigration. Im Jahr 2014 waren es über 60 % aller zuwandernden und knapp die Hälfte der aus Deutschland abwandernden Ausländer, die aus den anderen 27 EU-Staaten kamen.

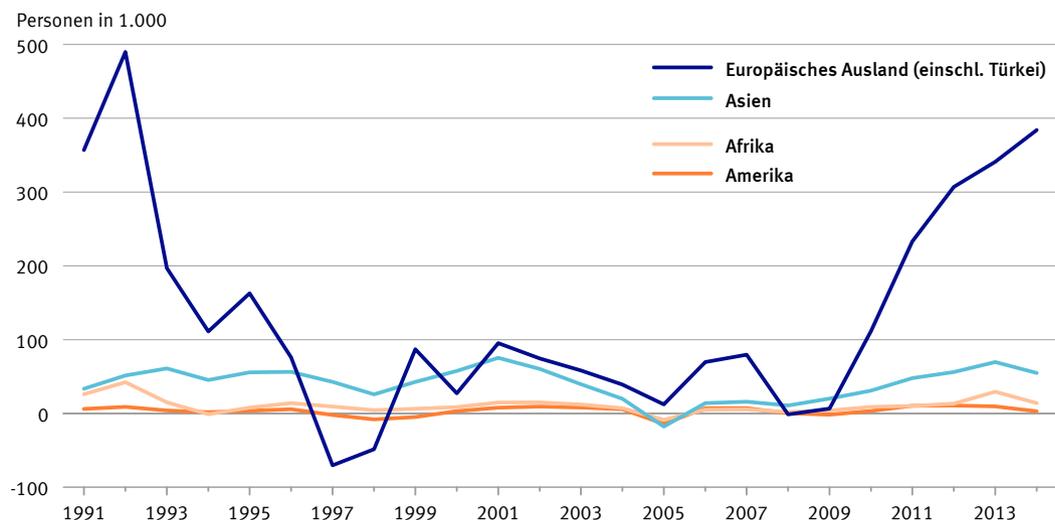
Einer der wichtigsten Gründe für die Zuwanderung nach Deutschland ist die **Aufnahme einer Erwerbstätigkeit**. Dabei gibt es zu diesem Zweck ganz unterschiedliche Regelungen – je nach Herkunft der Arbeitssuchenden. Innerhalb der EU und auch für Angehörige der übrigen EWR-Staaten sowie der Schweiz gilt die Arbeitnehmerfreizügigkeit – mit den jeweiligen Sonderregelungen für neue EU-Staaten. Für sogenannte Drittstaatsangehörige

hingegen gibt es unterschiedliche Regelungen für eine Beschäftigungserlaubnis in Abhängigkeit vom Qualifikationsniveau. Dabei wurde in den letzten 15 Jahren der Zugang für qualifizierte Arbeitskräfte in den deutschen Arbeitsmarkt vereinfacht.

Der starke Anstieg des Zuwanderungssaldos der Ausländer aus Europa ab dem Jahr 2011 ist zum großen Teil auf die Suche nach Erwerbstätigkeit bzw. Berufsausbildung zurückzuführen und lässt sich im Rahmen der Europäischen Union auf zwei Ländergruppen eingrenzen: Zum einen sind dies osteuropäische Länder wie Polen, Ungarn, Litauen und Estland, für die seit 2011 die Arbeitnehmerfreizügigkeit der EU auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt gilt, sowie Rumänien und Bulgarien, für die die Einschränkungen auf dem Arbeitsmarkt gelockert wurden. Zur zweiten Gruppe gehören die südeuropäischen Länder Griechenland, Spanien und Italien, in denen die Bevölkerung besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen war. Auch 2012 setzten sich deren Zuzüge weiter fort, aus Italien und Portugal verstärkten sie sich sogar noch. Die Zuzüge von Ausländern aus Osteuropa und den baltischen Ländern hingegen verringerten sich wieder.

Wanderungssaldo von Ausländern nach einzelnen Kontinenten¹, Deutschland 1991 bis 2014

Der größte Teil des Wandervolumens wird durch die Zu- und Abwanderung aus bzw. nach Europa bestimmt. Lediglich gegenüber Asien bestand in den 1990er Jahren und zu Beginn dieses Jahrtausends noch ein nennenswerter Zuwanderungsgewinn. Durch die Zuwanderung syrischer Flüchtlinge seit 2015 wird es hier einen Anstieg geben.



¹ Auf Australien wurde aufgrund der geringen Fallzahlen verzichtet.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Vom zahlenmäßigen Umfang der Wanderungen her sind die EU-Länder Polen und Rumänien mit jeweils rund 14 % die gegenwärtig mit Abstand wichtigsten europäischen Herkunftsstaaten für die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland. Danach folgen Bulgarien mit 6 %, Italien mit 5 % und Ungarn mit 4 % aller nach Deutschland zuwandernden Ausländer.

Außerhalb der EU waren es 2013 vor allem Russland, Kroatien und Albanien, aus denen verstärkt Zuwanderungen von Ausländern nach Deutschland erfolgten, während 2014 die Balkanstaaten, die Republik Moldau und die Ukraine an Bedeutung gewannen.

Wichtige Veränderungen vollzogen sich seit Mitte der 1990er Jahre beim **Bildungsniveau der ausländischen Zuwanderer**. Eine Analyse des Mikrozensus zeigt, dass sich der Anteil von Neuzuwanderern zwischen 20 und 49 Jahren mit einem hohen Bildungsniveau deutlich erhöht hat. Im Durchschnitt der Jahre 2013 und 2014 wiesen rund 34 % dieser Neuzuwanderer ein hohes, über 40 % ein mittleres und rund 26 % ein niedriges Bildungsniveau auf. Allerdings differieren diese Anteile sehr stark zwischen den

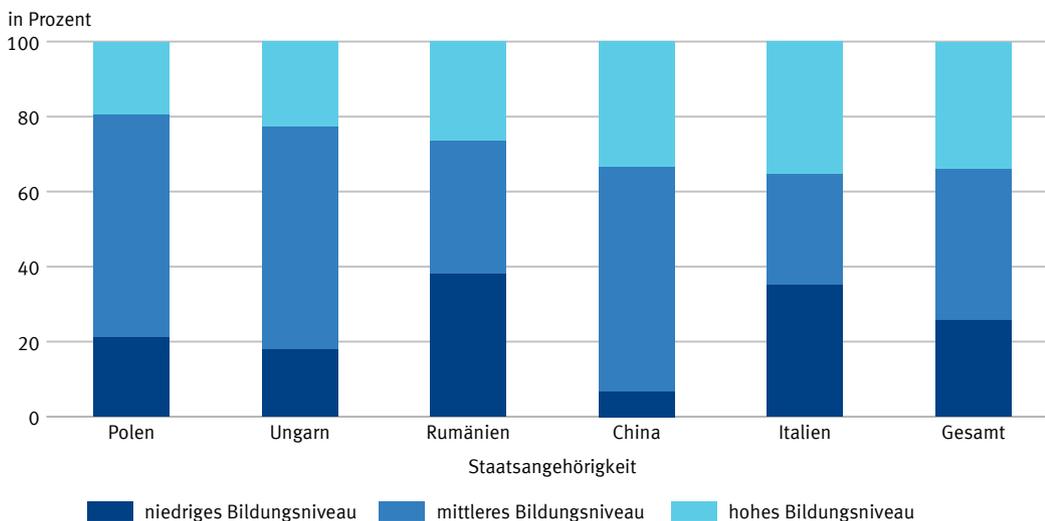
Bildungsniveau von Neuzuwanderern

Aus dem Mikrozensus wurden hierzu Personen ausländischer Staatsangehörigkeit im Alter zwischen 20 und 49 Jahren analysiert, die erstmalig vor maximal einem Jahr nach Deutschland zuwanderten. Die Klassifizierung der Bildung erfolgte nach der Internationalen Standard-Klassifikation des Bildungswesens (ISCED), wobei der höchste erreichte Bildungsstand aus den Merkmalen allgemeiner Schulabschluss und beruflicher Bildungsabschluss kombiniert wird.

Methodische Erläuterung

Herkunftsstaaten. Das ist auch ein Ergebnis sehr unterschiedlicher Rahmenbedingungen für die Zuwanderung nach Deutschland. Dazu gehören sowohl Bedingungen in den Herkunftsländern (z. B. ökonomische Situation, geografische Lage zu Deutschland) als auch Zuzugsbedingungen nach Deutschland wie die unterschiedlichen Zugangsbedingungen auf den deutschen Arbeitsmarkt. Dadurch, dass Ausländer aus Drittstaaten (Staaten außerhalb der EU) nicht unter die EU-Freizügigkeitsregelungen fallen, findet dort eine deutlich stärkere Differenzierung nach der Qualifikation statt. Das zeigt sich beispielsweise bei den Neuzuwanderern aus Indien, von denen mehr als 70 % einen Hochschulabschluss aufweisen.

Bildungsniveau ausländischer Neuzuwanderer¹ von 20 bis 49 Jahren nach Staatsangehörigkeit, Deutschland Summe 2013/2014



Die meisten Neuzuwanderer zwischen 20 und 49 Jahren kamen 2013 und 2014 aus Polen, Ungarn, Rumänien, China und Italien. Dabei unterscheidet sich die Qualifikationsstruktur der Neuzuwanderer zwischen den Ländern sehr deutlich.

¹ Ausgewählt wurden die 5 Länder mit den meisten Neuzuwanderern zwischen 20 und 49 Jahren in der Summe der Jahre 2013 und 2014. Datenquelle: Statistisches Bundesamt Mikrozensus, Berechnungen: BiB © BiB 2016

Methodische Erläuterung

Flüchtlinge, Asylbewerber

Im deutschen Sprachgebrauch werden die Begriffe „Flüchtlinge“ und „Asylbewerber“ nahezu identisch verwendet. Die Rechtsgrundlagen, die dem Status des Flüchtlings bzw. Asylbewerbers zugrunde liegen, beruhen allerdings inzwischen auf einer Vielzahl unterschiedlicher Regelungen. Diese sind festgelegt zum einen in der Genfer Flüchtlingskonvention und zum anderen in Deutschland im Grundgesetz und im Aufenthaltsgesetz.

Über 60 Millionen Menschen sind gegenwärtig weltweit auf der Flucht. Die Kriegs- und Krisensituationen im arabischen Raum und besonders in Syrien haben auch in Deutschland die Zahl der **Asylbewerber** seit 2014 massiv ansteigen lassen.

Flüchtlingsbewegungen sind aber auch für Deutschland kein neues Phänomen. Bereits zu Beginn der 1990er Jahre gab es im Zusammenhang mit den Kriegen auf dem Balkan eine umfangreiche Flüchtlingsbewegung, die sich auch in Deutschland widerspiegelte. So stellten von 1991 bis 1993 mehr als

291.000 Flüchtlinge aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien einen Asylantrag in Deutschland. Aber auch aus Rumänien kamen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre mehr als 231.000 Flüchtlinge nach Deutschland.

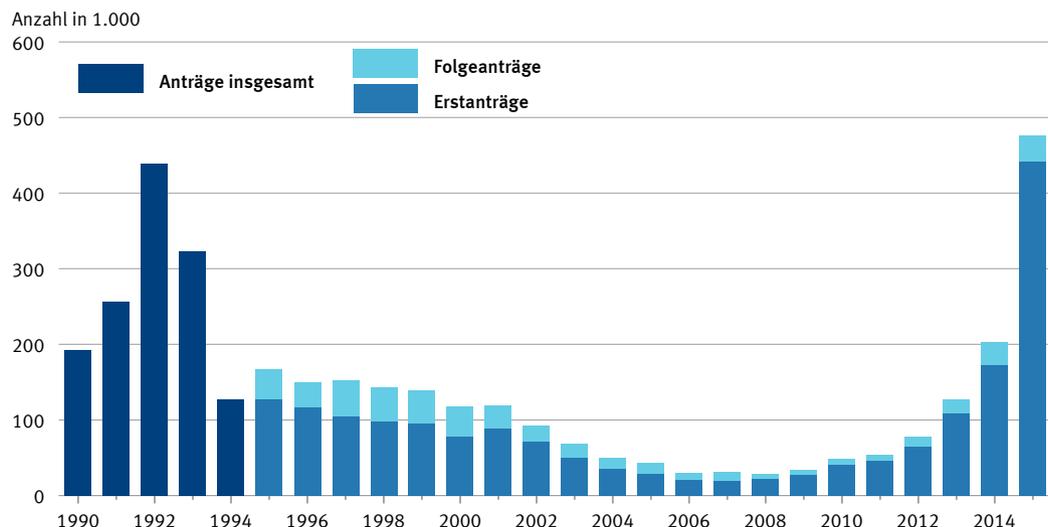
Mitte der 1990er Jahre verringerten sich die Anträge auf Asyl in Deutschland erheblich, der niedrigste Wert wurde im Jahr 2007 mit rund 19.000 Anträgen verzeichnet.

Bereits seit 2013 zeichnete sich hier wieder eine Trendwende ab, die Zahl der Asylanträge erhöhte sich deutlich und erreichte 2015 mit knapp 477.000 Asylanträgen (Erst- und Folgeanträge) einen neuen Höchstwert. Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Asylsuchenden nach Deutschland lag allerdings noch deutlich höher, da die formale Asylantragstellung teilweise erst zeitlich verzögert möglich ist. In einer ersten Datenerfassung wurden 2015 etwa 1,1 Millionen Zugänge von Asylsuchenden registriert.

36 % aller Erstanträge auf Asyl wurden 2015 von Personen aus Syrien gestellt, rund 12 % aller Antragsteller kamen aus Albanien. Danach folgten Antragsteller aus dem Kosovo (8 %) sowie aus Afghanistan und dem Irak mit jeweils 7 %.

Registrierte Asylanträge¹, Deutschland 1990 bis 2015

Nach hohen Flüchtlingszahlen insbesondere zu Beginn der 1990er Jahre durch die Balkankrise verringerte sich die Zahl der Asylbewerber erheblich. In den letzten Jahren haben vor allem Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und dem Balkan zu neuen hohen Asylbewerberzahlen geführt.



¹ Bis 1994 nur Erst- und Folgeanträge insgesamt

Datenquelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

© BiB 2016

Asylbewerber sind deutlich jünger als die Bevölkerung in Deutschland, gleichzeitig ist ihre Geschlechterstruktur zugunsten der Männer verschoben. Rund 65 bis 70 % aller Asylbewerber in Deutschland sind männlich. Dies ist jedoch keine neue Tendenz der letzten Jahre, sondern ein Trend, den es schon zu Beginn dieses Jahrhunderts gab.

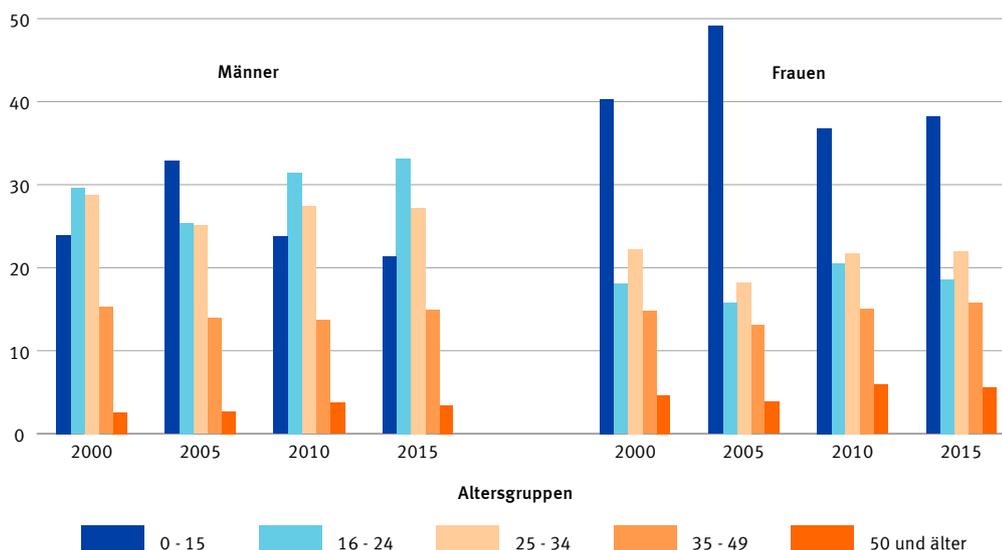
Besonders stark sind männliche Asylbewerber in den jüngeren Altersgruppen überrepräsentiert. Vor allem im Altersbereich zwischen 16 und 24 Jahren liegt die Anzahl junger Männer rund viermal so hoch wie die der Frauen. Auch in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen beträgt dieses Verhältnis noch rund 3 zu 1 zugunsten der Männer.

Der hohe Anteil von Mädchen im Alter bis 15 Jahre ist dabei ein statistischer Effekt. In diesem Alter gibt es noch keine geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Zuwanderung nach Deutschland. Durch den niedrigeren Anteil von Frauen im Erwachsenenalter erscheint deshalb der Anteil von Mädchen besonders hoch.

Ende 2015 lebten mehr als 951.200 Personen als Flüchtling in Deutschland, deren Aufenthaltsstatus sich rechtlich wie folgt unterscheidet:

- Fast 211.100 Menschen sind nach der Genfer Flüchtlingskonvention als Flüchtlinge anerkannt.
- Weitere 39.600 Menschen sind asylberechtigt, 80 % von ihnen mit einem unbefristeten Aufenthaltsrecht.
- Rund 49.800 Personen wird ein subsidärer Schutz gewährt (Menschen, denen im Herkunftsland ein ernsthafter Schaden für Leib und Leben droht).
- Rund 61.500 Personen verfügen über eine Aufenthaltserlaubnis infolge von Bleiberechtsregelungen.
- 49.900 Personen haben eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund langjährigen Aufenthalts und unzumutbarer Ausreisemöglichkeit.
- 24.700 Personen haben eine Aufenthaltserlaubnis aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen oder aus erheblichen öffentlichen Interessen.
- Bei 6.200 Personen beruht die Aufenthaltserlaubnis auf einer individuellen Härtefallentscheidung.
- Hinzu kommen 155.300 geduldete Flüchtlinge und 350.600 noch nicht anerkannte Flüchtlinge (mit einer Aufenthaltsgestattung).

Altersstruktur der Asylbewerber (Erst- und Folgeanträge) nach Geschlecht, Deutschland 2000 bis 2015 (Anteil in Prozent)



Die Altersgruppen junger Erwachsener zwischen 16 und 34 Jahren sind bei männlichen Asylbewerbern deutlich stärker besetzt als bei den Frauen.

Datenquelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Berechnungen: BiB

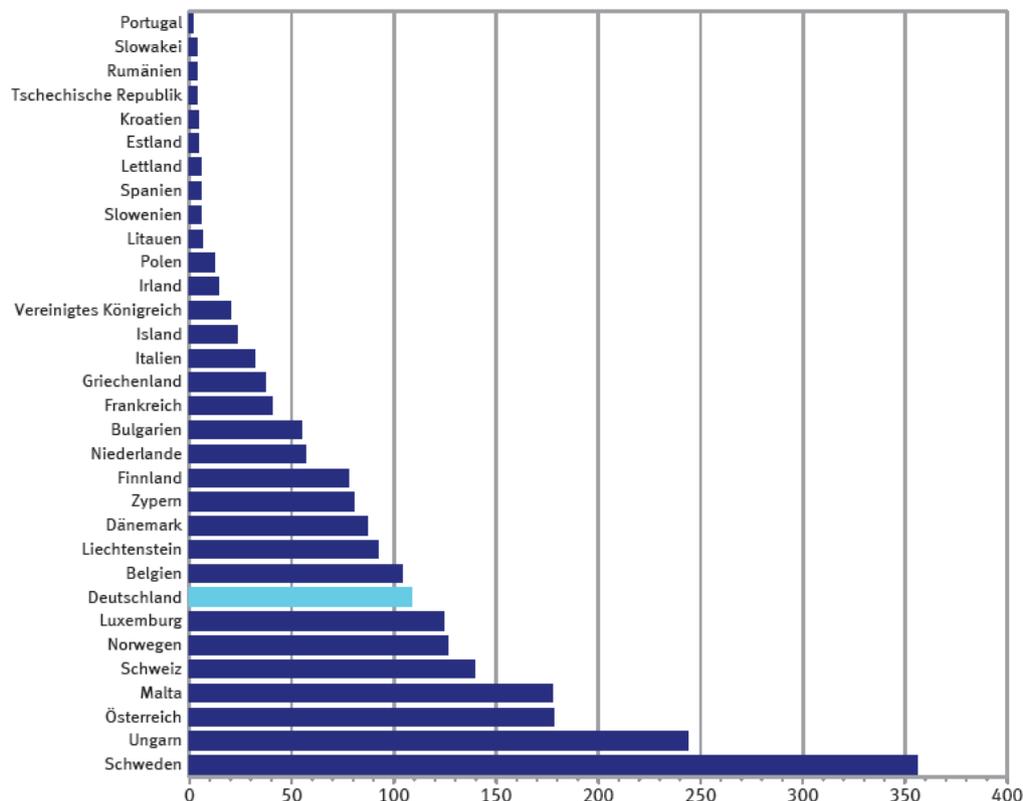
© BiB 2016

Steigende Zahlen von Flüchtlingen und Asylbewerbern waren für viele europäische Länder in den letzten Jahren kennzeichnend. Außerhalb der EU waren es vor allem Norwegen und die Schweiz. Betrachtet man die 28 Staaten der Europäischen Union insgesamt, so stellten zwischen 2012 und 2015 2,7 Millionen Menschen einen Asylantrag in einem dieser Länder.

Allerdings waren die gestellten Anträge regional sehr unterschiedlich verteilt. Fast ein Drittel aller Anträge innerhalb der EU wurden in Deutschland gestellt, es folgten Schweden mit 13 % und Frankreich mit 10 %. Bezieht man jedoch die Asylanträge auf die jeweiligen Bevölkerungszahlen, so ergibt sich ein anderes Bild – hier sind es Schweden, Ungarn, Österreich und Malta, die an der Spitze der Zielländer von Asylbewerbern liegen.

Zu den Hauptherkunftsstaaten der Asylbewerber gehörten zwischen 2012 und 2015 innerhalb Europas der Kosovo, Russland, Albanien und Serbien. Bei Afrika spielten vor allem Asylbewerber aus Eritrea eine besondere Rolle, während aus Asien vor allem Menschen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak nach Europa flohen. Dabei konzentrierten sich Asylbewerber aus bestimmten Herkunftsländern auf einzelne Zielländer, in denen schon Netzwerke bestehen oder die gleiche Sprache aufgrund früherer Kolonialbeziehungen gesprochen wird. So kamen z. B. Asylbewerber aus Algerien oder dem Kongo häufig nach Frankreich, aus Sri Lanka nach Frankreich und Großbritannien oder aus Eritrea in die Schweiz. Deutschland wurde in den letzten Jahren zunehmend wichtiger für Flüchtlinge aus dem Nahen Osten.

Asylbewerber (Erst- und Folgeanträge) je 10.000 Einwohner, europäische Länder Summe der Jahre 2012 bis 2015



Datenquelle: Eurostat, Berechnungen: BiB

© BiB 2016

Der **Familiennachzug** spielt im Rahmen des Zuzugs von Ausländern nach Deutschland eine wichtige Rolle, zwischen 2006 und 2014 zogen aus diesem Grund fast 500.000 Personen nach Deutschland.

Wichtigstes Herkunftsland bildete die Türkei, aus der 15 % aller dabei nach Deutschland gekommenen Personen stammten. Mit deutlichem Abstand folgen danach Personen aus Serbien/Kosovo/Montenegro mit insgesamt rund 8 %. Auch Personen aus Russland stellen im Rahmen des Familiennachzugs mit rund 7 % noch einen erheblichen Anteil, der vor allem im Zusammenhang mit dem Zuzug von Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen stehen dürfte. Mit jeweils rund 5 % folgen Familienangehörige aus den USA und Indien.

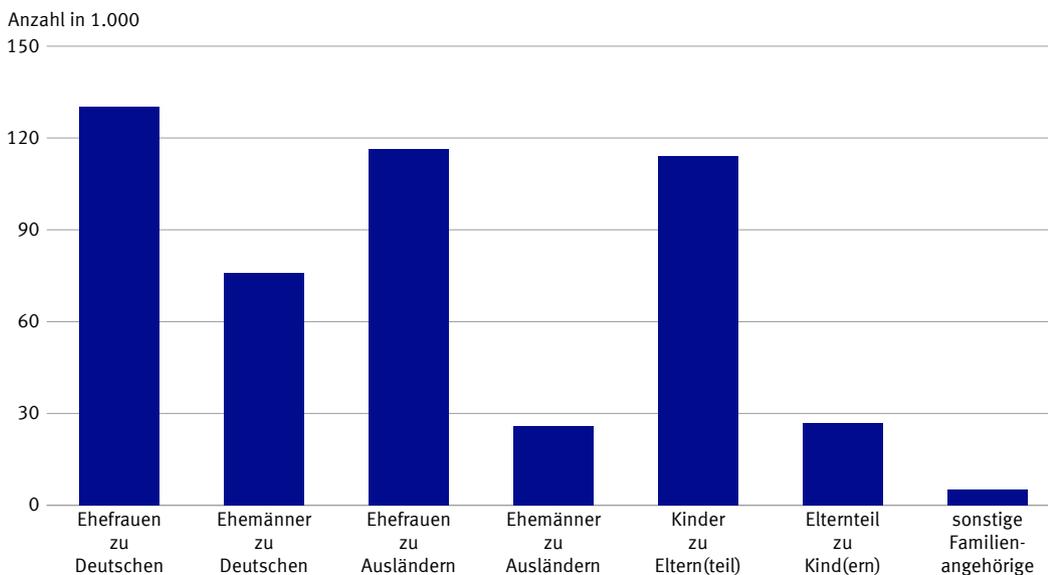
Am häufigsten handelt es sich dabei um Ehefrauen, die zu ihren deutschen Ehemännern nach Deutschland zogen, das waren im Zeitraum von 2006 bis 2014 etwa 130.000 Frauen. An zweiter Stelle stehen mit 116.000 Frauen die Ehefrauen, die zu aus-

ländischen Ehemännern nach Deutschland kamen. Die dritte große Gruppe im Rahmen des Familiennachzugs bildeten die 114.000 Kinder, die zu ihren Eltern(teilen) nach Deutschland zogen.

Betrachtet man diese Gruppen noch einmal untergliedert nach den Herkunftsländern, so lässt sich vor allem folgendes Muster erkennen:

- Ausländische Ehefrauen, die zu deutschen Ehemännern zogen, kommen vor allem aus Russland, der Türkei, der Ukraine und Thailand.
- Ausländische Ehemänner, die deutsche Frauen geheiratet hatten, stammen vor allem aus der Türkei und – mit erheblichem Abstand – aus den USA.
- Frauen, die zu ihren ausländischen Ehemännern nach Deutschland zogen, kommen insbesondere aus Indien, der Türkei und dem Kosovo.
- Kinder, die im Rahmen des Familiennachzugs zu ihren Eltern(teilen) nach Deutschland einreisten, stammen im betrachteten Zeitraum in erster Linie aus Syrien, Indien und dem Kosovo. Erst danach folgen Kinder aus Russland, der Türkei und den USA.

Familiennachzug¹ nach Art der Familienzugehörigkeit, Deutschland Summe der Jahre 2006 bis 2014



Im Rahmen des Familiennachzugs ziehen vor allem Ehefrauen zu ihren deutschen bzw. ausländischen Ehepartnern nach Deutschland. Danach folgen Kinder, die zu ihren Eltern(teilen) nach Deutschland kamen.

¹ Familiennachzug ausländischer Personen zu Familienangehörigen in Deutschland, Zahlen liegen erst ab 2006 vor

Datenquelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerzentralregister, Berechnungen: BiB

© BiB 2016

7. Binnenwanderungen

Binnenwanderungen sind von großer Bedeutung für die regionale Verteilung der Bevölkerung innerhalb Deutschlands, mit der Konzentration von Zu- bzw. Wegzügen auf bestimmte Regionen bilden sich demografische Wachstums- und Schrumpfsregionen heraus. Innerhalb Deutschlands beeinflussen sowohl regionale Arbeits-, Bildungs- und Wohnungsmärkte als auch die Verkehrsanbindung der Wohnorte die Wanderungsbewegungen.

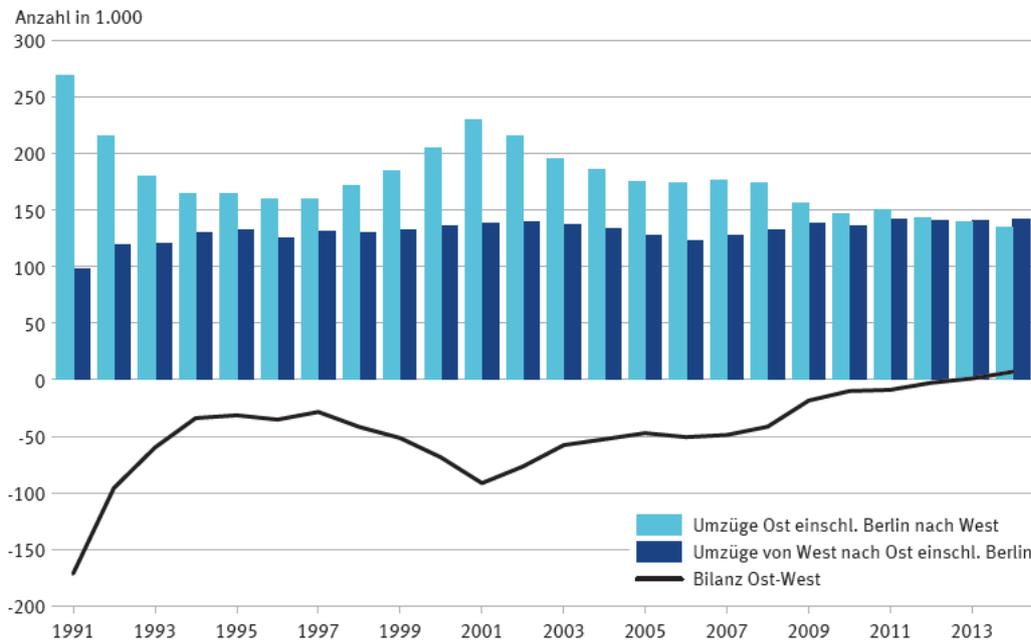
Ost-West-Wanderungen

Dominiert wurden die Binnenwanderungen in Deutschland in den letzten 20 Jahren großräumig durch Nord-Süd- und vor allem Ost-West-Wanderungen. Kleinräumig, das heißt insbesondere im Umfeld großer Städte, waren die Binnenwanderungen über Jahrzehnte durch sogenannte Suburbanisierungsprozesse bestimmt – also durch Abwanderungen aus den Städten ins Umland. In Ostdeutschland setzte dieser Prozess erst in den 1990er Jahren ein. In den letzten Jahren zeichnen sich erste gegenläufige Tendenzen ab. Mit dem zunehmenden Anteil von Einpersonenhaushalten und Singles sowie der steigenden Erwerbstätigkeit von Frauen gewinnen die Städte auch als Wohnort wieder an Bedeutung.

Im Jahr 2014 wechselten rund 4 Millionen Menschen in Deutschland ihren Wohnort, mehr als 70 % blieben dabei in ihrem Bundesland – an diesem Anteil hat sich in den letzten Jahren kaum etwas geändert.

Wanderungen zwischen West- und Ostdeutschland, 1991 bis 2014

Die Abwanderung von Ost- nach Westdeutschland stieg nach dem Fall der Mauer sprunghaft an und erreichte dann um das Jahr 2001 einen weiteren Höhepunkt, wenn auch auf erheblich niedrigerem Niveau. In den letzten Jahren war die West-Ost-Wanderung nahezu ausgeglichen, 2014 sogar leicht zugunsten Ostdeutschlands verschoben.



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2016

Ost-West-Wanderungen waren zu Beginn der 1990er Jahre der alles überlagernde Binnenwanderungstrend in Deutschland. Die nach dem Fall der Mauer sprunghaft angestiegenen Binnenwanderungsverluste Ostdeutschlands verringerten sich Mitte der 1990er Jahre und stiegen dann um das Jahr 2001 noch einmal an. Ursachen waren dabei vor allem die schwankenden Fortzugszahlen aus dem Osten in den Westen Deutschlands zwischen 269.000 im Jahr 1991 und 147.000 im Jahr 2010. Die Umzüge von West nach Ost hingegen lagen seit 1993 immer in einer ähnlichen Größenordnung um rund 130.000 und steigen seit 2009 tendenziell an,

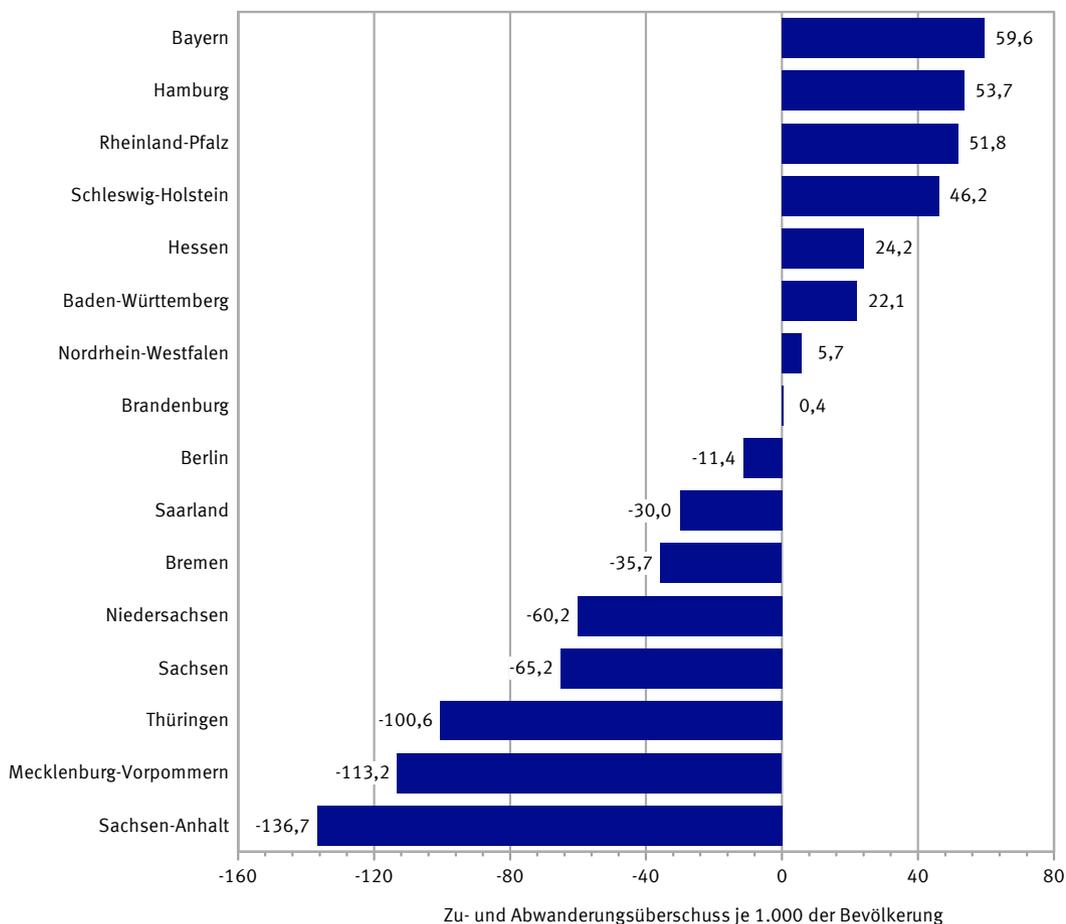
Binnenwanderung

Binnenwanderungen umfassen alle Wanderungsfälle, die sich zwischen Gemeinden oder Bundesländern ereignen. Jede Binnenwanderung ist damit sowohl Fortzug aus einer Gemeinde bzw. einem Bundesland als auch gleichzeitig Zuzug in einer/einem anderen. Die Summe aller Binnenwanderungen in Deutschland ergibt Null.

Methodische Erläuterung

so dass es 2013 und 2014 zu Wanderungsgewinnen des Ostens kam. Insgesamt belief sich der Wanderungsverlust Ostdeutschlands (einschließlich Berlin) gegenüber Westdeutschland zwischen 1991 und 2014 auf 1,1 Millionen Personen.

Binnenwanderungssalden nach Bundesländern, Summe der Jahre 1991 bis 2014



Gewinner aus dem Binnenwanderungsgeschehen der letzten rund 20 Jahre waren vor allem die südlichen Bundesländer Bayern und Rheinland-Pfalz sowie Hamburg. Zu Verlierern wurden die ostdeutschen Bundesländer, insbesondere Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

Wanderungen im Vergleich zur Landesgröße

Je nach Größe der Bundesländer können gleich große absolute Wanderungssalden unterschiedliche Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung des betreffenden Landes haben. Deshalb werden die Binnenwanderungssalden der einzelnen Bundesländer in der Abbildung auf S. 49 je 1.000 Einwohner ausgewiesen, und zwar für den gesamten Zeitraum 1991 bis 2014. Seit etwa 2009 zeichnet sich für die ostdeutschen Bundesländer ein Rückgang der Binnenwanderungsverluste ab. Brandenburg und Sachsen konnten seit 2012 sogar Wanderungsgewinne im Rahmen der Binnenwanderung erzielen, in Berlin hingegen verringerten sich die früheren Gewinne deutlich.

Bei der Entwicklung der Binnenwanderung sind Auswirkungen von Erstaufnahmeeinrichtungen für (Spät-)Aussiedler und Flüchtlinge zu berücksichtigen. Jede Person, die im Rahmen der Außenwanderung zugezogen ist und zum Beispiel in Niedersachsen (Friedland) registriert wurde, wird bei der Verteilung auf die anderen Bundesländer als Abwanderer im Rahmen der Binnenwanderung erfasst.

Brandenburg verfügt unter den ostdeutschen Bundesländern über einen Sonderstatus, weil es im Rahmen der Umlandwanderung stark von Berlin profitierte und damit vor allem zwischen 1994 und 2000 deutliche Wanderungsgewinne realisierte. Seitdem scheint die Umlandwanderung von Berlin nach Brandenburg ihren Höhepunkt überschritten zu haben, seit 2006 weist Berlin Binnenwanderungsgewinne aus.

In den letzten Jahren haben sich die Unterschiede in den Binnenwanderungssalden zwischen den Bundesländern abgeschwächt, die positiven Salden der bisherigen Gewinnerländer Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz sind ebenso zurückgegangen wie die negativen Salden der ostdeutschen Verliererländer.

Geschlechts- und Altersselektivität

Wie alle Wanderungsbewegungen verlaufen auch die Binnenwanderungsprozesse geschlechts- und altersspezifisch, wobei die jüngeren Altersgruppen mobiler als die älteren sind. Besonders auffallend bei der Binnenwanderung zwischen West- und Ostdeutschland ist der hohe ostdeutsche Wanderungsverlust junger Frauen bis 2010. Von den insgesamt 1,1 Millionen Personen Wanderungsverlusten der ostdeutschen gegenüber den westdeutschen Bundesländern waren 22 % junge Frauen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren. Weitere rund 14 % waren gleichaltrige junge Männer und ein Viertel aller Wanderungsverluste entfiel auf Kinder unter 18 Jahren. Das heißt also, dass Ostdeutschland nicht nur junge Menschen, sondern in großem Umfang auch potenzielle Mütter und Väter verloren hat. In den letzten Jahren hat diese Abwanderung nach Westdeutschland an Dynamik verloren – seit 2011 wanderten sogar mehr junge Frauen von West nach Ost als umgekehrt. Zunehmend profitieren auch ostdeutsche Städte von der Zuwanderung junger ostdeutscher Frauen. Verlierer aber bleiben in allen Fällen ländliche und strukturschwache

Wanderungssalden von West- gegenüber Ostdeutschland nach Altersgruppen, 1991 bis 2014 (durchschnittlich pro Jahr in 1.000)

| Altersgruppe | Männer | | | Frauen | | |
|--------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | 1991 - 2000 | 2001 - 2010 | 2011 - 2014 | 1991 - 2000 | 2001 - 2010 | 2011 - 2014 |
| unter 18 | 9,8 | 3,7 | 0,6 | 10,3 | 4,1 | 0,7 |
| 18 - 24 | 6,7 | 9,1 | -0,9 | 13,4 | 12,5 | -2,8 |
| 25 - 29 | 1,4 | 5,4 | 2,4 | 2,8 | 4,0 | 0,2 |
| 30 - 49 | 3,6 | 6,2 | 1,4 | 9,3 | 6,3 | 0,4 |
| 50 - 64 | 1,0 | 0,0 | -0,5 | 2,6 | 0,5 | 0,0 |
| 65 und älter | 0,2 | -0,7 | -0,5 | 0,7 | -0,7 | -0,2 |
| zusammen | 22,7 | 23,4 | 2,5 | 39,1 | 26,1 | -1,7 |

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen: BiB

Regionen speziell in Ostdeutschland, womit sich die Alterungsprozesse der Bevölkerung in diesen Regionen noch schneller verstärken.

Bildungswanderungen

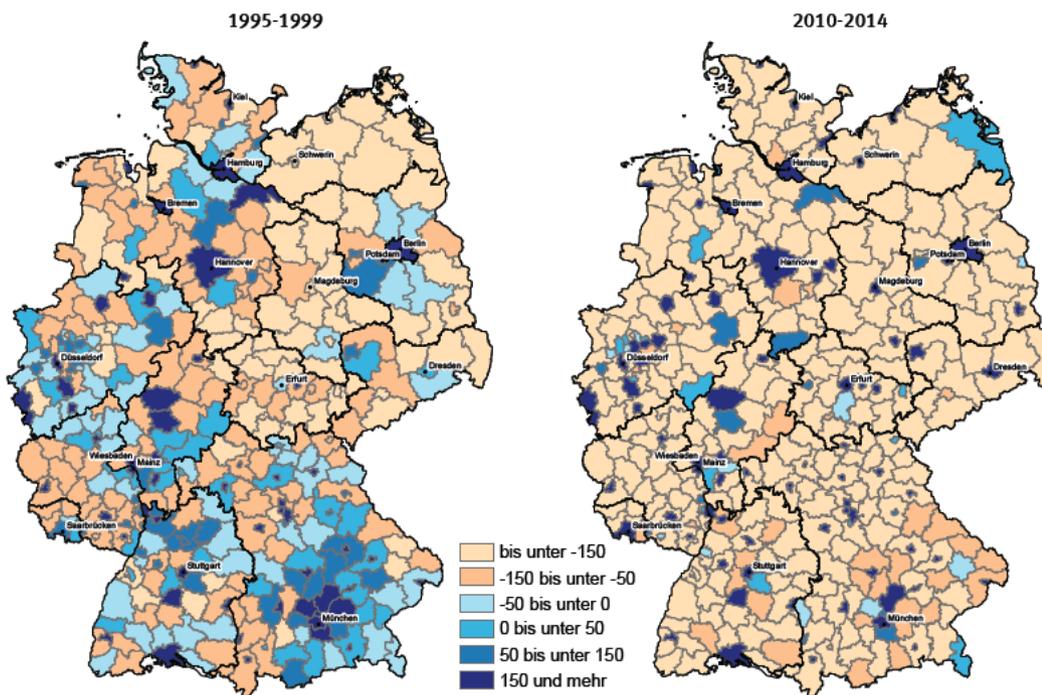
Die aktivste Altersgruppe im Rahmen der Binnenwanderung ist die Gruppe der 18- bis unter 25-Jährigen. Das Hauptmotiv ihrer Wanderungen resultiert aus der Suche nach einer geeigneten Ausbildungsstätte, einem Studienplatz oder einer anderen (Weiter-)Bildungsmöglichkeit, deshalb werden diese Wanderungsbewegungen auch als **Bildungswanderungen** bezeichnet.

Zwischen den beiden ausgewiesenen Zeiträumen hat sich die Anzahl der Kreise mit Wanderungsverlusten in dieser Altersgruppe von 254 auf 297 erhöht. Dabei verringerte sich zwar die Zahl der Kreise mit deutlichen Wanderungsgewinnen,

allerdings verzeichneten viele dieser begehrten Regionen erheblich höhere Wanderungsüberschüsse als Ende der 1990er Jahre. Bei diesen Zuwanderungsregionen handelt es sich vorwiegend um westdeutsche Universitätsstädte.

Aber auch im Hinblick auf die Ost-West-Wanderungen zeichnen sich Veränderungen zwischen diesen Zeiträumen ab. Während in den 1990er Jahren nur sieben Kreise in Ostdeutschland einen Binnenwanderungsüberschuss in dieser Altersgruppe erreichten, betraf das in den letzten fünf Jahren 17 ostdeutsche Städte. Auch hier zeigt sich die bereits beschriebene neue Tendenz: Der Boom der Ost-West-Wanderungen nach der Wiedervereinigung ist vorbei, die nach wie vor anhaltende Abwanderung aus den ostdeutschen ländlichen Gebieten resultiert jetzt in einem Wanderungsgewinn der ostdeutschen Städte.

Saldo der Bildungswanderungen (18- bis unter 25-Jährige) je 10.000 Einwohner der Altersgruppe, Deutschland (Kreisebene) Durchschnitt der Jahre 1995 bis 1999 und 2010 bis 2014



Die in den 1990er Jahren noch sichtbaren Ost-West-Unterschiede bei den Wanderungssalden der Bildungswanderer sind zwischen beiden Zeiträumen rückläufig. Es findet eine deutlich stärkere Konzentration und Orientierung auf die großen Städte, zunehmend auch in Ostdeutschland, statt.

Datenquelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Statistisches Bundesamt; Berechnungen: BiB
Geometrische Grundlage: © GeoBasis-DE / BKG (2014)

©BiB 2016

8. Ausländische Bevölkerung

Im Jahr 2014 lebten 7,5 Millionen ausländische Personen in Deutschland, damit besaßen 9,3 % der Bevölkerung eine andere als die deutsche Staatsbürgerschaft. Rund 78 % aller ausländischen Personen in Deutschland hatten einen europäischen Pass, darunter kamen 45 % aus den EU-Staaten und 19 % aus der Türkei. Deutlich zugenommen hat in den letzten 20 Jahren der Anteil der aus Asien stammenden und in Deutschland lebenden Ausländer, der 2014 bei über 13 % lag. Allerdings verteilen sich die Herkunftsländer auf sehr viele unterschiedliche asiatische Staaten.

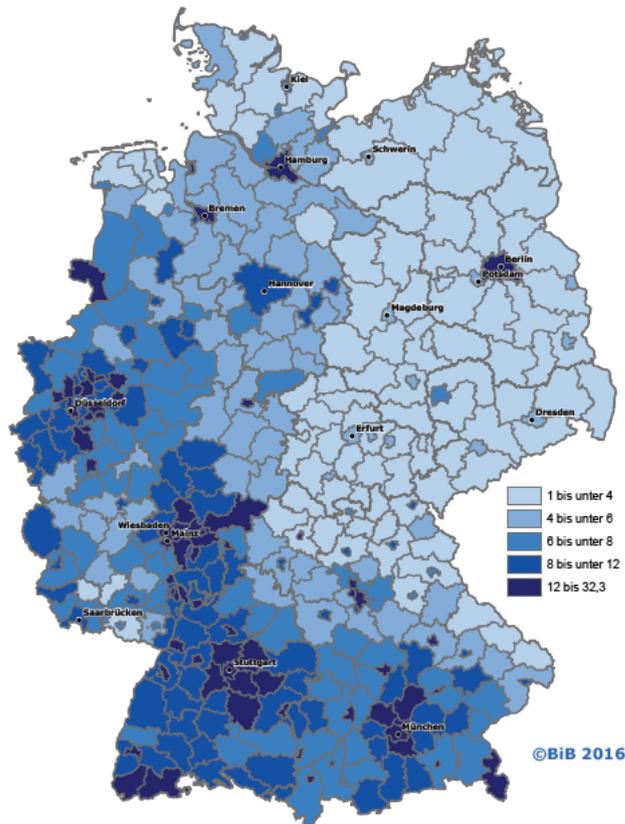
Zahl der Ausländer in Deutschland

Zur Statistik der Ausländer in Deutschland existieren zwei unterschiedliche Datenquellen. Das Ausländerzentralregister (AZR) erfasst alle am Ende des Berichtsjahres in Deutschland ansässigen Ausländer ohne deutschen Pass.

Für Vergleiche zwischen Ausländern und Deutschen bzw. mit der Gesamtbevölkerung werden Daten aus der Bevölkerungsfortschreibung verwendet, die die Bevölkerung auf Basis der letzten Volkszählung fortschreibt und auch vorübergehend in Deutschland wohnende Ausländer umfasst.

Die Zahlen der ausgewiesenen Ausländer in Deutschland weichen nach beiden Quellen voneinander ab (2014: Bevölkerungsfortschreibung 7,5 Millionen; AZR 8,2 Millionen Ausländer), vor allem seit der letzten Registerbereinigung des AZR im Jahr 2004 und der letzten Volkszählung, dem Zensus 2011.

Ausländische Bevölkerung, Deutschland (Kreisebene) 2014 (Anteil in Prozent)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung, Berechnungen BiB, ähnliche Klassenbesetzung
© GeoBasis-DE / BKG (2014)

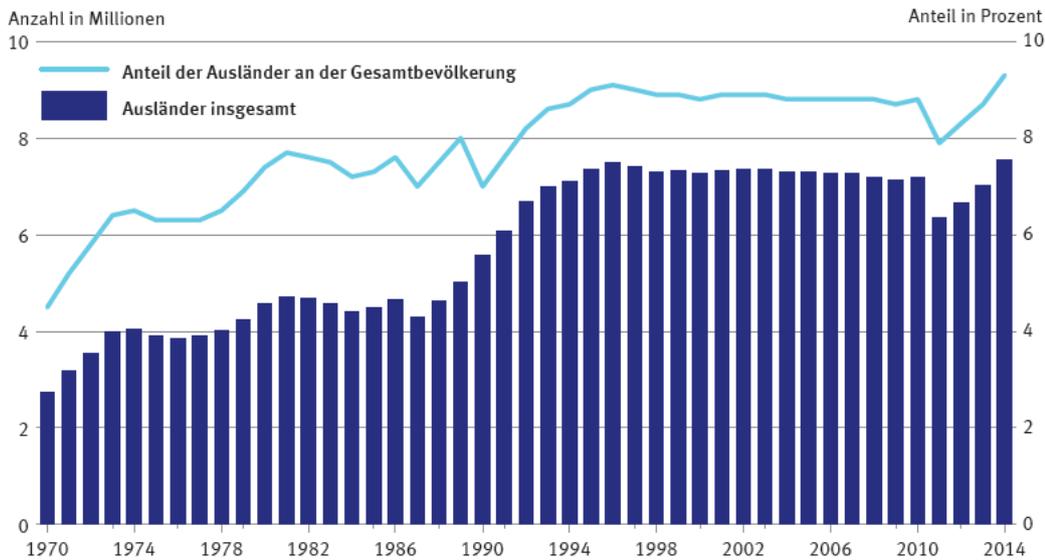
Rund 89 % der in Deutschland wohnenden Ausländer leben in Westdeutschland, 6 bis 7 % in Berlin und nur etwa 4 % in den ostdeutschen Flächenländern. Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich an diesen Größenordnungen nur wenig verändert.

Während es bei der Gesamtzahl der ausländischen Personen in Deutschland in den letzten beiden Jahrzehnten nur geringe Schwankungen gab, hat sich ihre Altersstruktur doch deutlich verschoben. Auch die ausländische Bevölkerung altert, ähnlich wie die deutsche, wenn auch etwas weniger intensiv. Mehrere Einzelprozesse wirken sich auf das Tempo der Alterung bei der ausländischen Bevölkerung aus:

Mit der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 erhält ein großer Teil der Kinder ausländischer Eltern bereits die deutsche Staatsbürgerschaft (s. methodische Erläuterung S. 54), d. h. der Anteil von Kindern mit ausländischer Staatsangehörigkeit geht seit 2000 überproportional zurück, die Alterung verstärkt sich.

Im mittleren Altersbereich wirken die Wanderungssalden sehr stark auf die Alterszusammensetzung ein, da diese Altersgruppen besonders mobil sind. Wanderungsüberschüsse verjüngen

Ausländische Bevölkerung, Deutschland¹ 1970 bis 2014



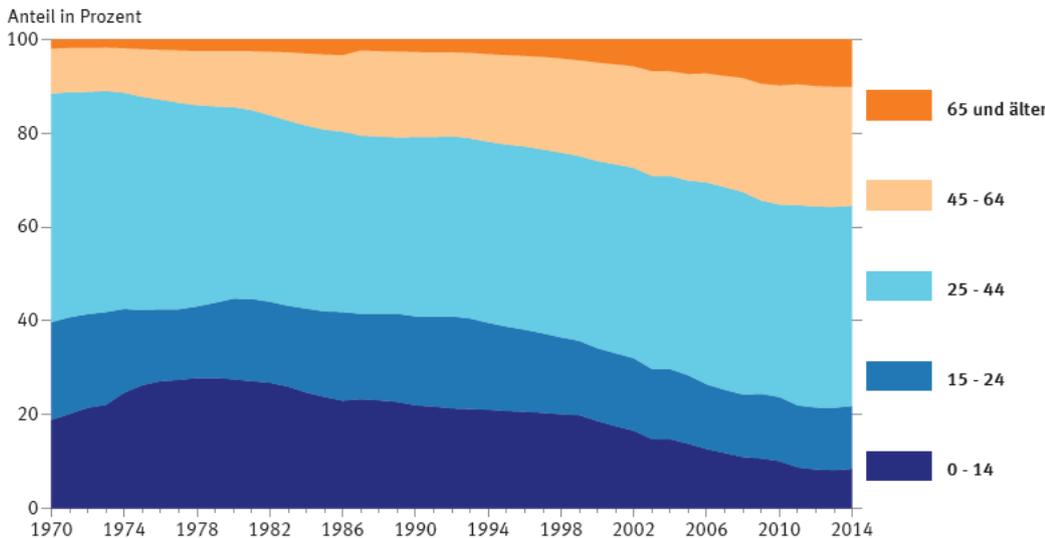
Seit Mitte der 1990er Jahre leben zwischen sieben und acht Millionen Ausländer in Deutschland, das sind rund 9 % der Gesamtbevölkerung.

¹ 1970 bis 1989 Früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland
Ab 2011 beruhen die Zahlen auf der Fortschreibung der Bevölkerungszahlen nach dem Zensus 2011.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

© BiB 2016

Ausländische Bevölkerung nach Altersgruppen, Deutschland¹ 1970 bis 2014



Die Veränderungen der Altersstruktur werden vor allem durch einen rückläufigen Anteil der Kinder sowie einen steigenden Anteil von Personen über 65 Jahre geprägt, aber auch im mittleren Altersbereich verschiebt sich der Anteil in die höheren Altersgruppen.

¹ 1970 bis 1989 Früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2016

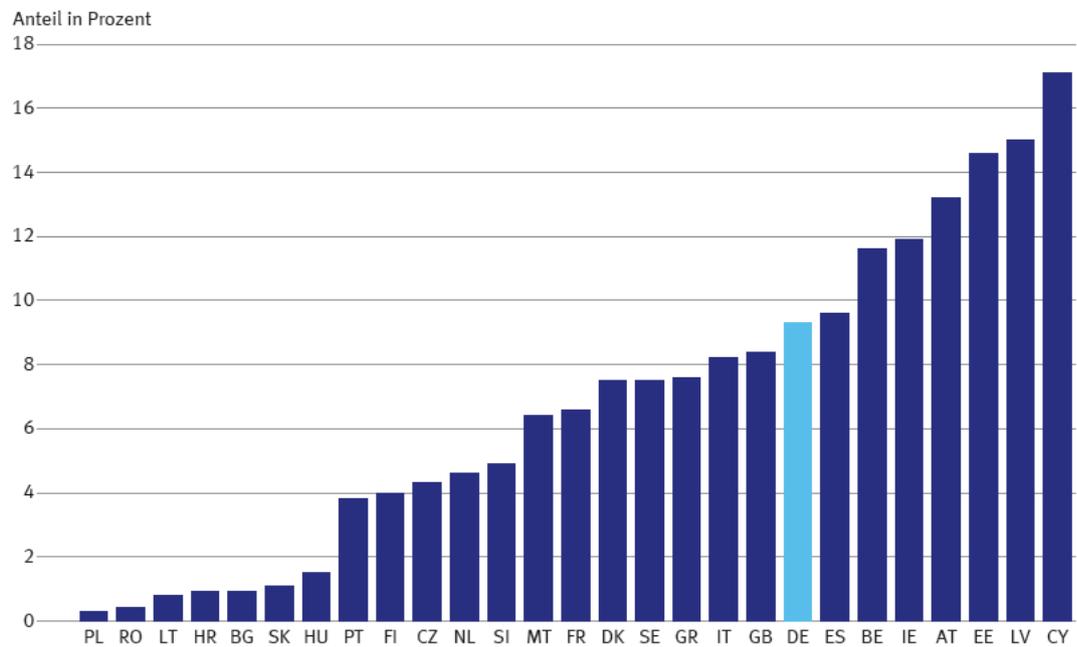
die Bevölkerung, Wanderungsverluste verstärken die Alterung.

Viele der älteren Ausländer leben mit ihren Familien in Deutschland und bleiben hier, obwohl früher eine Rückkehr ins Herkunftsland geplant war. Dadurch steigt der Anteil älterer ausländischer Menschen deutlich an.

Allerdings ist trotz dieses Alterungsprozesses das Medianalter der ausländischen Bevölkerung mit 37,4 Jahren immer noch erheblich niedriger als das der deutschen Bevölkerung mit 45,9 Jahren. Die Unterschiede beim Durchschnittsalter fallen mit 38,3 zu 44,4 Jahren geringer aus (zu den Unterschieden zwischen Median- und Durchschnittsalter siehe Abschnitt 1, S. 14).

Ausländische Bevölkerung, ausgewählte europäische Staaten 2014

Die höchsten Anteile ausländischer Bevölkerung weisen Luxemburg (hier nicht enthalten mit 46 %), Zypern sowie Lettland und Estland auf, wobei dort vor allem die russische Minderheit ist.



Datenquelle: Eurostat, Berechnungen: BiB
(Abkürzung der Ländernamen siehe letzte Seite der Broschüre)

© BiB 2016

Wie bereits im Kapitel 6 über die Außenwanderungen festgestellt, hat sich Deutschland in den letzten Jahrzehnten zu einem Einwanderungsland entwickelt. Mit einem Anteil von 9,3 % Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit liegt es im Jahr 2014 deutlich über dem europäischen Durchschnitt (EU-28 6,9 %). Allerdings spielen hierbei auch die rechtlichen Rahmenbedingungen (z. B. doppelte Staatsbürgerschaft) eine entscheidende Rolle.

Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000

Kinder ausländischer Eltern erhalten bei Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn ein Elternteil seit acht Jahren rechtmäßig seinen Aufenthalt in Deutschland hat und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt. Mit Vollendung des 21. Lebensjahres muss eine Entscheidung für die deutsche oder ausländische Staatsangehörigkeit getroffen werden, sofern keine Befreiung von der sogenannten Optionspflicht besteht.

Einbürgerungen

Von 1990 bis 2014 wurden insgesamt knapp 4,2 Millionen Ausländer in Deutschland eingebürgert, der Höhepunkt lag dabei um die Mitte der 1990er Jahre. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass bis 1999 auch die (Spät-)Aussiedler, die in Deutschland einen deutschen Pass erhielten, in diese Zahlen einbezogen wurden. Das waren in diesem Zeitraum mehr als 1,6 Millionen Menschen, vor allem aus Osteuropa bzw. den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

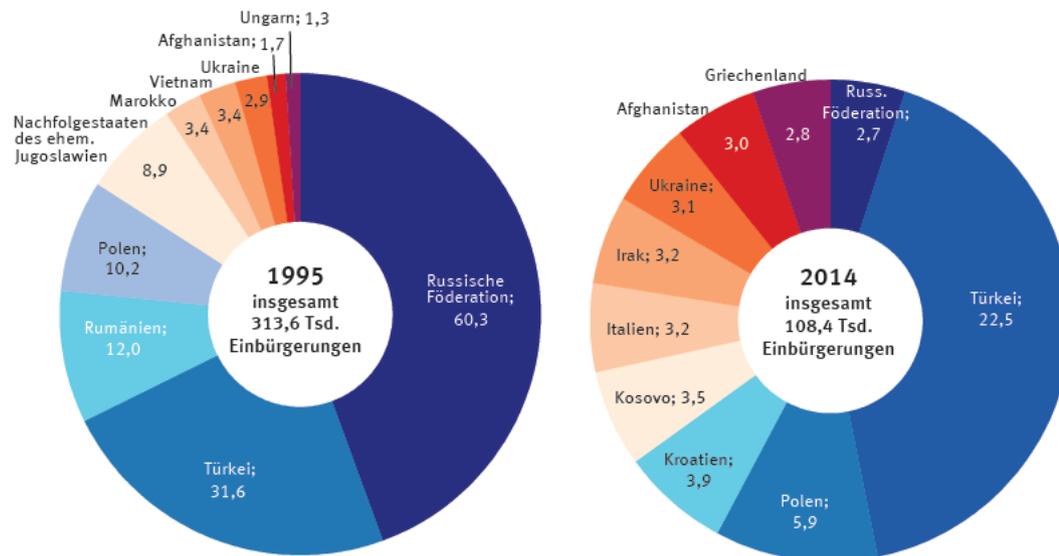
Mit der Veränderung der Stellung der (Spät-)Aussiedler im Rahmen der Einbürgerungen und mit den sinkenden Zuzugszahlen von (Spät-)Aussiedlern überhaupt veränderte sich die Struktur der Eingebürgerten nach ihrem Herkunftsland. Im Jahr 2014 verringerte sich das Niveau der Einbürgerungen gegenüber 1995 auf ein Drittel (auch durch die nicht mehr einbezogenen (Spät-)Aussiedler) und jeder fünfte Eingebürgerte hatte 2014 vor seiner Einbürgerung eine türkische Staatsbürgerschaft.

Einbürgerungen und Einbürgerungsquote, Deutschland 1990 bis 2014

| Jahr | Eingebürgerte in 1.000 | Einbürgerungsquote ¹ in % |
|------|------------------------|--------------------------------------|
| 1990 | 101,5 | 1,82 |
| 1995 | 313,6 | 4,27 |
| 2000 | 186,7 | 2,57 |
| 2005 | 117,2 | 1,61 |
| 2010 | 101,6 | 1,41 |
| 2014 | 108,4 | 1,46 |

¹ Anteil der Eingebürgerten an der ausländischen Bevölkerung
 Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

Einbürgerungen nach vorheriger Staatsangehörigkeit, Deutschland 1995 und 2014



Die Zahl der Einbürgerungen hat sich im betrachteten Zeitraum deutlich verringert, das Spektrum der wichtigsten Herkunftsländer verbreiterte sich.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2016

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Die Analysen nach dem Staatsangehörigkeitskonzept führen dazu, dass sowohl die Eingebürgerten als auch die (Spät-)Aussiedler nicht mehr einbezogen sind. Im Hinblick auf die Integration haben

Methodische Erläuterung

Bevölkerung mit Migrationshintergrund (MH)

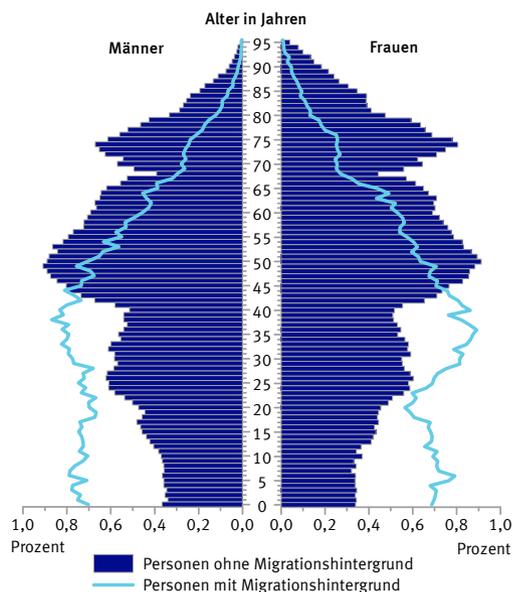
Sie umfasst alle in Deutschland lebenden Ausländer und alle zugewanderten Personen. Außerdem gehören zur Bevölkerung mit MH alle in Deutschland eingebürgerten Ausländer sowie alle Personen, von denen mindestens ein Elternteil zum vorher beschriebenen Personenkreis zählt. Wohnen Letztere nicht mit dem jeweiligen Elternteil zusammen im Haushalt, lässt sich der Migrationsstatus nur alle vier Jahre im Mikrozensus anhand einer Zusatzbefragung (zuletzt 2013) erkennen (Personen mit MH im weiteren Sinne). In den Zwischenjahren werden nur die Personen mit MH im engeren Sinne berücksichtigt, dies waren 2013 allerdings 96 % der Gesamtbevölkerung mit MH. Zusätzlich wird im Mikrozensus unterschieden nach Personen mit eigener Migrationserfahrung (im Ausland geboren und nach Deutschland zugewandert) sowie ohne eigene Migrationserfahrung (in Deutschland geboren).

sie jedoch ähnliche Probleme zu bewältigen wie die Personen mit einem ausländischen Pass in Deutschland. Deshalb wird seit 2005 im Mikrozensus der Migrationshintergrund (s. methodische Erläuterung) erfasst und damit die Möglichkeit geschaffen, die Heterogenität dieser Gruppe und ihre Unterschiede zu denjenigen ohne Migrationshintergrund besser darzustellen.

Im Jahr 2014 lebten 16,4 Millionen Menschen mit einem Migrationshintergrund in Deutschland, das waren 20,3 % der gesamten Bevölkerung – also mehr als jeder Fünfte. Im Gegensatz zu den Altersstrukturen der ausländischen Bevölkerung sind bei Personen mit Migrationshintergrund auch die jüngsten Jahrgänge stark besetzt. Hier sind per Definition auch die Kinder mit deutscher Staatsbürgerschaft und ausländischen Eltern einbezogen. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund weist eine deutlich jüngere Altersstruktur auf als diejenige ohne einen solchen Hintergrund. Ursache dafür sind einerseits die stärkere Mobilität in den jüngeren und mittleren Altersgruppen und andererseits das etwas höhere Geburtenniveau bei Frauen mit Migrationshintergrund, vor allem bei zugewanderten Frauen, also bei Frauen mit eigener Migrationserfahrung.

Altersaufbau nach Migrationshintergrund, Deutschland 2014

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat eine deutlich jüngere Altersstruktur als diejenige ohne einen solchen Hintergrund, alle Altersgruppen bis etwa 45 Jahre sind stärker besetzt.



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus © BiB 2016

Im Mikrozensus 2012 wurden die Frauen nach der Zahl ihrer leiblichen Kinder gefragt, so dass sich ein Vergleich zwischen Frauen mit eigener Migrationserfahrung (also im Ausland geboren und nach Deutschland zugewandert) und Frauen ohne Migrationserfahrung vornehmen lässt. 11 % aller zum Zeitpunkt der Befragung 45 bis 49 Jahre alten zugewanderten Frauen hatten keine Kinder – bei den gleichaltrigen Frauen ohne Migrationserfahrung betrug der Anteil mit 21 % fast das Doppelte. Auch die durchschnittliche Kinderzahl lag für die zugewanderten Frauen dieses Alters mit 2,0 Kindern je Frau gegenüber 1,5 Kindern bei den Frauen ohne Migrationserfahrung erheblich höher.

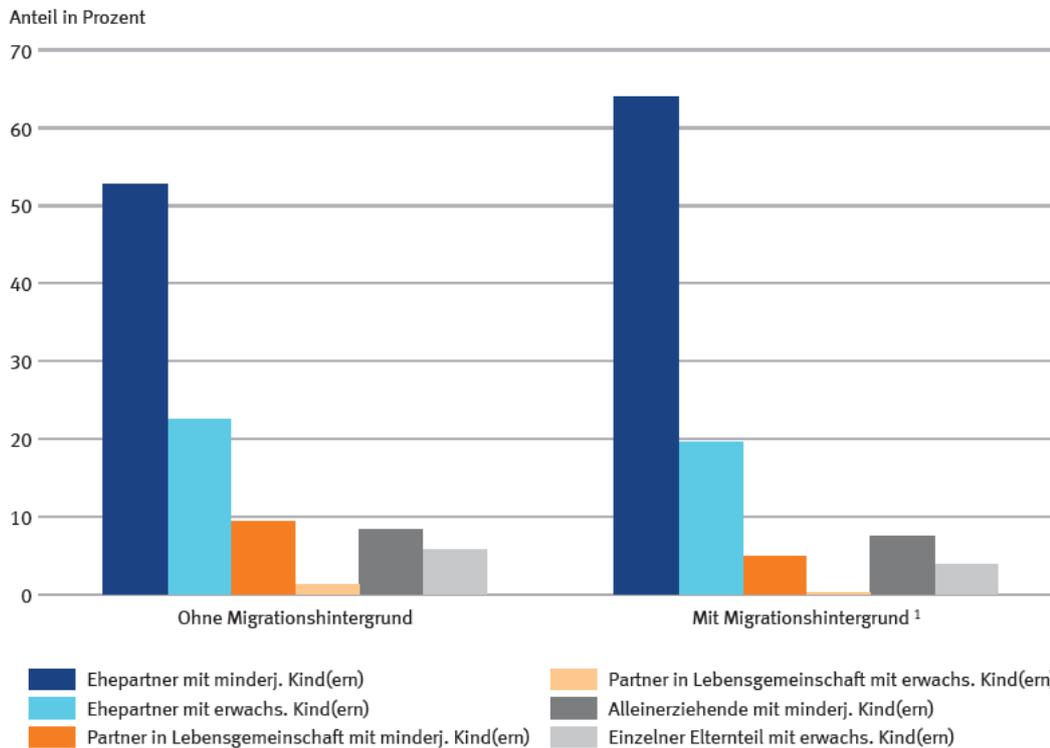
In engem Zusammenhang mit den höheren Kinderzahlen steht auch eine stärkere Verbreitung traditioneller Familienformen. Sowohl nichteheliche Lebensgemeinschaften als auch alleinerziehende Elternteile – beide Lebensformen gehen im Durchschnitt mit weniger Kindern einher als die tradi-

Größenordnung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund, Deutschland 2014

| | Bevölkerung ohne MH ¹ | Bevölkerung mit MH ¹ (im engeren Sinn) | | | |
|----------------------|----------------------------------|---|-----------------------------|-----------------------------|-----------------------------|
| | | Deutsche | | Ausländer | |
| | | Mit eigener ME ² | Ohne eigene ME ² | Mit eigener ME ² | Ohne eigene ME ² |
| In 1.000 | 64,5 | 5,1 | 4,2 | 5,9 | 1,3 |
| Anteil an insg. in % | 79,7 | 6,2 | 5,1 | 7,3 | 1,7 |

¹ MH = Migrationshintergrund, ² ME = Migrationserfahrung
 Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Familien mit ledigen Kindern nach Migrationshintergrund und Familienform, Deutschland 2014



78 % aller Familien (Eltern(teil) mit mindestens einem minderjährigen Kind) mit MH leben 2014 traditionell als Ehepaar, in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund sind dies nur 69 %. Demgegenüber sind nichteheliche Lebensformen bei Familien mit MH entsprechend seltener verbreitet.

¹ Migrationshintergrund im engeren Sinne
 Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2016

tionelle Ehe – sind unter Familien mit Migrationshintergrund deutlich weniger verbreitet. Trotzdem nehmen auch bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nichteheliche Lebensformen weiter zu, wenn auch mit geringerem Tempo.

Weitere Informationen zum Thema:
www.bib-demografie.de/migrationshintergrund
www.bib-demografie.de/fertilitaet
www.bib-demografie.de/eheschliessungen
www.bib-demografie.de/haushaltsstrukturen
www.bib-demografie.de/familien_lebensformen
www.bib-demografie.de/bevoelkerungsbilanz_alterstruktur



9. Eheschließungen

Im Jahr 2014 wurden in Deutschland rund 386.000 Ehen geschlossen, damit hat sich die Zahl der Eheschließungen seit der Jahrtausendwende auf einem Niveau von etwa 380.000 Heiraten pro Jahr eingependelt. Auf dem Höhepunkt des Heiratsgeschehens zu Beginn der 1960er Jahre – auch als „Golden Age of Marriage“ bezeichnet – fanden jährlich noch fast 700.000 Eheschließungen statt.

Seit den 1960er Jahren haben sich drei Prozesse vollzogen, die das Heiratsgeschehen beeinflussten: (1) die Zahl jüngerer Menschen im heiratsfreudigsten Alter ist gesunken, (2) die Heiratsneigung hat sich verringert und (3) das Alter bei der Erstheirat ist angestiegen.

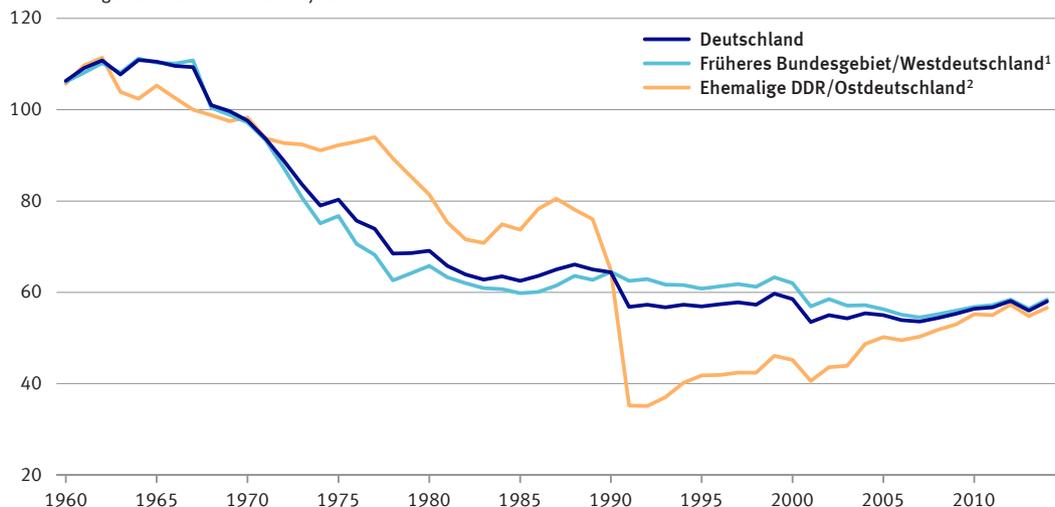
Diese Prozesse sind in engem Zusammenhang mit der Verringerung des Geburtenniveaus (Zweiter Geburtenrückgang) und der Verbreitung neuer nichtehelicher Lebensformen zu sehen – verbunden mit weniger Kindern oder ganz ohne Kinder. Der enge Zusammenhang von Ehe und der Geburt von Kindern als zentrales Heiratsmotiv, vor allem in Westdeutschland, wird dadurch aufgelöst.

Zur Darstellung des Heiratsniveaus werden die zusammengefassten Erstheiratsziffern berechnet (s. methodische Erläuterung rechts). Sie zeigen den Trend der Entwicklung auf und ermöglichen Vergleiche zwischen verschiedenen Regionen. Für den Ausweis des eigentlichen Erstheiratsniveaus

Zusammengefasste Erstheiratsziffer der Frauen, 1960 bis 2014

Der Rückgang der Heiratsneigung vollzog sich in Westdeutschland vor allem bis zum Ende der 1970er Jahre, seitdem sind die Schwankungen gering. Die Heiratsneigung in der DDR war bis 1990 höher als im Früheren Bundesgebiet. Nach dem starken Rückgang zu Beginn der 1990er Jahre ist sie auf ein Niveau leicht unterhalb des westdeutschen wieder angestiegen.

Zusammengefasste Erstheiratsziffer je 100 Frauen



¹ ab 1990 ohne Berlin

² ab 1990 einschließlich Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2016

ist eine sehr aufwändige Berechnung von Heirats-tafeln erforderlich, bei denen die Erstheiraten tatsächlich nur auf die ledige Bevölkerung bezogen werden. Nach Berechnungen aus dem Jahr 2010 hätten rund 63 % der Männer und 69 % der Frauen wenigstens einmal im Leben geheiratet, wobei die Heiratswahrscheinlichkeit in Ostdeutschland mittlerweile unter der westdeutschen liegt.

Parallel zur Verringerung des Heiratsniveaus verschob sich das Alter der erstmalig Heiratenden nahezu kontinuierlich immer weiter nach oben.

Zusammengefasste Erstheiratsziffer

Sie ist eine komplexe Maßzahl der Heiratshäufigkeit. Für jedes Altersjahr zwischen 15 und 50 Jahren werden altersspezifische Eheschließungsziffern für ein Kalenderjahr errechnet, wobei die ledigen eheschließenden Frauen und Männer im jeweiligen Alter auf die gesamte Personenzahl (unabhängig vom Familienstand) im entsprechenden Alter bezogen werden. Diese Ziffern werden zur zusammengefassten Erstheiratsziffer addiert. Durch Vorziehen bzw. Nachholen von Eheschließungen ist es in Zeiten mit hoher Heiratsneigung möglich, dass die Werte über 100 liegen.

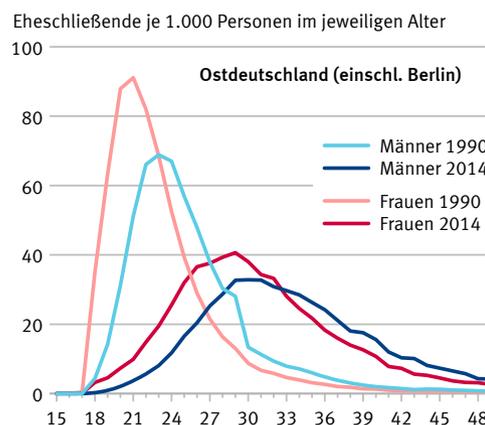
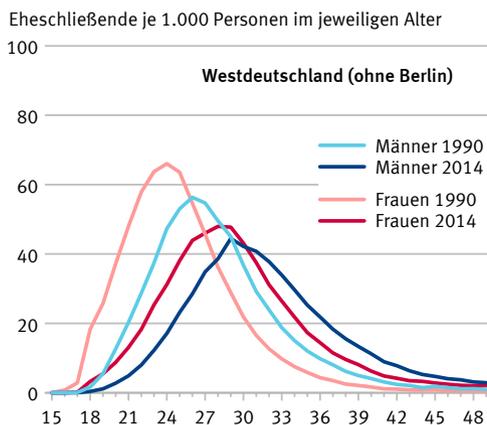
Methodische Erläuterung

Durchschnittsalter lediger Frauen und Männer bei der Erstheirat, 1960 bis 2014 (in Jahren)

| Jahr | Früheres Bundesgebiet/Westdeutschland ¹ | | DDR/Ostdeutschland ¹ | |
|------|--|--------|---------------------------------|--------|
| | Männer | Frauen | Männer | Frauen |
| 1960 | 25,9 | 23,7 | 23,9 | 22,6 |
| 1970 | 25,6 | 22,7 | 24,0 | 21,9 |
| 1980 | 26,1 | 23,3 | 23,4 | 21,8 |
| 1990 | 28,4 | 25,7 | 25,9 | 23,6 |
| 2000 | 30,0 | 27,4 | 29,9 | 27,4 |
| 2010 | 31,8 | 29,4 | 32,9 | 30,3 |
| 2014 | 32,2 | 29,9 | 33,6 | 31,1 |

¹ ab 1990 Westdeutschland ohne Berlin und Ostdeutschland einschl. Berlin
Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Erstheiratsziffer nach Alter und Geschlecht, 1990 und 2014



Die Heiratsgipfel bei den Ersteheschließungen haben sich altersmäßig sowohl in West- als auch in Ostdeutschland nach hinten verschoben. Im Osten vollzog sich dies in einem sehr viel höheren Tempo, die 1990 noch bestehenden deutlichen West-Ost-Unterschiede sind damit kaum noch vorhanden.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2016

Methodische Erläuterung

Durchschnittliches Erstheiratsalter

Für die Berechnung dieser Kennziffer gibt es verschiedene Möglichkeiten: die Berechnung auf Basis der absoluten Werte zum Alter der Eheschließenden oder die Berechnung auf Basis der altersspezifischen Erstheiratsziffern. Das BiB hat sich für die zweite Berechnungsmethode entschieden, weil dadurch eine altersspezifische Standardisierung erreicht wird, während im anderen Falle ältere Eheschließende über die höheren Besetzungszahlen dieser Jahrgänge mit höherem Gewicht in die Berechnung eingehen. Die vom BiB ausgewiesenen Werte für das durchschnittliche Erstheiratsalter liegen damit unter den Werten, die z. B. das Statistische Bundesamt nach der Berechnungsmethode über absolute Werte ausweist.

Vor allem in Ostdeutschland haben sich in den letzten rund 20 Jahren die Heiratsgipfel sehr stark in ein höheres Alter verlagert: bei Männern vom Alter 22-24 Jahre (1990) auf 29-31 Jahre (2014) und bei Frauen von 20-22 Jahre (1990) auf 28-30 Jahre (2014). Damit sind die noch 1990 bestehenden deutlichen West-Ost-Unterschiede im Erstheiratsalter aufgehoben worden, das Erstheiratsalter ostdeutscher Männer und Frauen liegt inzwischen sogar mehr als ein Jahr über dem westdeutschen Niveau.

Werden die Eheschließenden nach ihrem bisherigen Familienstand gegenübergestellt, so zeigt sich auch hier ein Rückgang des Anteils der Erstheiratenden. Ob das Jahr 2014 hier eine Trendänderung anzeigt, wird sich erst in den nächsten Jahren herausstellen.

Im Gegenzug dazu steigt bei dieser Betrachtungsweise der Anteil der erneut heiratenden geschiedenen Personen. Analysiert man jedoch diese Eheschließungen genauer, so wird auch hier ein tendenzieller Rückgang der zusammengefassten Wiederverheiratungsziffern sichtbar. Nach den Verhältnissen des Jahres 2014 würden weniger als die Hälfte aller geschiedenen Personen eine erneute Ehe eingehen. Geschlechtsspezifische Unterschiede haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verringert, wobei auch gegenwärtig noch die Wiederverheiratungsneigung geschiedener Frauen im jüngeren Alter und die der Männer im höheren Alter über der des jeweils anderen Geschlechts liegt.

Bei Verwitweten heiraten die Männer häufiger wieder als verwitwete Frauen, dieser Unterschied erhöht sich mit steigendem Alter. Die höchste Wahrscheinlichkeit einer erneuten Heirat besteht allerdings bei Verwitwung im jüngeren Alter.

Nur bei weniger als zwei Drittel der Heiraten sind gegenwärtig beide Ehepartner noch ledig, zu Beginn der 1960er Jahre traf dies noch auf über 80 % der Eheschließungen zu.

Eheschließende nach ihrem bisherigen Familienstand, Deutschland 1960 bis 2014 (Anteil in Prozent)

| Jahr | Von 100 eheschließenden | | | | | |
|------|-----------------------------|-----------|------------|--------|-----------|------------|
| | Männern | | | Frauen | | |
| | waren vor der Eheschließung | | | | | |
| | ledig | verwitwet | geschieden | ledig | verwitwet | geschieden |
| 1960 | 85,8 | 4,9 | 9,3 | 89,1 | 3,6 | 7,3 |
| 1970 | 83,9 | 4,6 | 11,5 | 85,9 | 3,0 | 11,0 |
| 1980 | 80,8 | 3,1 | 16,1 | 82,0 | 2,3 | 15,7 |
| 1990 | 77,8 | 2,3 | 19,9 | 78,1 | 1,5 | 20,4 |
| 2000 | 74,2 | 2,2 | 23,5 | 73,0 | 1,4 | 25,6 |
| 2010 | 73,9 | 1,7 | 24,4 | 74,3 | 1,1 | 24,7 |
| 2014 | 75,5 | 1,5 | 23,0 | 75,9 | 1,1 | 23,0 |

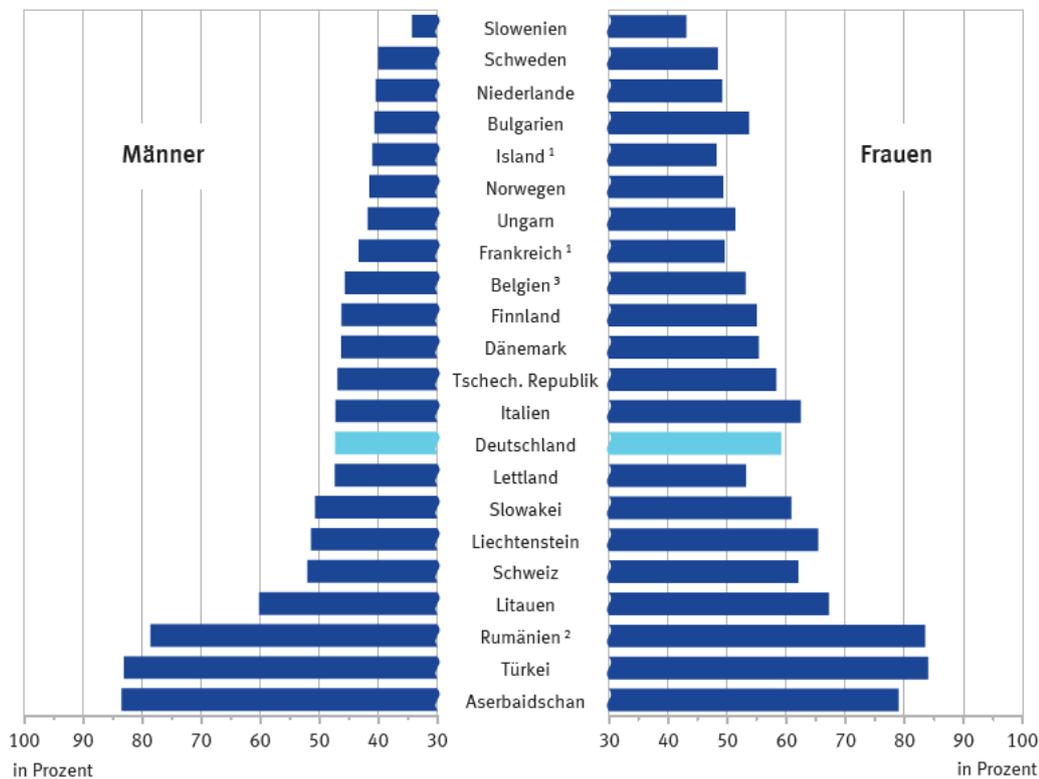
Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Im europäischen Rahmen befindet sich Deutschland mit seinen 4,8 Eheschließungen je 1.000 Einwohner im Jahr 2014 im Mittelfeld. Während im Kosovo, in Aserbaidschan, in Russland und Weißrussland diese Werte bei über neun lagen, bilden Luxemburg, Portugal, Italien, Slowenien, Bulgarien und Spanien mit weniger als 3,5 Eheschließungen je 1.000 Einwohner das andere Extrem.

Die Verschiebung der Eheschließungen in ein immer höheres Alter und ein tendenziell sinkendes Heiratsniveau führen dazu, dass in Deutschland wie in vielen anderen europäischen Ländern der Anteil

verheirateter Männer und Frauen im Alter von 35 Jahren relativ gering ist. Nur 47 % der Männer und 59 % der Frauen sind in diesem Alter in Deutschland verheiratet. Deutlich höhere Werte weisen vor allem Aserbaidschan, die Türkei, Rumänien und Litauen auf, in denen in diesem Alter über 60 % der Männer und über 65 % der Frauen in einer Ehe leben. Sehr niedrig hingegen fällt der Verheiratsgrad bei 35-jährigen Niederländern und Schweden aus, von denen nur rund 40 % der Männer und unter 50 % der Frauen verheiratet sind. Die niedrigsten Werte zeigen sich hingegen in Slowenien mit 34 % bei den Männern und 43 % bei den Frauen.

Verheiratete Männer und Frauen im Alter 35, europäische Länder am 01.01.2014 (Anteil in Prozent)



Im Alter von 35 Jahren sind in vielen europäischen Ländern die meisten Männer noch unverheiratet. Der Verheiratsgrad der Frauen liegt in diesem Alter im Durchschnitt um acht Prozentpunkte höher als der gleichaltriger Männer.

¹ Daten für 2013; ² Daten für 2012; ³ Daten für 2011



10. Ehescheidungen

Im Jahr 2014 wurden in Deutschland 166.200 Ehen geschieden, damit liegt das Verhältnis zwischen geschlossenen und geschiedenen Ehen auch 2014 bei etwa zwei zu eins. Diese Größenordnung hat sich etwa seit dem Jahr 2000 etabliert. Bis dahin hatte sich dieses Verhältnis seit 1960 nahezu kontinuierlich verringert – ausgehend von einem Niveau von mehr als neun zu eins.

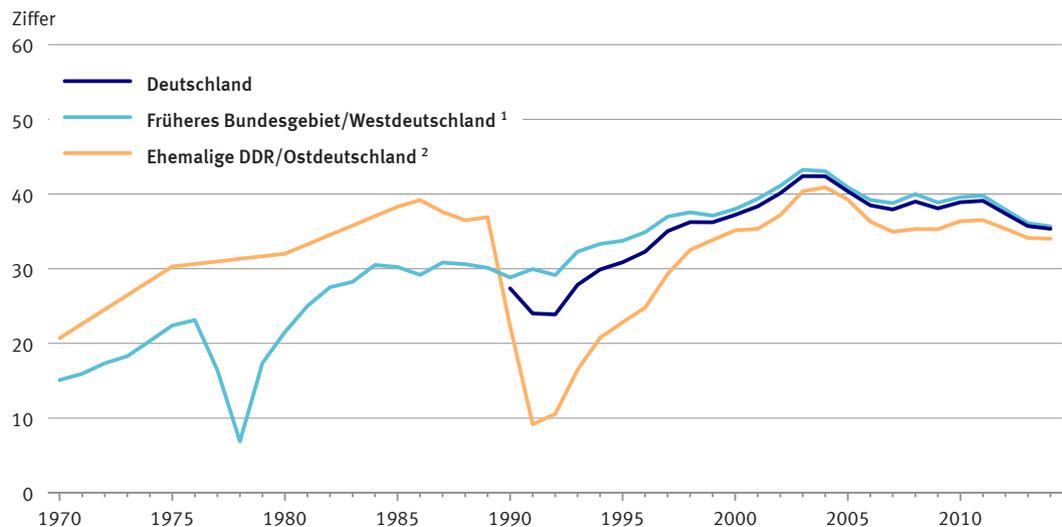
Zusammengefasste Ehescheidungsnummer

Sie wird als Summe der einzelnen ehedauer-spezifischen Scheidungsziffern gebildet, im internationalen Vergleich sind dafür 25 Heiratsjahrgänge üblich. Dafür werden die im jeweiligen Jahr geschiedenen Ehen auf die Gesamtzahl der Ehen des Heiratsjahrgangs bezogen, dem sie angehören. Die zusammengefasste Scheidungsziffer gibt damit an, wie viele Ehen geschieden würden, wenn die Scheidungshäufigkeit des jeweiligen Kalenderjahres über einen Zeitraum von 25 Jahren konstant bleiben würde. Wäre dies der Fall, dann würde der ermittelte Anteil an Ehen auch in jüngeren Eheschließungsjahren tatsächlich geschieden werden.

Die Entwicklung der Scheidungen ist immer vor dem Hintergrund der Eheschließungen zu betrachten. Die Verbreitung nichtehelicher Lebensformen führte zu einer tendenziell sinkenden Heiratsneigung und damit zu einer Verringerung der Scheidungszahlen.

Zusammengefasste Ehescheidungsnummer, 1970 bis 2014

Der bis etwa 2005 anhaltende Trend steigender Scheidungsneigung (mit Ausnahmen im Zusammenhang mit den rechtlichen Veränderungen und dem Nachwenderückgang in Ostdeutschland) hat sich nicht fortgesetzt. Die Scheidungsneigung hat sich tendenziell wieder verringert.



¹ ab 1990 ohne Berlin

² ab 1990 einschließlich Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2016

Aufgrund der unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen für Scheidungen wurde auf einen Ausweis der zusammengefassten Scheidungsziffer für Deutschland vor 1990 verzichtet. Der tiefe Einschnitt bei den Ehescheidungen Ende der 1970er Jahre hängt mit der Einführung des neuen Scheidungsrechts im Früheren Bundesgebiet zusammen, was aufgrund verfahrensrechtlicher Änderungen zu Verzögerungen führte. In Ostdeutschland ergaben sich analoge Effekte durch die Einführung des Trennungsjahres und Umstellungen in der Arbeit der Familiengerichte Anfang der 1990er Jahre.

Es muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass nur rund ein Drittel aller Ehen mit einer Scheidung enden, zu zwei Dritteln werden die Ehen durch den Tod eines Partners aufgelöst.

Ähnlich wie sich das Heiratsniveau mit der zusammengefassten Erstheiratsziffer verdeutlichen lässt, gibt es für das Scheidungsniveau die zusammengefasste Scheidungsziffer, die den Trend erkennbar und regionale Vergleiche möglich macht. Im Jahr 2014 erreichte die zusammengefasste Ehescheidungsnummer in Deutschland einen Wert von 35 %, das heißt, unter den Scheidungsverhältnissen dieses Jahres würde mehr als ein Drittel der Ehen geschieden werden.

Das Scheidungsniveau lag in der ehemaligen DDR deutlich höher als im früheren Bundesgebiet. Nach dem Rückgang zu Beginn der 1990er Jahre stieg das Scheidungsniveau in Ostdeutschland relativ schnell wieder an, bleibt aber bis zur Gegenwart

Ehedauerspezifische Scheidungsziffer

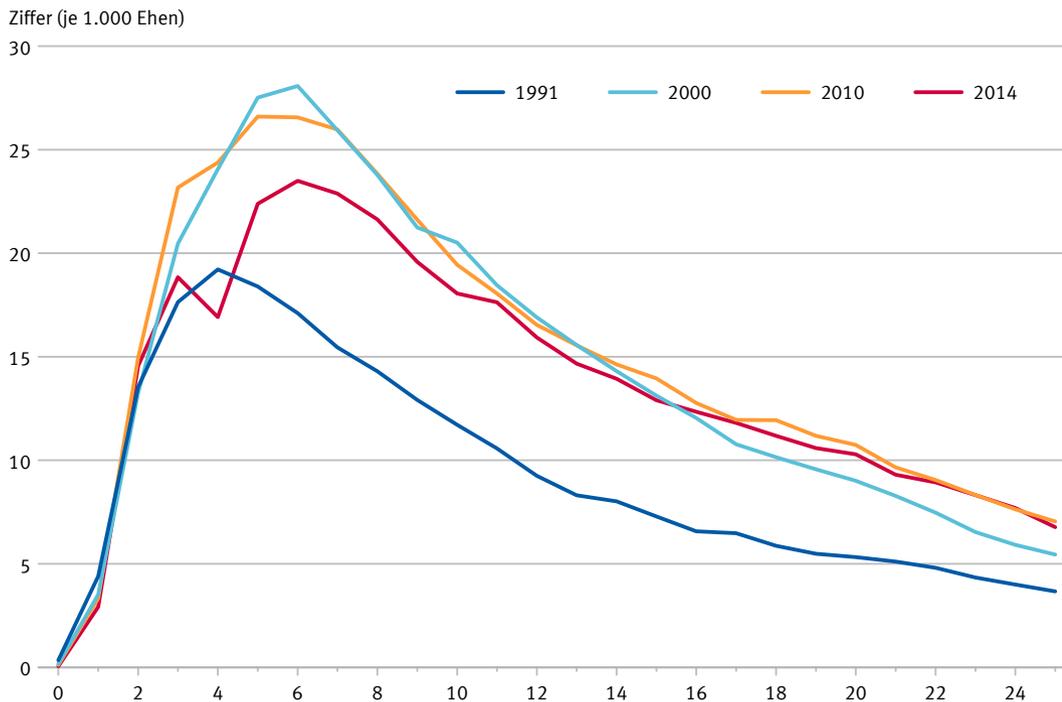
Sie wird zur Beurteilung des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer herangezogen und gibt die Anzahl der im Berichtsjahr geschiedenen Ehen eines Heiratsjahrgangs je 1.000 geschlossene Ehen desselben Jahrgangs an.

Methodische Erläuterung

unter dem westdeutschen Level. Ein Grund dafür könnte die stärkere Verbreitung nichtehelicher Lebensformen in den ostdeutschen Bundesländern sein. Dadurch ist eine Auflösung von Partnerschaften auch ohne offizielle Scheidung möglich.

In den ersten Jahren nach der Heirat unterliegen die Ehen einem besonders hohen Scheidungsrisiko. Allerdings hat sich dieses Risiko in den letzten Jahrzehnten tendenziell verringert, während Ehescheidungen bei höherer Ehedauer häufiger geworden sind. Eine Möglichkeit, diesen Trend aufzuzeigen, ist es, für unterschiedliche Heiratsjahrgänge

Ehedauerspezifische Scheidungsziffern, Deutschland 1991, 2000, 2010 und 2014



Das Scheidungsrisiko ist gegenwärtig am höchsten bei einer Ehedauer von fünf bis sechs Jahren und hat sich in den jüngeren Ehen eher etwas verringert. Ein leichter Anstieg des Scheidungsrisikos lässt sich für die länger bestehenden Ehen erkennen.

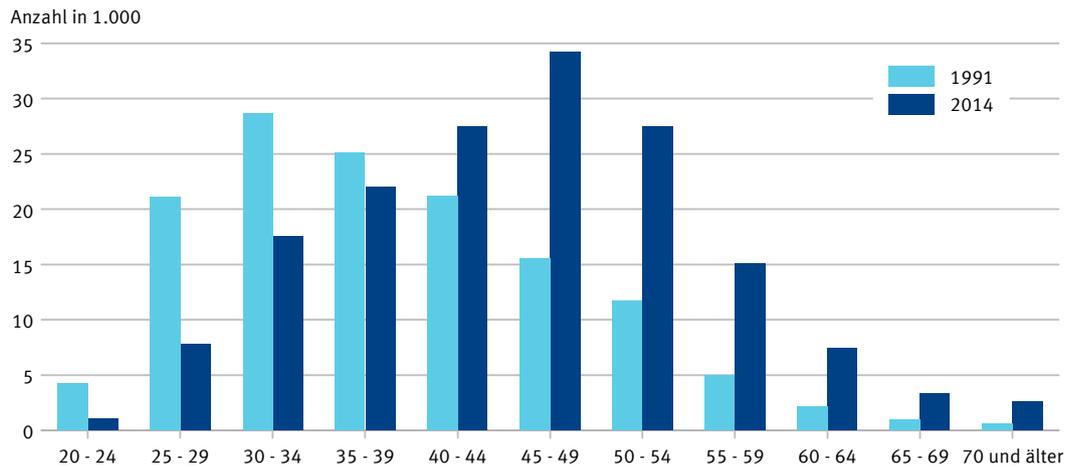
die geschiedenen Ehen nach der Ehedauer zu vergleichen.

Betrachtet man die Veränderung in der Altersstruktur der Geschiedenen in den letzten 20 Jahren, so zeichnet sich eine deutliche Erhöhung des Anteils geschiedener Personen im mittleren Altersbereich ab. Die Abbildungen verdeutlichen dies für

die Männer, für die Frauen zeigen sich die analogen Trends. Bei dieser Darstellung erhält man den Eindruck, dass das Scheidungsrisiko am höchsten im Altersbereich zwischen 45 und 50 ausfällt. Für die Bewertung dieser Zahlen sind allerdings die folgenden Trends zu berücksichtigen: (1) die Verschiebung der Heiraten in ein höheres Alter, (2) der

Im jeweiligen Kalenderjahr geschiedene Männer nach Altersgruppen, Deutschland 1991 und 2014

Der Anteil jüngerer bei den geschiedenen Männern geht zurück, die höchsten Scheidungsanteile verschieben sich in höhere Altersgruppen.

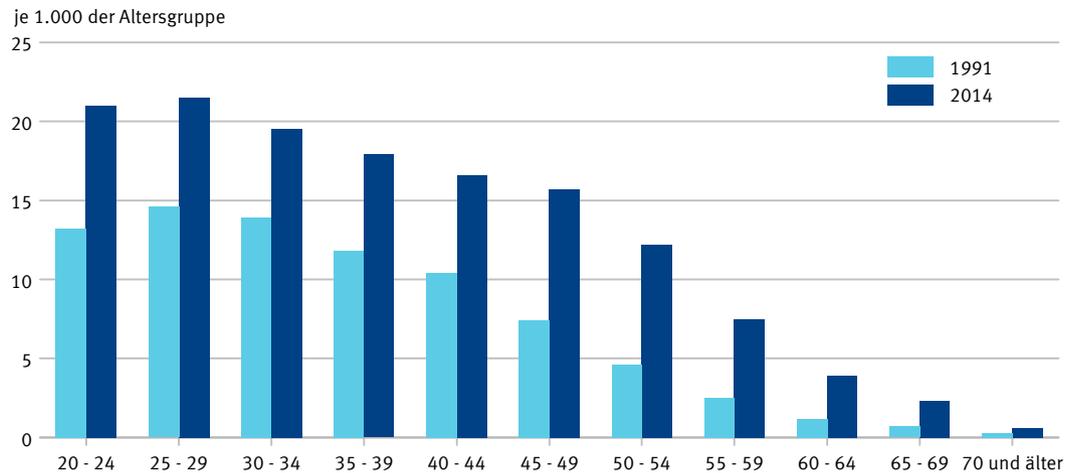


Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2016

Im jeweiligen Kalenderjahr geschiedene Männer je 1.000 Verheiratete der jeweiligen Altersgruppe, Deutschland 1991 und 2014

Mit steigendem Alter sinkt bei den Männern die Rate der Geschiedenen bezogen auf die Verheirateten der jeweiligen Altersgruppen. Sie stieg allerdings zwischen 1991 und 2014 im höheren Alter schneller an.



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnung: BiB

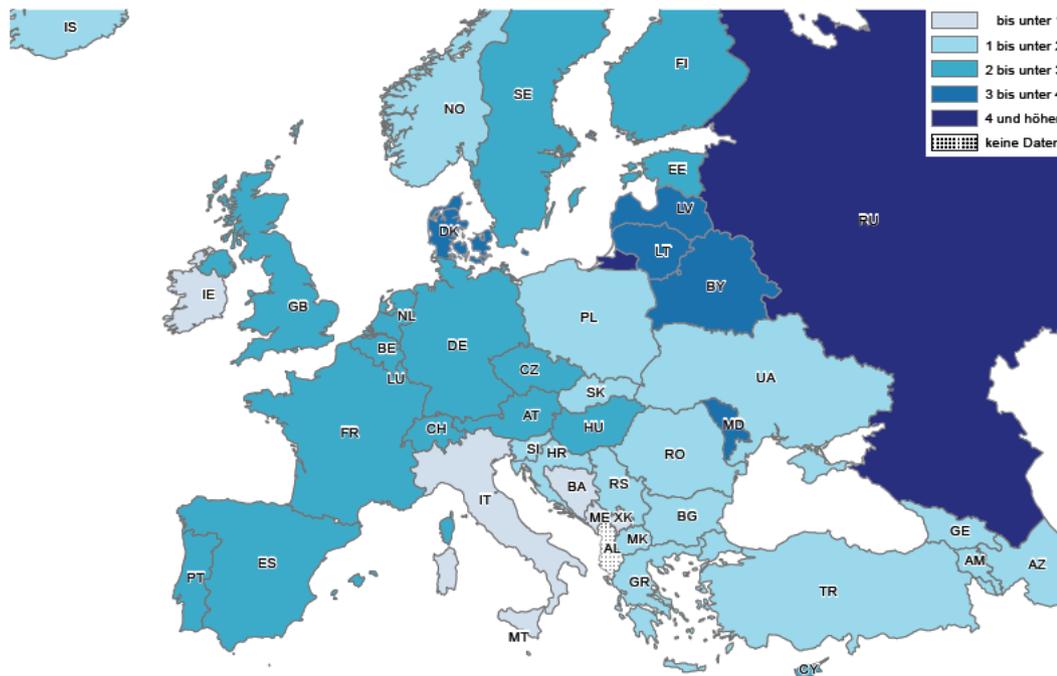
© BiB 2016

wachsende Anteil nichtehelicher Lebensformen und damit (3) der sinkende Anteil von Ehen in den jüngeren Altersgruppen, weshalb das Scheidungsrisiko in den höheren Altersgruppen bei dieser Betrachtungsweise überschätzt wird.

Werden deshalb nur die „Risikogruppen“ zugrunde gelegt, die von einer Scheidung betroffen sein können – nämlich die Verheirateten in den jeweiligen Altersgruppen – wandelt sich das Bild (s. Abbildung linke Seite unten). Dann zeigt sich, dass das Scheidungsrisiko nach wie vor im jüngsten Altersbereich am höchsten liegt und mit steigendem Alter abnimmt, allerdings ist hier die prozentuale Zunahme am höchsten bei den Männern zwischen 55 und 64 Jahren.

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland mit einer Scheidungsziffer von 2,1 Scheidungen je 1.000 der Bevölkerung auf einem mittleren Niveau – nur knapp über den Werten der Schweiz, von Großbritannien, Österreich, Ungarn und Frankreich. Ein deutlich niedrigeres Scheidungsniveau weisen neben den stark religiös geprägten Staaten Irland, Italien und Griechenland vor allem die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien auf dem Balkan auf. Ein besonders hohes Scheidungsniveau hingegen verzeichnen solche Länder wie Russland und Weißrussland sowie die baltischen Staaten Lettland und Litauen. Aber auch in Dänemark fiel das Scheidungsniveau in den letzten beiden Jahren relativ hoch aus.

Scheidungsziffer (Scheidungen je 1.000 der Bevölkerung), europäische und angrenzende Länder 2014



Innerhalb der europäischen Länder liegt Deutschland mit einer Scheidungsziffer von 2,1 Scheidungen je 1.000 Personen im Mittelfeld.

Datenquelle: Eurostat, Berechnungen: BiB
(Abkürzung der Ländernamen siehe letzte Seite der Broschüre)

© BiB 2016

Weitere Informationen zum Thema:
www.bib-demografie.de/eheloesungen



11. Haushalte

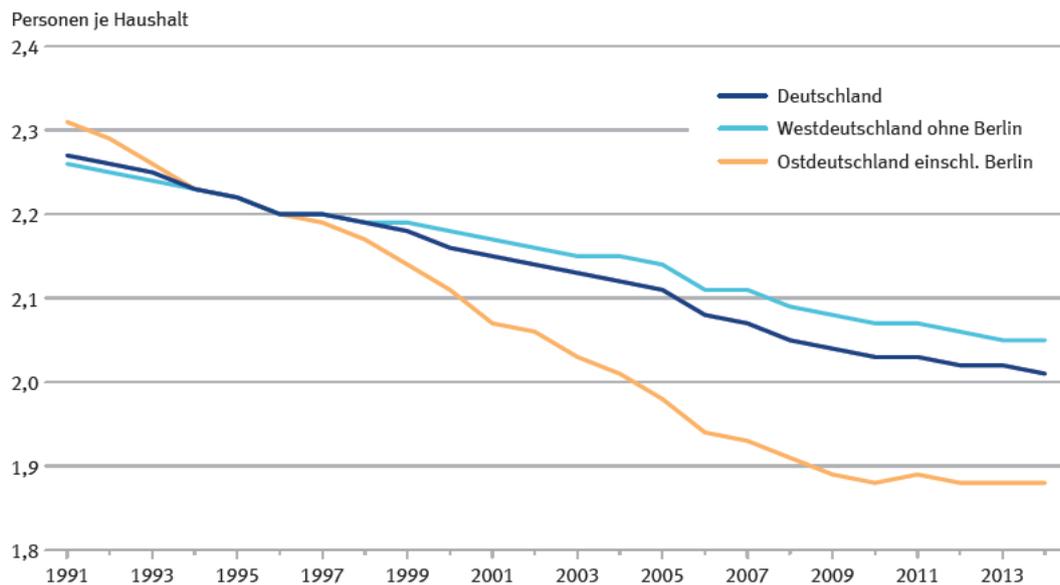
Im Jahr 2014 gab es in Deutschland 40,2 Millionen Privathaushalte, das waren 5 Millionen oder 14 % mehr als noch 1991, obwohl die Bevölkerungszahl in diesem Zeitraum nur um rund 1 % anstieg. Dies drückt den Trend zur Verkleinerung der Haushalte aus, der in engem Zusammenhang mit den niedrigen Kinderzahlen, dem steigenden Anteil von Singles und dem Aufschub der Familienbildung in höhere Altersbereiche steht. Aber auch die Durchsetzung neuer Lebensformen wie das „Living Apart Together“ oder auch „bilokale Paarbeziehungen“ – beide Begriffe beschreiben Partnerschaften mit getrennten Haushalten – ist mit der Bildung kleinerer Haushalte verbunden und erhöht die Gesamtzahl der Haushalte.

Während um 1900 noch fast 45 % aller Haushalte von fünf und mehr Personen bewohnt wurden, waren es 50 Jahre später nur noch 16 % und heute ist es mit 3,4 % nicht einmal mehr jeder 30. Haushalt. Dieser Trend scheint sich weiter fortzusetzen. Entgegengesetzt dazu verläuft die nahezu kontinuierliche Zunahme der kleinen Haushalte mit ein oder zwei Personen.

Wie bei vielen anderen demografischen Sachverhalten gibt es auch bei der durchschnittlichen Haushaltsgröße bemerkenswerte Entwicklungsunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. So lag sie 1991 in Ostdeutschland mit 2,31 Personen pro Haushalt noch über dem westdeutschen Niveau von 2,26, seitdem ist sie mit sehr viel höherer Dynamik (um 18,8 % gegenüber 9,3 % im Westen) abgesunken. Grundlage dafür ist eine Entwicklung, die in Westdeutschland bereits in den 1980er Jahren einsetzte: der Anstieg der Ein- und Zweipersonenhaushalte (z. B. durch früheren Auszug aus dem Elternhaus) und der gleichzeitige Rückgang von Haushalten mit drei und mehr Personen (vor allem durch den Geburtenrückgang). In Ostdeutschland konzentriert sich dies auf einen sehr kurzen Zeitraum.

Entwicklung der durchschnittlichen Haushaltsgröße, 1991 bis 2014

Der Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße erfolgte in Ostdeutschland von einem höheren Ausgangsniveau und mit erheblich schnellerem Tempo.



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

© BiB 2016

Zahl der Haushalte und Haushaltsgröße, Deutschland 1991 bis 2014

| Jahr | Einpersonenhaushalte | Mehrpersonenhaushalte | Anteil Einpersonenhaushalte | Personen je Haushalt |
|------|----------------------|-----------------------|-----------------------------|----------------------|
| | Anzahl in Millionen | | in % | Anzahl |
| 1991 | 11,9 | 23,4 | 33,6 | 2,27 |
| 2000 | 13,8 | 24,4 | 36,1 | 2,16 |
| 2010 | 16,2 | 24,1 | 40,2 | 2,03 |
| 2014 | 16,4 | 23,8 | 40,8 | 2,01 |

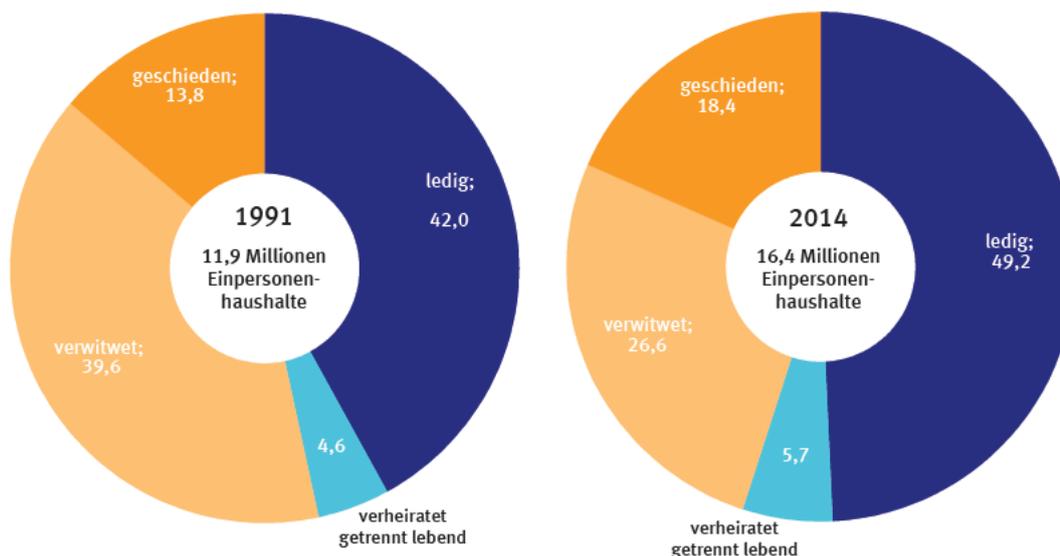
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Neben dem Rückgang größerer Haushalte wird die Entwicklung der Haushaltsstrukturen vor allem geprägt durch die steigende Zahl von Einpersonenhaushalten, für die sich neben der Anzahl vor allem die Struktur verändert hat. War beispielsweise Ende der 1970er Jahre im Früheren Bundesgebiet der Einpersonenhaushalt eine typische Wohnform älterer Witwen – über 40 % wurden von Frauen im Alter ab 65 Jahre bewohnt –, so lag dieser Anteil 2014 nur noch bei rund 25 %. Im Gegenzug dazu sind Einpersonenhaushalte immer mehr zu einer Lebensform jüngerer Menschen – vor allem jüngerer Männer – geworden.

Die Verschiebungen in der Struktur der in Einpersonenhaushalten Wohnenden gehen also einher mit Veränderungen des Familienstands der Alleinlebenden. 1991 waren fast 40 % von ihnen verwitwet – in der Regel Frauen höheren Alters – und 42 % ledig. Gegenwärtig sind noch 27 % der Einpersonenhaushalte von verwitweten Personen bewohnt, aber bereits fast die Hälfte von ledigen – und bei diesen handelt es sich überwiegend um jüngere Leute.

Auch die Alters- und Geschlechtsstruktur der in Einpersonenhaushalten Lebenden hat sich in den letzten 20 Jahren deutlich verändert. 1991 wurden noch 63 % dieser Singlehaushalte von Frauen be-

Einpersonenhaushalte nach Familienstand, Deutschland 1991 und 2014 (Anteile in Prozent)



Zwischen 1991 und 2014 stieg die Zahl der Einpersonenhaushalte um 4,5 Millionen an. Dabei verschob sich der Familienstand der in diesen Haushalten Lebenden von verwitweten vor allem hin zu ledigen Personen.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2016

wohnt, darunter ein Drittel von Frauen ab 70 Jahre. Im Jahr 2014 werden bereits 47 % der Einpersonenhaushalte von Männern bewohnt und zwar zu einem erheblichen Anteil im mittleren Alter.

Bezieht man die in Singlehaushalten Wohnenden auf die Bevölkerung des jeweiligen Alters und Geschlechts, so zeigen sich in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen nur geringe geschlechtsspezifische Unterschiede. Schon in der nächsthöheren

Altersgruppe aber führt das geringere Alter der Frauen bei der Paarfindung und Familiengründung dazu, dass ab dem Alter von 25 Jahren die Anteile der in Einpersonenhaushalten Wohnenden stark nach dem Geschlecht differieren. So leben bei den 25- bis 29-Jährigen 34,3 % der Männer und 24,9 % der Frauen in einem Einpersonenhaushalt, bei den 30- bis 34-Jährigen beträgt der Unterschied sogar 31,2 gegenüber 17,5 %.

Einpersonenhaushalte nach Geschlecht und Altersgruppen¹ Deutschland 1991 und 2014

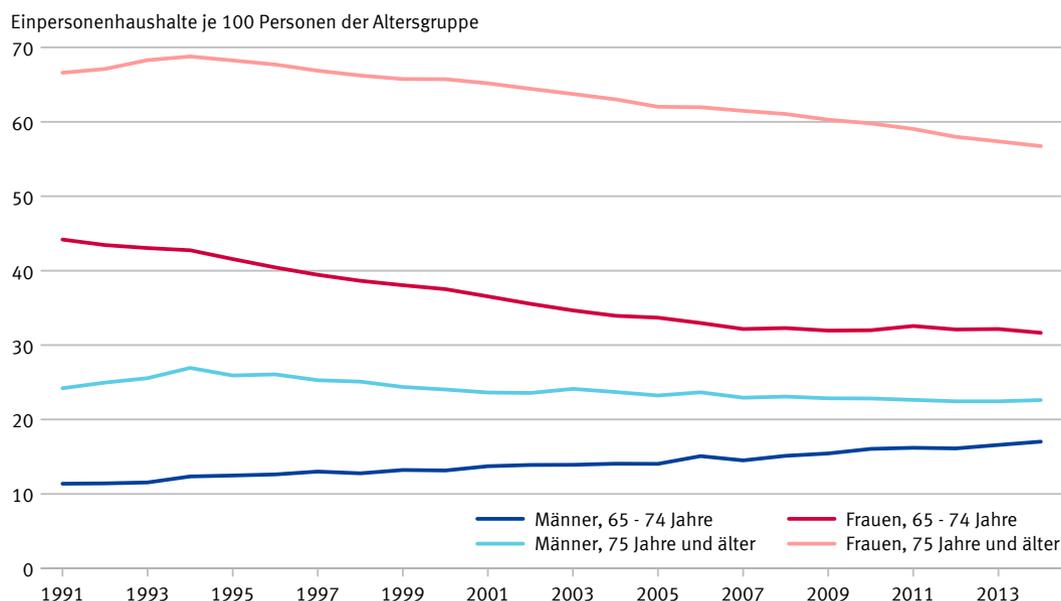
| Altersgruppe | 1991 | | 2014 | |
|--------------|--------|--------|--------|--------|
| | Männer | Frauen | Männer | Frauen |
| unter 30 | 11,5 | 9,4 | 9,4 | 7,7 |
| 30 - 39 | 7,8 | 4,1 | 8,7 | 4,6 |
| 40 - 49 | 5,2 | 3,4 | 8,9 | 4,6 |
| 50 - 59 | 5,0 | 6,2 | 8,2 | 6,9 |
| 60 - 69 | 3,1 | 12,8 | 5,0 | 7,4 |
| 70 und älter | 4,3 | 27,2 | 6,8 | 22,0 |

¹ Anteile an Einpersonenhaushalten insgesamt in Prozent

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Berechnungen: BiB

Einpersonenhaushalte von Personen ab 65 Jahre, Deutschland 1991 bis 2014

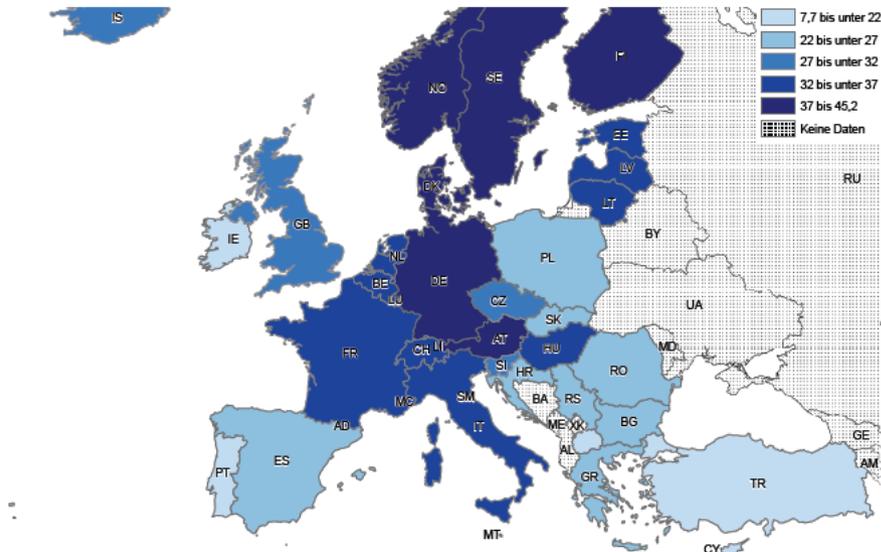
Der Anteil der in Einpersonenhaushalten lebenden älteren Menschen geht zurück, lediglich für die Männer im Alter von 65 bis 74 Jahren ist ein Anstieg zu erkennen, allerdings von einem sehr niedrigen Niveau aus.



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus; Berechnungen: BiB

© BiB 2016

Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten, europäische Länder 2014 (in Prozent)



Deutschland gehört innerhalb Europas zu den Ländern mit dem höchsten Anteil an Einpersonenhaushalten.

Datenquelle: Eurostat, Berechnungen: BiB
(Abkürzung der Ländernamen siehe letzte Seite der Broschüre)

© BiB 2016

Bei den älteren Menschen verliert im Gegensatz dazu das Leben im Einpersonenhaushalt an Bedeutung, lediglich bei den 65- bis 74-jährigen Männern ist ein leichter Anstieg zu erkennen. Dieser ist dadurch zu erklären, dass zu Beginn der 1990er Jahre die Männer in dieser Altersgruppe durch die starken Verluste des Zweiten Weltkriegs dezimiert waren und ihr Verheiraturgrad hoch ausfiel. Bei den Frauen hingegen war der Anteil der Witwen und Nichtverheirateten höher als in den späteren Jahren. Heute sind Frauen dieses Alters deutlich häufiger verheiratet oder leben in einer Partnerschaft, als dies noch Anfang der 1990er Jahre der Fall war, womit sie erheblich seltener in Einpersonenhaushalten wohnen als früher.

Innerhalb Europas zeichnen sich deutliche Unterschiede bei der Verbreitung von Einpersonenhaushalten ab. Mit einem Anteil von rund 40 % Einpersonenhaushalten an allen Haushalten belegt Deutschland dabei einen Spitzenplatz. Lediglich in Dänemark (45 %) sowie in Norwegen und Finnland (jeweils 41 %) ist dieser Haushaltstyp noch häufiger anzutreffen. Während im Norden Europas Einpersonenhaushalte insgesamt weit verbreitet sind, überwiegen im Osten und Süden des Kontinents

weiterhin Mehrpersonenhaushalte. In Zypern, Portugal und Irland werden nur 21 % der Haushalte von einer Person bewohnt, ähnlich niedrig sind die Werte für Rumänien und Serbien mit jeweils 22 %.

Regional unterschiedlich ist auch die Altersstruktur der Haushalte: Während im südlichen Teil des Kontinents vorwiegend alte Menschen alleine leben, sind Einpersonenhaushalte im Norden Europas eher ein Phänomen jüngerer Altersgruppen.

Die Gründe für die unterschiedliche Verteilung der Einpersonenhaushalte in Europa sind vielschichtig, wobei ökonomische Ursachen sicherlich eine wichtige Rolle spielen. In den südeuropäischen Ländern bleiben viele junge Menschen relativ lange im Haushalt ihrer Eltern wohnen, während ihre Altersgenossen in Nord- und Westeuropa früher von Zuhause ausziehen. Außerdem gibt es immer mehr Menschen, auch Ältere, die sich trotz Partnerschaft bewusst für getrennte Haushalte entscheiden. Im höheren Lebensalter hat zudem die unterschiedliche Sterblichkeit zwischen den Geschlechtern einen bedeutenden Einfluss.

Weitere Informationen zum Thema:

www.bib-demografie.de/haushaltsstrukturen



12. Lebensformen

In den letzten Jahrzehnten hat sich ein enormer Wandel im Hinblick auf die Lebensformen vollzogen, die Vormachtstellung der traditionellen Familienform „Ehepaar mit Kindern“ hat sich aufgelöst, Lebensformen ohne den institutionellen Charakter der Ehe haben hingegen an Bedeutung gewonnen.

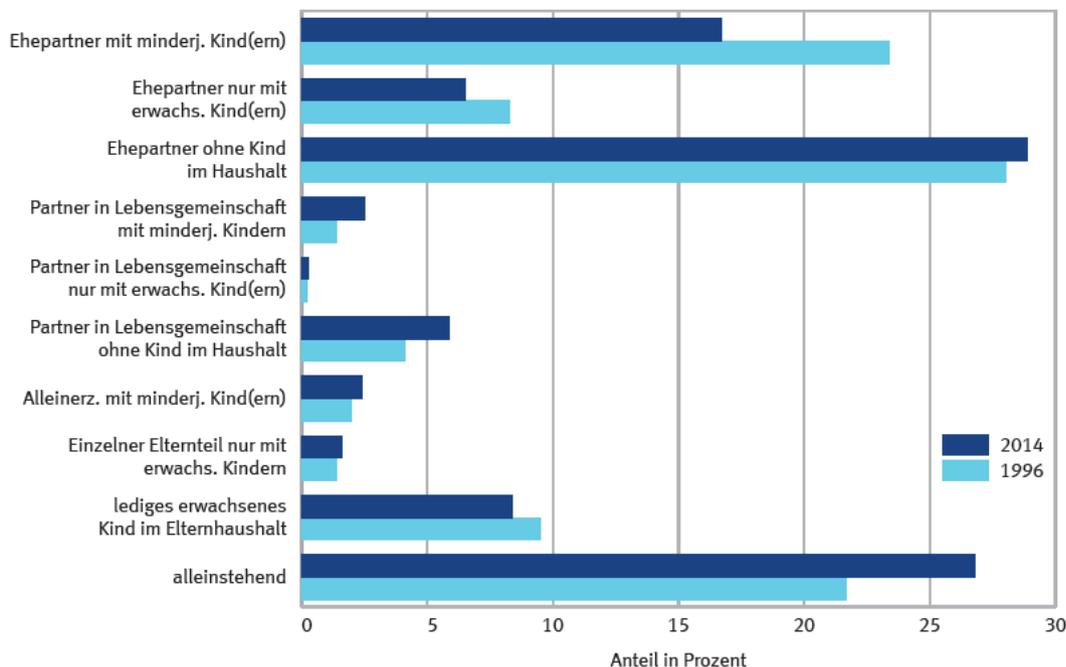
Lebensformen

Lebensformen basieren auf den sozialen Beziehungen zwischen den Menschen und werden unter den Gesichtspunkten der Partnerschaften und der Elternschaft voneinander unterschieden. Der Mikrozensus, auf dem die hier verwendeten Daten beruhen, erfragt nur Lebensformen innerhalb eines Haushalts, haushaltsübergreifende Lebensformen wie das „Living Apart Together“ können deshalb nicht ausgewiesen werden. Alle Lebensformen mit ledigen Kindern im Haushalt werden – unabhängig vom Alter der Kinder – zu den familialen Lebensformen (Familien) gezählt, alle Lebensformen ohne Kinder zum Nichtfamiliensektor.

Betrachtet man heute die erwachsene Bevölkerung nach ihrer Lebensform, so wohnen 29 % von ihnen als Ehepaar ohne Kind zusammen, die zweitgrößte Gruppe stellen die Alleinstehenden mit 27 % und erst an dritter Stelle kommen mit 23 % die Ehepaare mit Kindern (minderjährige oder erwachsene Kinder) im Haushalt. Dies ist das Ergebnis des seit Jahrzehnten niedrigen Geburtenniveaus, der stei-

Lebensformen der erwachsenen Bevölkerung (ab 18 Jahre), Deutschland 1996 und 2014 (in Prozent)

Die traditionelle Lebensform als Ehepartner mit minderjährigen Kind(ern) im Haushalt ist diejenige, die am deutlichsten gegenüber 1996 zurückging. Am stärksten zugenommen hat der Anteil der alleinstehenden Personen.



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

© BIB 2016

genden Lebenserwartung und des geringeren Verheiraturungsgrades jüngerer Menschen. Noch 1996 bildeten Ehepaare mit Kindern die am weitesten verbreitete Lebensform erwachsener Personen.

Lebensgemeinschaften sind die Lebensform mit der stärksten Dynamik in der Entwicklung zwischen 1996 und 2014. Zu 97 % sind dies nichteheliche Lebensgemeinschaften, in denen Mann und Frau zusammenleben, die übrigen 3 % werden durch gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften besetzt. Beide Formen können mit oder ohne Kinder gelebt werden, wobei die Lebensgemeinschaften mit Kindern am stärksten zugenommen haben.

Trotz der umfangreichen Veränderungen, die sich bei den Lebensformen vollzogen haben, leben

knapp drei Viertel aller minderjährigen Kinder bei ihren verheirateten Eltern, allerdings sind dies fast 11 Prozentpunkte weniger als noch im Jahr 1996. Wie die Tabelle zeigt, steigt der Anteil von Kindern sowohl bei Alleinerziehenden als auch in Lebensgemeinschaften – dort allerdings schneller.

Auch hier gibt es nach wie vor erhebliche West-Ost-Unterschiede, die sich seit 1996 sogar weiter verstärkt haben. Während in Westdeutschland noch drei von vier minderjährigen Kindern bei ihren verheirateten Eltern leben, ist es in Ostdeutschland nur etwa jedes zweite. Dies korrespondiert mit dem hohen Anteil nichtehelich geborener Kinder, der im Osten 2014 bei 58 % lag. Allerdings findet häufig später noch eine Eheschließung der Eltern statt.

Minderjährige Kinder nach Familienform, Deutschland 1996 bis 2014 (Anteile in Prozent)

| Jahr | Ehepaare | Lebensgemeinschaften | Alleinerziehende |
|------|----------|----------------------|------------------|
| 1996 | 83,9 | 4,2 | 11,9 |
| 2000 | 81,4 | 5,1 | 13,5 |
| 2005 | 78,1 | 6,7 | 15,3 |
| 2010 | 75,7 | 7,4 | 16,8 |
| 2014 | 73,1 | 9,1 | 17,8 |

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Bei der Veränderung nichtehelicher Lebensgemeinschaften sind vor allem zwei Prozesse zu registrieren – zum einen die Veränderungen bezüglich Alter und Geschlecht und zum anderen die Verschiebung der Proportionen zwischen den Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder.

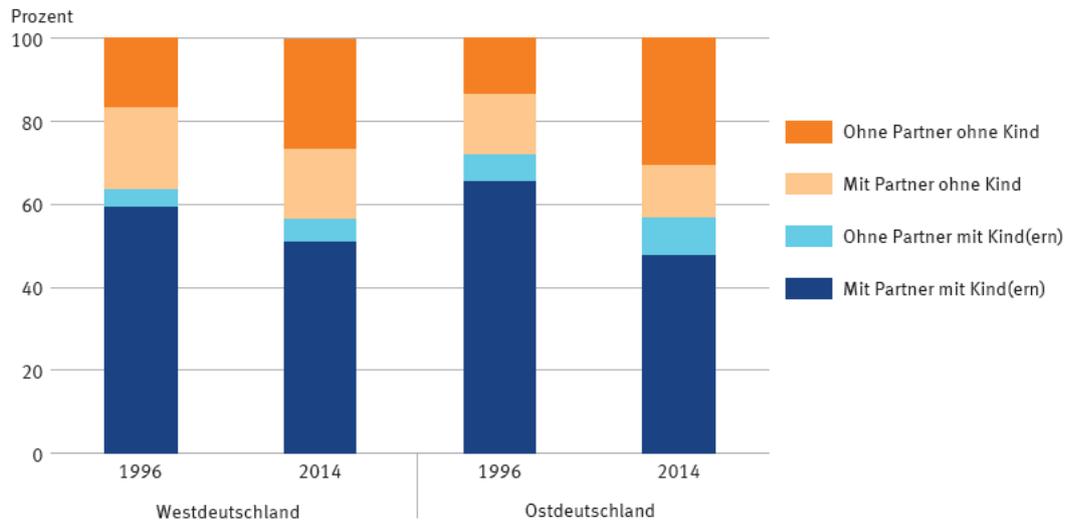
Nichteheliche Lebensformen sind vor allem unter jüngeren Menschen stark verbreitet – von den rund 5,8 Millionen Menschen, die 2014 in nichtehelichen Lebensgemeinschaften lebten, waren mehr als ein Drittel im Alter zwischen 25 und 34 Jahren. Dabei gibt es zwischen West- und Ostdeutschland nur geringe Unterschiede. Die Differenzen entstehen dann, wenn diese Lebensform nach dem Zusammenleben mit Kindern verglichen wird. Hier leben 83 % der westdeutschen 25- bis 29-Jährigen und 69 % der 30- bis 34-Jährigen ohne minderjährige Kinder im Haushalt. In Ostdeutschland sind dies

in den gleichen Altersgruppen nur 62 % bzw. 40 %, das heißt, in der Mehrzahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften von 30- bis 34-Jährigen in Ostdeutschland leben auch minderjährige Kinder.

Die Lebensformen der Bevölkerung im Hinblick auf Partner- und Elternschaft weisen also immer noch nennenswerte Differenzen zwischen west- und ostdeutschen Bundesländern auf, wobei die Dynamik der Veränderungen in Ostdeutschland deutlich höher lag und die Unterschiede sich verringern. Herausgegriffen wird hier die Altersgruppe von 30 bis 44 Jahren, weil dort davon auszugehen ist, dass die Mehrzahl der Kinder bereits geboren wurde und den Haushalt noch nicht wieder verlassen hat. Der Anteil der in Partnerschaften Lebenden mit Kindern in Westdeutschland (ohne Berlin) verringerte sich von 60 % im Jahr 1996 auf 51 % im

Lebensformen¹ von 30- bis 44-Jährigen, 1996 und 2014

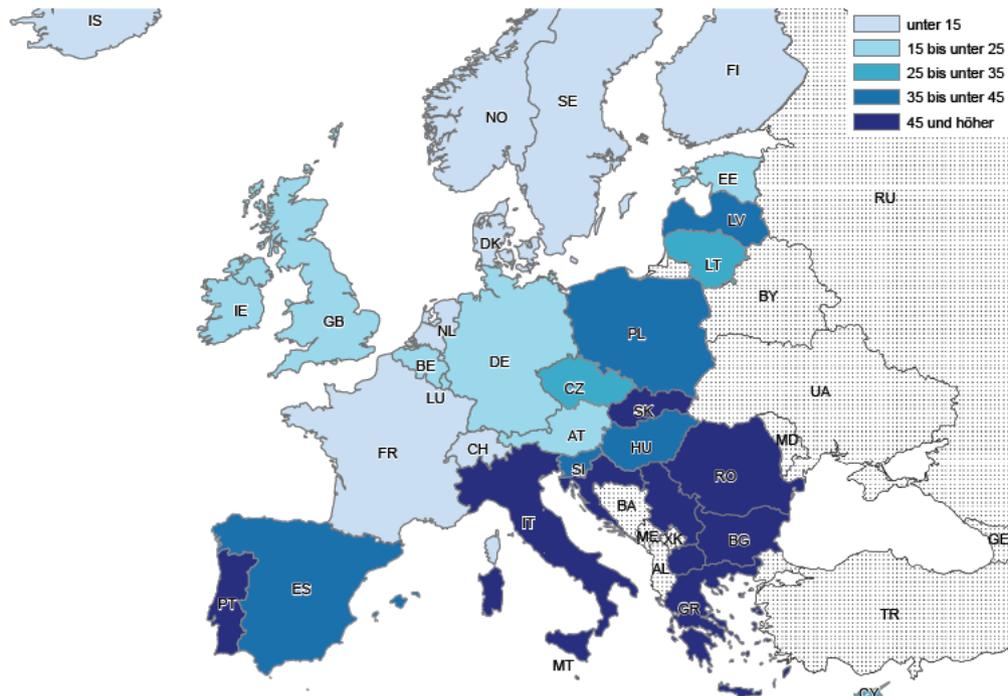
Bei den 30- bis 44-Jährigen sind es vor allem Alleinstehende ohne Kind und Partner im Haushalt, deren Anteil sich am deutlichsten erhöht hat. In Westdeutschland sank im Gegenzug der Anteil der Paare mit und ohne Kinder in ähnlichem Umfang. Im Osten verringerte sich vor allem der Anteil von Partnerschaften mit Kindern.



¹ Partnerschaft ja/nein, im Haushalt lebende Kinder ja/nein
 Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus; Berechnungen: BiB

Personen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren, die noch bei ihren Eltern wohnen, europäische Länder 2014 (Anteil in Prozent)

Das „Hotel Mama“ ist vor allem in Ost- und Südeuropa noch stark verbreitet, während in Skandinavien nur ein geringer Teil dieser Altersgruppe noch im elterlichen Haushalt lebt. Deutschland liegt hier im unteren Mittelfeld.

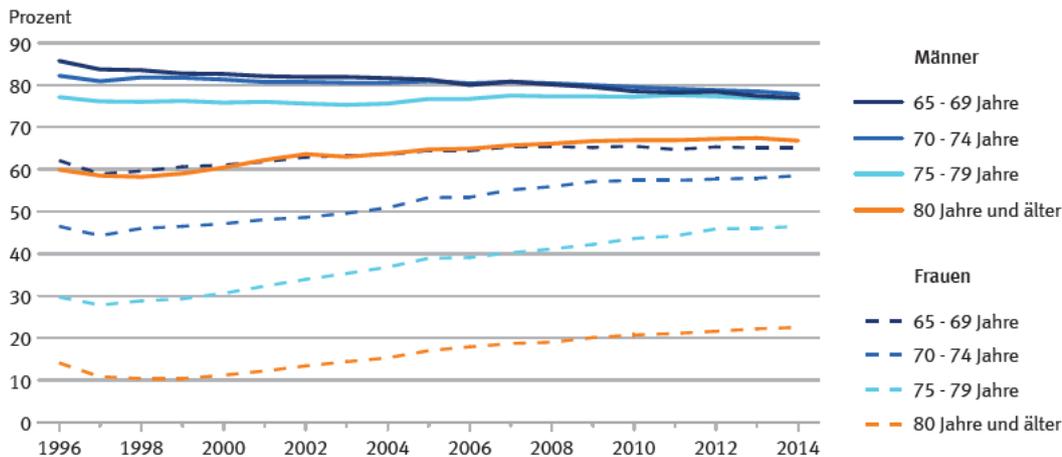


Datenquelle: Eurostat, Berechnungen: BiB
 (Abkürzung der Ländernamen siehe letzte Seite der Broschüre)

Jahr 2014, in Ostdeutschland (einschl. Berlin) sank er im gleichen Zeitraum sogar von 66 auf 48 %. Alleinstehende ohne Kind und ohne Partner waren in Westdeutschland 1996 anteilmäßig noch stärker vertreten als in Ostdeutschland (knapp 17 gegenüber 13 %). Diese Situation hat sich in den letzten fast 20 Jahren umgekehrt. Das ostdeutsche Niveau hat sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt, womit diese Lebensform im Jahr 2014 mit 30 % eine weitere Verbreitung gefunden hat als in Westdeutschland mit 26 %.

Junge Deutsche verlassen ihr Elternhaus früher als viele ihrer europäischen Altersgenossen. Nur etwa jeder vierte Mann und jede achte Frau im Alter von 25 bis 34 Jahren lebt noch mit mindestens einem Elternteil zusammen. Vor allem auf dem Balkan liegen diese Anteile deutlich höher, so betrifft dies z. B. in Mazedonien, Serbien und Kroatien rund drei Viertel der Männer. Junge Frauen leben insbesondere in der Slowakei, in Kroatien und Griechenland überdurchschnittlich häufig noch bei den Eltern. Ganz anders sieht die Lage in Skandinavien aus, wo nur noch jeder 25. Mann und jede 50. Frau in diesem Alter im elterlichen Haushalt wohnt.

Anteil verheirateter Personen im Alter ab 65 Jahre, Deutschland 1996 bis 2014



Männer sind in allen Altersgruppen ab 65 Jahre deutlich häufiger verheiratet als Frauen, allerdings stieg bei diesen der Verheiratetenanteil schneller an, in den letzten Jahren stabilisierten sich die Verheiratetenanteile auf diesem Niveau.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus; Berechnungen: BiB

© BiB 2016

Aber nicht nur die Lebensformen jüngerer Menschen haben sich in den letzten 15 Jahren gewandelt, auch bei den älteren Menschen sind in diesem Zeitraum Veränderungen zu verzeichnen. Kennzeichnend für die Personen ab 65 Jahre ist vor allem der steigende Anteil Verheirateter – wobei dies für die Frauen noch deutlich stärker zutrifft als für die Männer – und im Gegenzug der sinkende Anteil Alleinstehender. Gerade für die Geburtsjahrgänge aus den 1930er Jahren wirkte sich das „goldene Zeitalter von Ehe und Familie“ aus den 1950er und 1960er Jahren auf das Verheiratungsniveau aus, damals gingen nur wenige Menschen keine Ehe ein. Aber noch ein anderer Faktor spielt vor allem für die Altersgruppe

der ab 80-Jährigen eine Rolle: die stärker besetzten Männerjahrgänge. Ab dem Geburtsjahrgang 1930 sind die Männerkohorten nicht mehr überproportional durch den Zweiten Weltkrieg dezimiert worden, für die Frauen dieser Geburtskohorten bestand also eine deutlich höhere Chance überhaupt zu heiraten, als es vorher in dieser Altersgruppe der Fall war. Am stärksten betroffen von diesen überdurchschnittlichen Verlusten waren die Männer, die in der ersten Hälfte der 1890er Jahre und in den Jahren 1913 bis 1923 geboren wurden.

Weitere Informationen zum Thema:

www.bib-demografie.de/familien_lebensformen



13. Weltbevölkerung

Die Zahl der auf der Erde lebenden Menschen stieg bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nur sehr langsam an. Erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts erreichte die Weltbevölkerung die Grenze von einer Milliarde Menschen. In der Folge hat sich der Bevölkerungszuwachs kontinuierlich beschleunigt. Im Oktober 2011 wurde die Sieben-Milliarden-Grenze überschritten. Der bevölkerungsreichste Kontinent ist Asien mit fast 4,4 Milliarden Menschen, gefolgt von Afrika, Amerika und Europa.

Nach den aktuellen Vorausberechnungen der Vereinten Nationen ist bis zum Jahr 2050 mit einem weiteren Wachstum auf knapp zehn Milliarden zu rechnen, danach wird eine Abschwächung dieses Trends erwartet. Wenn dies eintritt, wird sich die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2100 auf einem Niveau von rund elf Milliarden Menschen einpendeln. Der Anteil der Europäer dürfte bis zum Ende des Jahrhunderts von heute 10 % der Weltbevölkerung auf unter 6 % absinken.

Seit mehreren Jahrzehnten sind zwei unterschiedliche Entwicklungstrends zu erkennen: eine alternde und teilweise schrumpfende Bevölkerung in den Industriestaaten und eine junge und stark wachsende Bevölkerung in den Entwicklungsländern, gegenwärtig vor allem noch in den am wenigsten entwickelten Ländern.

Am wenigsten entwickelte Länder, Subsahara-Afrika

Die am wenigsten entwickelten Länder umfassen 48 Staaten: 33 in Afrika (überwiegend Subsahara-Afrika), 9 in Asien, 5 in Ozeanien und 1 in Lateinamerika und Karibik.

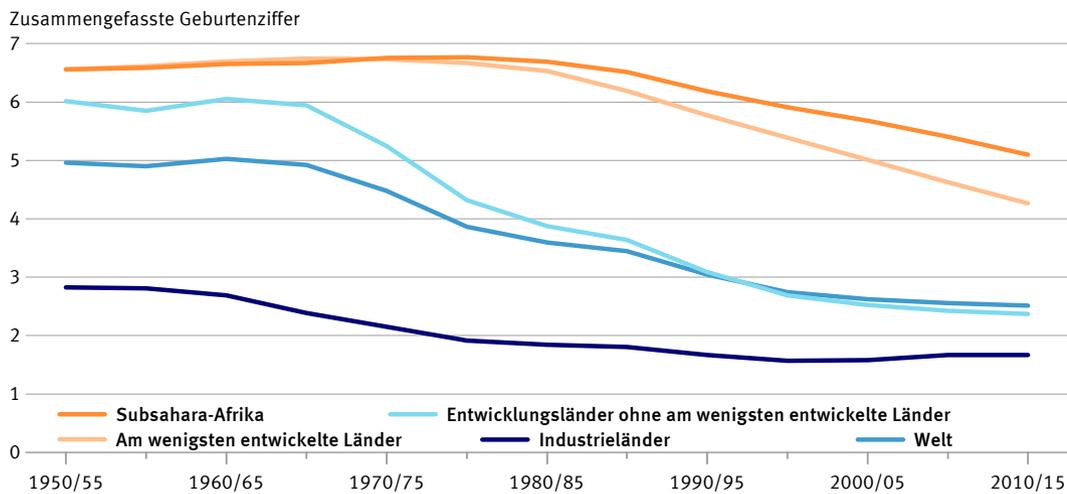
Subsahara-Afrika umfasst alle südlich der Sahara gelegenen afrikanischen Länder, das sind 49 der insgesamt 54 Länder in Afrika. Lediglich die fünf arabisch geprägten Staaten am Mittelmeer (Ägypten, Algerien, Libyen, Tunesien, Marokko) gehören nicht zu dieser Gruppe.

Verteilung der Weltbevölkerung nach Kontinenten, 2014 (Jahresdurchschnitt)

| Kontinent | Einwohner in Millionen | in % der Weltbevölkerung |
|---------------|------------------------|--------------------------|
| Asien | 4.393 | 59,8 |
| Afrika | 1.186 | 16,1 |
| Europa | 738 | 10,6 |
| Lateinamerika | 634 | 8,6 |
| Nordamerika | 358 | 4,9 |
| Ozeanien | 39 | 0,5 |
| Welt | 7.349 | 100 |

Datenquelle: UN World Population Prospects, The 2015 Revision

Entwicklung der weltweiten Geburtenziffer nach Regionen, 1950/55 bis 2010/15



Datenquelle: Vereinte Nationen World Population Prospects, The 2015 Revision

© BiB 2016

Seit 1950 ist das Geburtenniveau in allen Teilen der Welt abgesunken. In den Industrieländern ist ein leichter Wiederanstieg auf niedrigem Niveau zu erkennen, in den am wenigsten entwickelten Ländern liegt die Geburtenziffer trotz eines deutlichen Rückgangs immer noch bei 4,3, in Subsahara-Afrika sogar bei über 5.

Geburtenentwicklung

Hauptgrund für die junge und wachsende Bevölkerung in den Entwicklungsländern ist die Geburtenentwicklung, hier zeichnet sich allerdings in einer Reihe dieser Länder ein Trend zur Verringerung des Geburtenniveaus ab. Nach einer Modellrechnung der Vereinten Nationen würde ein weltweites Absinken der zusammengefassten Geburtenziffer auf 2,0 Kinder je Frau zu einer Bevölkerungszahl von rund 11 Milliarden Menschen im Jahr 2100 auf der Erde führen. Sollte dieses Niveau aber nur auf 2,5 Kinder je Frau sinken, würde das bis 2100 zu einer Bevölkerungszahl von 17 Milliarden führen – dies macht den Einfluss der Geburtenentwicklung für die Weltbevölkerung deutlich. Eine wichtige Rolle für die Entwicklung des Geburtenniveaus spielen die Bildung von Mädchen und Frauen sowie eine verbesserte Aufklärung und der Zugang zu Methoden der Familienplanung, die den Trend zu kleineren Familien fördern können. Diese Mittel und Methoden sind allerdings nicht überall verfügbar – einerseits, weil die Gesundheitssysteme und ökonomischen Bedingungen oder aber Kriege und Krisen dies nicht erlauben und andererseits, weil kulturelle und religiöse Schranken überwunden werden müssen. Laut dem UNFPA-Weltbevöl-

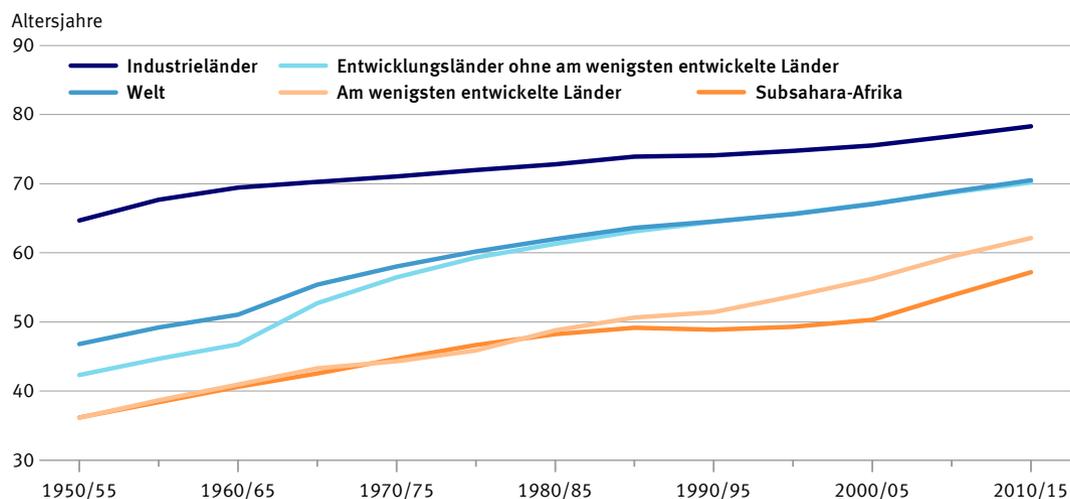
kerungsbericht von 2011 haben heute in den Entwicklungsländern weltweit schätzungsweise 215 Millionen Frauen keinen Zugang zu Maßnahmen der Familienplanung, obwohl sie verhüten möchten.

Sterblichkeit und Lebenserwartung

Seit Beginn der 1950er Jahre ist in fast allen Ländern ein Anstieg der Lebenserwartung zu verzeichnen – wichtigste Ausnahme waren die am wenigsten entwickelten Länder in der ersten Hälfte der 1970er Jahre. Aber auch hier konnte durch die Verbesserung der medizinischen Versorgung und Fortschritte bei Ernährung, Hygiene und den Lebensbedingungen insgesamt – z. B. im Rahmen der Entwicklungshilfe – die Sterblichkeit gesenkt werden, obwohl durch HIV/AIDS diese Bemühungen zum Teil deutliche Rückschläge erlitten haben. Weltweit stieg in diesem Zeitraum die Lebenserwartung Neugeborener bei den Jungen um rund 23 Jahre und bei den Mädchen um rund 24 Jahre. In den Industrieländern war das in diesem Zeitraum vor allem auf eine Erhöhung der Lebenserwartung älterer Menschen zurückzuführen, in den Entwicklungsländern in erster Linie auf eine Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit. Das wird auch in der Dynamik des Anstiegs deutlich, weil sinkende Kindersterblich-

Entwicklung der weltweiten Lebenserwartung nach Regionen, 1950/55 bis 2010/15

In allen Regionen ist die Lebenserwartung bei Geburt seit den 1950er Jahren bis auf eine zeitweise Ausnahme angestiegen, in den Entwicklungsländern sogar schneller als in den Industrieländern. Trotzdem können die Menschen in den Industrieländern immer noch mit einer rund 16 Jahre längeren Lebensdauer rechnen als die Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern.



Datenquelle: Vereinte Nationen World Population Prospects, The 2015 Revision

© BiB 2016

keit die Lebenserwartung schneller ansteigen lässt als sinkende Sterblichkeit im höheren Alter. Trotz dieses schnelleren Anstiegs in den Entwicklungsländern gibt es auch heute noch sehr starke Unterschiede zwischen den Regionen. So haben Menschen in Subsahara-Afrika zum Beispiel eine um rund 23 (Männer) bzw. sogar etwa 25 Jahre (Frauen) geringere Lebenserwartung als die Menschen in Westeuropa. Hier werden auch geschlechtsspezifische Unterschiede sichtbar, die vor allem mit der immer noch hohen Müttersterblichkeit in den afrikanischen Staaten zusammenhängen.

Während Frauen in Westeuropa eine um rund fünf Jahre höhere Lebenserwartung haben als Männer – bedingt sowohl durch biologische als auch verhaltensbedingte Komponenten –, beträgt dieser Unterschied in Subsahara-Afrika nur reichlich zwei Jahre. Für die Zukunft wird eine weiter steigende Lebenserwartung in allen Regionen und eine Verringerung der Unterschiede zwischen den Regionen erwartet.

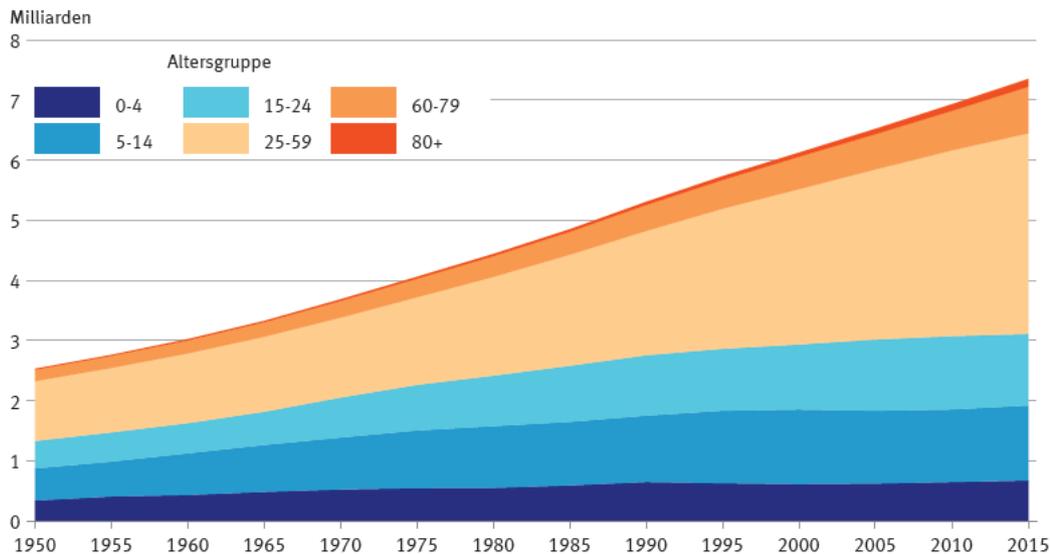
Altersstrukturen und Alterung

Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung sind zwei wesentliche Voraussetzungen für die Veränderungen der Altersstruktur und die Alterung der Bevölke-

rung. Hinzu kommt die bereits bestehende Altersstruktur, die in den Entwicklungsländern mit einem hohen Anteil Jugendlicher ein völlig anderes Bild bietet als in den Industriestaaten mit einem hohen und wachsenden Anteil älterer Menschen. Aber die demografische Alterung ist ein Prozess, der sich im Rahmen des demografischen Wandels in allen Staaten vollzieht, wenn auch auf einem unterschiedlichen Stand, mit unterschiedlichem Tempo und unter verschiedenen Voraussetzungen.

In Europa beträgt der Anteil der Bevölkerung im Alter von unter 25 Jahren rund 28 %, circa 20 % der Bevölkerung ist 60 Jahre und älter. In Afrika hingegen sind es mit etwa 60 % unter 25 Jahren rund zwölfmal so viele wie die 60-Jährigen und Älteren mit 5 %. In Europa und Nordamerika sowie in Industrieländern anderer Kontinente ist der Alterungsprozess demzufolge bereits weit fortgeschritten, während er sich in vielen afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten noch im Anfangsstadium befindet. Trotzdem wird auch in diesen Ländern mit einem wachsenden Anteil älterer Menschen zu rechnen sein, insbesondere wenn sich das Geburtenniveau langfristig verringert und die Sterblichkeit vor allem im Bereich der Kinder- und Müttersterblichkeit weiter rückläufig ist.

Entwicklung der Weltbevölkerung nach Altersgruppen, 1950 bis 2015



Datenquelle: Vereinte Nationen World Population Prospects, The 2015 Revision

© BiB 2016

Die Weltbevölkerung ist seit 1950 nicht nur im Umfang auf knapp das Dreifache angewachsen, sie ist gleichzeitig gealtert. Während bis Mitte der 1970er Jahre rund 55 % der auf der Erde lebenden Menschen unter 25 Jahre alt waren, sind es heute noch rund 43 %, dafür stieg der Anteil der 60-Jährigen und Älteren in den letzten 60 Jahren von 8 % auf 11 % an.

Demografische Dividende

Auf der Basis der Altersstrukturen werden Abhängigenquotienten ermittelt, bei denen die noch nicht (Jugend) bzw. nicht mehr (Ältere) im erwerbsfähigen Alter Stehenden auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezogen werden. Die Summe von Jugend- und Altenquotient, die den Gesamtabhängigenquotienten bildet, ist die Grundlage für die sogenannte „Demografische Dividende“. In der Vergangenheit sind niedrige Gesamtquotienten in den Industrieländern häufig von starken Wachstumsphasen begleitet gewesen, weil weniger gesellschaftliche Mittel für die Personengruppen im nichterwerbsfähigen Alter (unabhängig ob jung oder alt) ausgegeben werden müssen. In den Industrieländern geht diese Phase bereits ihrem Ende zu und die Gesamtquotienten steigen wieder an, auch in vielen asiatischen Ländern wird diese Entwicklungsphase nicht mehr lange anhalten. Die meisten afrikanischen und vor allem die am wenigsten entwickelten Länder befinden sich aber erst am Anfang der Entwicklung einer Demografischen Dividende – dies könnte

Demografische Dividende

Sie tritt ein, wenn die Gesamtquotienten sich auf einem historisch niedrigen Niveau bewegen und zwar dann, wenn durch sinkende Geburtenzahlen die Jugendquotienten abnehmen, aber die Zahl der Älteren noch zu langsam steigt, als dass steigende Altenquotienten diese Abnahme bereits kompensieren. Ein hoher Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung kann, sofern hierfür die erforderlichen Rahmenbedingungen vorliegen, Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum fördern.

Chancen für die gesellschaftliche Entwicklung bieten, wenn die notwendigen ökonomischen Rahmenbedingungen geschaffen werden können.

Methodische Erläuterung

Weitere Informationen zum Thema:

www.bib-demografie.de/weltbevoelkerung



Abkürzung der Ländernamen in den Karten:

AL = Albanien
AM = Armenien
AT = Österreich
AZ = Aserbeidschan
BA = Bosnien und Herzegowina
BE = Belgien
BG = Bulgarien
BY = Weißrussland
CH = Schweiz
CY = Zypern
CZ = Tschechische Republik
DE = Deutschland
DK = Dänemark
EE = Estland
ES = Spanien
FI = Finnland
FR = Frankreich
GB = Vereinigtes Königreich
GE = Georgien
GR = Griechenland
HR = Kroatien
HU = Ungarn
IE = Irland
IS = Island
IT = Italien
LI = Liechtenstein
LT = Litauen
LU = Luxemburg
LV = Lettland
MD = Moldawien
ME = Montenegro
MK = Mazedonien
NL = Niederlande
NO = Norwegen
PL = Polen
PT = Portugal
RO = Rumänien
RS = Serbien
RU = Russische Föderation
SE = Schweden
SI = Slowenien
SK = Slowakei
TR = Türkei
UA = Ukraine
XK = Kosovo